

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in white, bold, sans-serif font, centered within a red square.

FORTSCHRITT UND GERECHTIGKEIT
– CHANCEN FÜR ALLE
IMPULSE DER
PROGRAMMKOMMISSION

Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT

#OPENS PD

Inhalt

Vorwort.....	3
Fortschritt und Gerechtigkeit – Chancen für alle.....	4
A. <i>Für soziale Gerechtigkeit sorgen</i>	6
1. Gemeinsam Gerechtigkeit und Teilhabe schaffen.....	6
1.1. Vernunft und Respekt in unserer Gesellschaft.....	7
1.2. Familie, Kinder und Jugendliche stärken	8
1.3. Gute Bildung für gleiche Chancen	11
1.4. Paritätische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege	13
1.5. Alterssicherung.....	15
1.6. Inklusion	16
1.7. Gerechte Steuern und Finanzen.....	16
2. Gemeinsam Zusammenhalt und Solidarität stärken	19
2.1. Familien ins Zentrum rücken.....	19
2.2. Gleichberechtigung und Gleichstellung.....	20
2.3. Gute Nachbarschaft in unseren Städten und Gemeinden	21
2.4. Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten.....	23
2.5. Für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer.....	26
B. <i>Gutes Leben in einer fortschrittlichen Gesellschaft</i>	30
3. Gemeinsam Fortschritt und Nachhaltigkeit gestalten	30
3.1. Investieren in die Soziale Marktwirtschaft	30
3.2. Gute Arbeit.....	33
3.3. Digitalisierung	38
3.4. Die Energiewende als innovatives Zukunftsprojekt	40
3.5. Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz	42
3.6. Mobilität.....	45
3.7. Nachhaltige Landwirtschaft	46
3.8. Verbraucherschutz	47
C. <i>Frieden und Sicherheit in Deutschland und der Welt</i>	49
4. Gemeinsam Freiheit und Sicherheit verwirklichen.....	49
4.1. Starker Rechtsstaat und öffentliche Sicherheit.....	49
4.2. Demokratie und Engagement.....	53
4.3. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft.....	53
4.4. Bürgerrechte im digitalen Zeitalter	54
4.5. Kultur und Medienpolitik	55

5. Gemeinsam Frieden und Entwicklung sichern	58
5.1. Friedenspolitik	58
5.2. Friedensprojekt Europa	60
5.3. Entwicklungspolitik und Krisenprävention	61
Kernthesen: Wir schreiben Zukunft	66

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einstellungen in der Bevölkerung zu Aussagen über soziale Ungleichheit	6
Abbildung 2: 25-64jährige mit höherem bzw. niedrigerem Schulabschluss als die Eltern (in %). 7	
Abbildung 3: Mehr Zeit für Familie.....	9
Abbildung 4: Krankenversicherung - Was wollen die Bürgerinnen und Bürger	13
Abbildung 5: Verwendung staatlicher Mehreinnahmen.....	17
Abbildung 6: Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen	21
Abbildung 7: Mietentwicklung von 2009-2014	22
Abbildung 8: Entwicklung des Erwerbspotentials	25
Abbildung 9: Entwicklung der Gründungen in Deutschland	32
Abbildung 10: Befristete Beschäftigung	35
Abbildung 11: Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Mitte 2016).....	39
Abbildung 12: Mitarbeiterwachstum ausgewählter Umwelttechnologiebranchen bis 2018	43
Abbildung 13: Straftaten gegen Asylunterkünfte.....	51
Abbildung 14: Globale Ungerechtigkeit.....	62

1 **Vorwort**

2 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird auf ihrem Bundesparteitag Ende Mai 2017
3 das Programm beschließen, mit dem sie bei der nächsten Bundestagswahl antritt. Bei dieser
4 Wahl geht es um mehr als Personen und politische Bündnisse: Es geht um die Frage, wie wir den
5 großen Herausforderungen unserer Zeit begegnen, Fortschritt und Gerechtigkeit verwirklichen,
6 Frieden sichern und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken.

7 Als Volkspartei haben wir den Anspruch, die Antworten auf diese Fragen in einer breiten
8 öffentlichen Debatte über die Zukunft unseres Landes zu diskutieren. Dazu laden wir unsere
9 Mitglieder und alle gesellschaftlichen Kräfte ein – interessierte Bürgerinnen und Bürger,
10 Gewerkschaften und Verbände, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft,
11 Kirchen und Religionsgemeinschaften.

12 Als Grundlage für diese Diskussion stellen wir im Folgenden erste Impulse vor, die auf
13 ausgewählten Ergebnissen von sieben Perspektiv-Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen
14 Themenschwerpunkten aufbauen. Auf vier Programmkonferenzen wurden erste Vorschläge
15 diskutiert und weiterentwickelt. Als Zwischenschritt zum Wahlprogramm verdichtet das
16 vorliegende Impulspapier nun die bisherige Programmarbeit. Es entwirft ein
17 sozialdemokratisches Leitbild, beschreibt zentrale Handlungsfelder und erste politische
18 Forderungen.

19 Wir wollen diese Impulse in der Partei und in der Öffentlichkeit weiter diskutieren und
20 verbessern. Als Ergebnis werden wir Anfang 2017 einen Entwurf unseres Wahlprogramms
21 vorlegen. Im Anschluss werden die SPD-Mitglieder erstmals in einer Befragung entscheiden, mit
22 welchen zentralen Themen unsere Partei in den Wahlkampf zieht.

23

24 Die Programmkommission

25

26

27

28 Dr. Katarina Barley

Thomas Oppermann

Manuela Schwesig

29 **Fortschritt und Gerechtigkeit – Chancen für alle**

30 Deutschland ist ein starkes Land. Hier leben engagierte Menschen in ihren Familien, mit
31 Freunden und Nachbarn. Hier arbeiten motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
32 ebenso wie erfolgreiche Unternehmen und selbstbewusste Gewerkschaften in einer sozialen
33 Marktwirtschaft zusammen. Wir sind stolz auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der
34 weltweit seinesgleichen sucht. Unser kulturelles Leben ist einzigartig ebenso wie unsere
35 Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Initiativen, in
36 denen sich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren.

37 Die SPD richtet den Blick nach vorn. Wir werden wieder mehr investieren - in unsere Kitas,
38 Schulen, Schienen-, Breitband- und Stromnetze, unsere Polizei, Krankenhäuser und Pflege. Unser
39 Arbeitsmarkt muss offener werden – für Frauen, Zuwanderer und ältere Menschen. Unsere
40 Familien gilt es zu stärken.

41 **Soziale Gerechtigkeit** ist *die* zentrale Voraussetzung für **Zusammenhalt** und **Fortschritt**. Offene
42 Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial gerecht sind, sind besonders erfolgreich darin,
43 Antworten auf neue Problemlagen zu finden. Gesellschaftlicher Fortschritt muss sozial gerecht
44 sein. Globalisierung, Digitalisierung und unsere Wissensgesellschaft werden wir in diesem Sinne
45 gestalten.

46 Dafür brauchen wir Investitionen in die Infrastruktur Deutschlands. In der Wirtschaftspolitik
47 setzen wir konsequent auf **Fortschritt und Nachhaltigkeit**. Für den zunehmenden weltweiten
48 Handel und die Digitalisierung unserer Wirtschaft schaffen wir gerechte Rahmenbedingungen
49 und modernste Infrastruktur. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik, Innovationsfreude,
50 technologischer Fortschritt und Nachhaltigkeit sind sozialdemokratische Kernthemen. Die SPD
51 ist Partner der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Wissenschaft - denn wirtschaftliche
52 Stärke ist der gemeinsame Erfolg vieler.

53 Um diesen Erfolg fortzuschreiben, werden wir die immer größeren Einkommens- und
54 Chancenungleichheiten verringern. Investitionen in Chancengleichheit sind Voraussetzung für
55 Innovationsfähigkeit und Wohlstand – und deutlich günstiger als die nachträgliche Reparatur
56 von Folgen sozialer Ausgrenzung. **Gerechtigkeit** macht unser Land reicher. Wir wollen ein Land,
57 das seiner eigenen Kraft vertraut und Leistung in Beruf, Familie und Ehrenamt anerkennt und
58 durch gute Löhne, soziale Absicherung und gleiche Aufstiegschancen wertschätzt. Unabhängig
59 von Herkunft, Alter, Religion und Geschlecht sollen alle die gleiche Chance auf ein
60 selbstbestimmtes Leben haben. Dazu brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der für
61 Sicherheit sorgt und sozialen Zusammenhalt ermöglicht. Und der gerecht finanziert ist.

62 Internationale Krisen und Zuwanderung stellen unser Land vor neue Herausforderungen. Eine
63 offene Gesellschaft braucht starke demokratische Institutionen, die in dieser Situation
64 **Zusammenhalt und Solidarität** fördern, Vertrauen stiften, ihre Regeln durchsetzen und damit
65 Sicherheit gewährleisten. Ein friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft fußt
66 auf gegenseitigem Respekt und der Anerkennung von Werten und Regeln, die für alle
67 gleichermaßen gelten. Für die SPD ist das Grundgesetz die unersetzbare Richtschnur.

68 Deutschland braucht eine neue Kultur der **Vernunft, des Zusammenhalts und des Anstands**.
69 Viele Menschen haben Angst vor der Aggressivität, die in unserer Gesellschaft aufgebrochen ist

70 und die die politische Kultur vergiftet. Rechtspopulisten und Rechtsradikale greifen die
71 Weltoffenheit und Liberalität unseres Landes an. Wir Sozialdemokratinnen und
72 Sozialdemokraten werden Demokratie, Freiheit und Vielfalt in unserem Land
73 unmissverständlich gegen alle Verrohungstendenzen verteidigen – gemeinsam mit allen
74 Demokratinnen und Demokraten

75 Wir stehen für die europäische Idee. Wir brauchen ein einiges Europa für Freiheit, Sicherheit und
76 Wohlstand. Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches und **sozialeres Europa**, das die
77 Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet. Die SPD
78 ist **Friedenspartei** und steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie. Im Geiste der
79 Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr ist es unser Anspruch, auch über tiefe
80 Gräben Brücken zu bauen.

81 **Die SPD ist die Fortschrittspartei für eine gerechte Gesellschaft.** Wir kümmern uns darum, dass
82 die Menschen in Deutschland mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Die Zukunft ist keine
83 Bedrohung, sondern ein Versprechen auf ein **besseres Zusammenleben, Chancengleichheit und**
84 **ein gerechtes Miteinander in einer offenen Gesellschaft. Dafür braucht es die SPD.** Denn mehr
85 SPD heißt **mehr Fortschritt, mehr Gerechtigkeit, mehr Zusammenhalt, mehr Solidarität und**
86 **mehr Freiheit** zu wagen. Eine gute Zukunft und ein besseres Leben sind möglich. Doch diese gute
87 Zukunft kommt nicht von allein. Zukunft muss gestaltet werden.

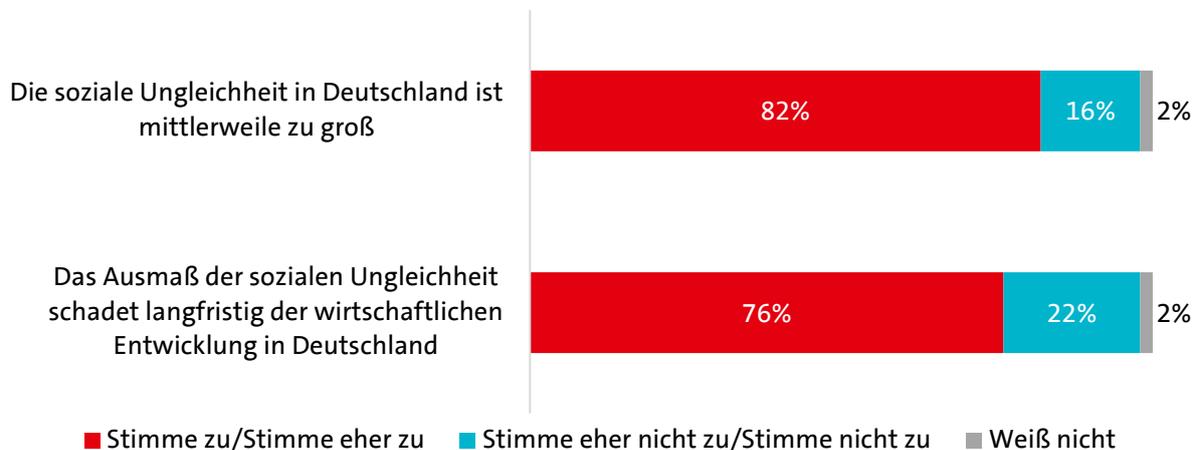
88 **A. Für soziale Gerechtigkeit sorgen**

89 **1. Gemeinsam Gerechtigkeit und Teilhabe schaffen**

90 Eine Rekordzahl an Beschäftigten, ein ausgeglichener Staatshaushalt und Wirtschaftswachstum
91 – das alles trotz eines stürmischen internationalen Umfeldes. Deutschland geht es gut. Doch das
92 ist nur ein Teil der Wahrheit, denn auch die Ungleichheit nimmt zu. Sozialer Aufstieg und gleiche
93 Teilhabe für alle werden zunehmend erschwert. Der **gesellschaftliche Zusammenhalt** in
94 unserem Land muss wieder stärker werden und **der Respekt** und der anständige Umgang
95 untereinander darf nicht durch die politische Radikalisierung verloren gehen.

96 Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung sind inzwischen der Meinung, dass die sozialen
97 Unterschiede in Deutschland zu groß sind. Fast genauso viele sehen Ungleichheit als Gefahr für
98 die wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Abbildung 1).

99 *Abbildung 1: Einstellungen in der Bevölkerung zu Aussagen über soziale Ungleichheit*



100

101 *Quelle: FES 2015*

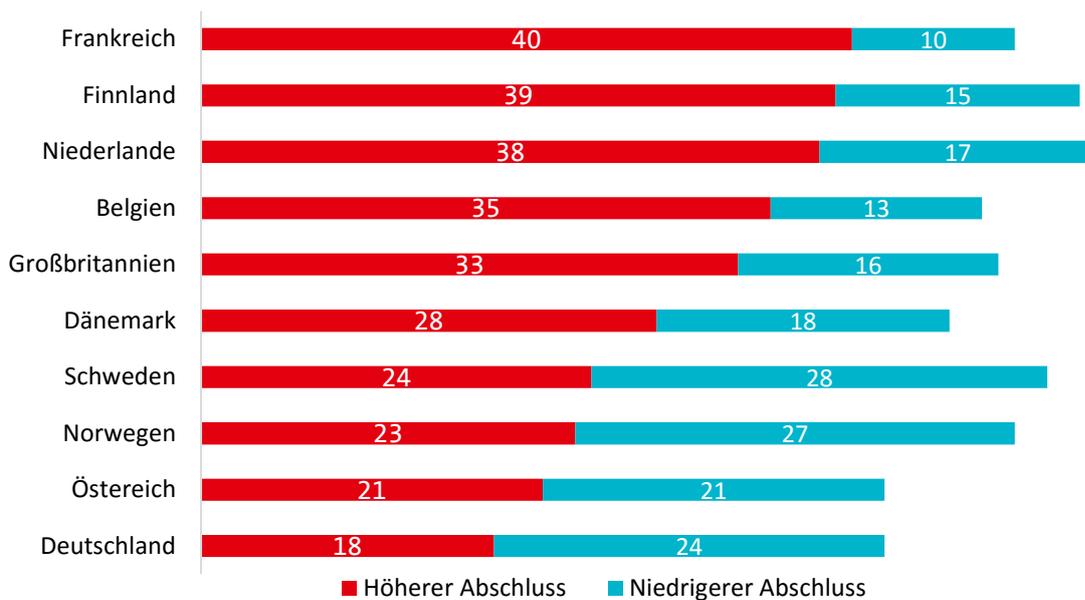
102 Um Ungleichheit zu reduzieren und **Chancengleichheit herzustellen**, sind eine moderne
103 Familien- und Bildungspolitik sowie eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik von größter
104 Bedeutung.

105 Wir glauben, dass erst **echte Teilhabe** den Zusammenhalt in der Gesellschaft verwirklichen kann.
106 Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen mit dem Gefühl aufwachsen, keine Chancen auf ein
107 gutes Leben zu haben. Jede und Jeder soll reale Aufstiegsmöglichkeiten für sich sehen. Teilhabe
108 meint, dass alle Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen zur Verwirklichung ihrer
109 individuellen Fähigkeiten haben.

110 Das Verständnis von **Familie** in Deutschland wird breiter: Familie ist dort, wo Menschen
111 dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Familien sind die vielen Paare mit und ohne
112 Kinder, ob mit Trauschein oder ohne, die Alleinerziehenden, die Regenbogen- und
113 Patchworkfamilien sowie die Frauen und Männer, die sich um pflegebedürftige Angehörige
114 kümmern. Wir wollen, dass all diese Familien in jeder Lebensphase gut und sicher leben können.
115 Dafür brauchen sie einen Mix aus Zeit, Geld und Infrastruktur – dazu gehören gute Betreuung
116 von Kindern in Kitas und Ganztagschulen, eine zielgerichtete finanzielle Unterstützung und
117 eine Familienarbeitszeit.

118 **Gute Bildung** ist Grundlage für eine gerechte Gesellschaft, in der Menschen durch Fleiß und
 119 Talent ihre selbstgesteckten Ziele erreichen können. Bildung ermöglicht, dass Menschen soziale
 120 Verantwortung übernehmen können. Nach wie vor aber hängt der Bildungserfolg in
 121 Deutschland maßgeblich vom sozialen Hintergrund ab. Ungleichheiten werden somit von
 122 Generation zu Generation weitergegeben. Das zeigt sich vor allem an den Übergängen des
 123 Bildungssystems in die weiterführende Schule oder in die (Fach-)Hochschulen. Diese
 124 Ungleichheit im Bildungserwerb verringert die soziale Mobilität unserer Gesellschaft. Wertvolle
 125 Potenziale bleiben ungenutzt (vgl. Abbildung 2)

126 *Abbildung 2: 25-64jährige mit höherem bzw. niedrigerem Schulabschluss als die Eltern (in %)*



127
 128 Quelle: OECD

129 Wir stehen für **gerechtere Steuern** und einen handlungsfähigen Staat. So stärken wir einen
 130 effizienten und innovativen **Sozialstaat**, der die Lebensrisiken umfassend absichert – etwa
 131 genug Einkommen im Alter, bei Krankheit und bei Pflege. Solide Staatsfinanzen, ein
 132 Gemeinwesen, das in die Zukunft unseres Landes investiert und eine gerechte Verteilung von
 133 Steuern sind gleichrangige Ziele unserer Politik.

134 **1.1. Vernunft und Respekt in unserer Gesellschaft**

135 Wir stärken die Liberalität, Weltoffenheit und Demokratie unseres Landes gegen
 136 weltanschaulichen und religiösen Fanatismus sowie alle autoritären und reaktionären
 137 Bewegungen. Reich und Arm, autoritär oder freiheitlich-demokratisch, das sind die Gegensätze,
 138 nicht Nation gegen Europa oder Christentum gegen den Islam. Nie wieder dürfen Chauvinismus,
 139 Rassismus, Ausgrenzung und Nationalismus in unserem Land eine Chance haben. Wir wissen:
 140 Rechte Hetzer sind nicht das Volk, auch wenn sie es noch so laut brüllen. Wir stellen uns diesen
 141 Stimmen und dieser Stimmung entgegen und gehen offensiv, mutig und selbstbewusst in die
 142 Auseinandersetzung – gemeinsam mit allen Demokratinnen und Demokraten. Jetzt kommt es
 143 darauf an, klare Kante zu zeigen gegenüber all jenen, die unsere freiheitliche und tolerante
 144 Gesellschaft ablehnen. Die Repräsentanten unseres demokratischen Staates – angefangen von

145 Lehrerinnen und Lehrern über Polizistinnen und Polizisten bis hin zu Rettungskräften – erhalten
146 dabei unsere besondere Unterstützung.

147 In allen Wahlen – ob in Kommunen, Ländern oder Bund –, in allen öffentlichen Debatten – ob in
148 sozialen Netzwerken, auf dem Marktplatz oder vor der Kamera – stellt sich die SPD dem Hass der
149 radikalen Rechten entgegen. Die SPD wird dahin gehen, wo es Ärger gibt und wo es laut ist.

150 Rechtsextremistische Übergriffe, Anschläge und Hasskriminalität im Internet haben in den
151 letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Diese Gewalt gefährdet Menschenleben und ist eine
152 Gefahr für unsere Gesellschaft. Die Sozialdemokratie sagt laut und unmissverständlich: Wer in
153 diesem Land Flüchtlingsheime anzündet, zu Gewalttaten anstachelt oder Gewalt verübt, wird
154 mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen.

155 Eine klare Haltung reicht aber nicht aus, die SPD wird auch handeln: Unsere Antwort ist eine
156 Politik, die den Zusammenhalt in der ganzen Gesellschaft fördert. Wir treten mit konkreten
157 Vorschlägen den dumpfen Parolen entgegen: Für Familien und ein besseres Bildungssystem, für
158 gute und sichere Arbeit, für eine gute Gesundheitsversorgung für alle, für bezahlbaren
159 Wohnraum, für einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und für eine gute Rente.

160 **1.2. Familie, Kinder und Jugendliche stärken**

161 Familie in ihren ganz unterschiedlichen Formen bedeutet für die meisten Menschen Glück und
162 Erfüllung. Auch Arbeit bedeutet Selbstverwirklichung - mindestens aber finanzielle
163 Unabhängigkeit. Das gilt sowohl für Frauen als auch für Männer, auch dann, wenn sie Väter und
164 Mütter werden. Immer mehr Menschen aber haben dabei das Gefühl, wie in einem Hamsterrad
165 zu leben. Für sie werden aus Glück und Erfüllung oft Stress und Erschöpfung. Sie erleben, dass
166 für sie selbst und ihre Kinder das Tempo immer höher und der Druck immer größer wird. Wir
167 können den Druck berufstätiger Eltern nicht einfach per Gesetz abschalten. Aber wir können
168 politisch dafür sorgen, dass dieser Druck spürbar abnimmt. Familien brauchen mehr Zeit.

169 Wir wollen, dass **Familie und Beruf als doppeltes Glück** und nicht als doppelte Belastung
170 empfunden werden. Wir wollen, dass alle Kinder in Deutschland gut und gesund aufwachsen
171 und unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrem Geschlecht gleiche Chancen
172 haben, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Und wir wollen, dass Frauen und Männer Familie
173 und Beruf besser miteinander vereinbaren und gleichberechtigt am Erwerbsleben teilhaben
174 können.

175 *Gute Bildung und Betreuung von Anfang an*

176 Wir wollen für ein **gutes und ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas und Ganztagschulen**
177 sorgen. Denn alle Kinder sollen von Anfang an gleiche Chancen auf eine gute Bildung haben, und
178 ihre Eltern sollen einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Dafür müssen wir auch weiterhin
179 **zusätzliche Kita-Plätze** schaffen, da die Nachfrage der Eltern steigt, mehr Kinder geboren werden
180 und auch die zu uns geflüchteten Kinder einen Kita-Platz zur schnellen Integration benötigen.

181 Wir brauchen **mehr Investitionen in Betreuung** am Nachmittag und außerhalb der
182 gewöhnlichen Öffnungszeiten - auch für Kinder im Grundschulalter. Daher werden wir einen
183 **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit
184 finanzieller Beteiligung des Bundes und einer sicheren Entlastung der Kommunen. Wir wollen
185 mehr in die **Qualität von Kitas** und in qualifiziertes Personal investieren. Durch ein bundesweites

186 Qualitätsgesetz wollen wir die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern. Wir werden
187 schrittweise die **Kita-Gebühren in Deutschland abschaffen**.

188 *Mehr Zeit für Familie*

189 Mütter und Väter sollen den täglichen Spagat zwischen Beruf und Familienpflichten
190 miteinander bewältigen können. Insbesondere die Generation in der „Rushhour“ des Lebens
191 zwischen 30 und 55 Jahren spürt die Doppelbelastung, sich einerseits um familiäre Belange zu
192 kümmern und andererseits engagiert im Beruf zu sein.

193 Viele junge Väter kehren nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurück. Und dies obwohl sie oft
194 gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um Zeit für ihre Kinder zu haben (vgl. Abbildung
195 3).

196 *Abbildung 3: Mehr Zeit für Familie*



197

198 *Quelle: Statistisches Bundesamt*

199 Mütter hingegen steigen nach einem Jahr Elternzeit in mehr oder minder „kleiner Teilzeit“
200 wieder ein, mit negativen Folgen für das Einkommen, die Aufstiegschancen, die Rente. Unter
201 fairer und partnerschaftlicher Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstehen wir etwas Anderes.
202 Wir werden deshalb die **Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld** einführen.

203 Als ersten Schritt haben wir bereits das ElterngeldPlus eingeführt, das Eltern ganz kleiner Kinder
204 mehr Partnerschaftlichkeit ermöglicht.

205 Der nächste Schritt ist die Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld. Wenn beide Elternteile
206 ihre Arbeitszeit reduzieren, sollen sie für 24 Monate durch ein Familiengeld unterstützt werden.
207 Natürlich sollen auch Allein- oder getrennt Erziehende das Familiengeld erhalten. Gerade
208 Familien mit kleinen Einkommen sollen sich mehr Partnerschaftlichkeit in der Familie leisten
209 können. Das Familiengeld unterstützt eine partnerschaftliche Arbeitsteilung, erhöht die Chance,
210 dass Frauen zumindest in „großer Teilzeit“ arbeiten und so ihre eigene Existenzsicherung
211 verbessern.

212 Das Familiengeld werden wir auch für pflegende Angehörige einführen. Hier ist das
213 Ungleichgewicht noch größer. Von den rund 2,6 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland
214 werden rund 1,9 Millionen ambulant versorgt, davon rund zwei Drittel in der Familie –
215 mehrheitlich von Ehefrauen, Töchtern oder Schwiegertöchtern. Auch sie sind, sofern noch nicht
216 im Rentenalter, auf sozial abgesicherte Modelle einer Arbeitszeitreduzierung oder Auszeit vom
217 Beruf angewiesen. Daher wollen wir die Familienarbeitszeit perspektivisch auch mit einem
218 **Pflegezeitbudget** versehen.

219 *Moderne Familienleistungen*

220 Wir wollen Familien im Steuerrecht wirksam und gerecht entlasten. Wir wollen da unterstützen,
221 wo Kinder sind. Heute profitieren von den steuerlichen Kinderfreibeträgen vor allem Familien
222 mit höheren Einkommen. Das ist ungerecht. Das geltende Ehegattensplitting geht außerdem an
223 einem erheblichen Teil der Familien vorbei: Alleinerziehende, Paare ohne Trauschein und
224 Eheleute mit annähernd gleichen Einkommen profitieren nicht davon. Das ist nicht zeitgemäß
225 und diskriminiert die Lebensentwürfe jenseits der Ehe.

226 Wir prüfen im Steuerrecht einen neuen **Familientarif**, der bei der Besteuerung von Familien in
227 erster Linie die Kinder unabhängig von der Lebensform der Eltern berücksichtigt. Alle Eltern, ob
228 verheiratet, unverheiratet oder alleinerziehend sollen eine **steuerliche Kinderkomponente**
229 nutzen können. Wer das bisherige Ehegattensplitting anwendet, kann dies auch weiter tun
230 (Bestandsschutz). Zudem wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl **gestaffeltes**
231 **Kindergeld** einführen. Dafür wollen wir das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag
232 zusammenführen. Wir wollen so der Armut von Kindern und ihren Familien wirksam
233 entgegenwirken.

234 Mütter und Väter, die ihre Kinder überwiegend allein erziehen, stehen organisatorisch und
235 finanziell vor besonderen Herausforderungen. Wir wollen den derzeitigen Steuerfreibetrag in
236 einen Steuerabzug umwandeln, der vor allem auch **Alleinerziehende mit kleinen Einkommen**
237 erreicht. Sie behalten mehr Netto vom Brutto. Wir wollen zudem den **Unterhaltsvorschuss**
238 verbessern. Die Altersgrenze der Kinder soll von 12 auf 18 Jahre steigen. Die zeitliche Befristung
239 muss entfallen und der Unterhalt konsequenter eingefordert werden.

240 *Politik für junge Menschen*

241 Jugend ist eine eigenständige Lebensphase und eine Phase der Orientierung. Ob diese
242 Orientierung gelingt oder scheitert, entscheidet über den gesamten weiteren Lebensweg.

243 Wir wollen alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und ein
244 selbstbestimmtes Leben zu führen. Das geht nur mit einer eigenständigen und in sich
245 schlüssigen Jugendpolitik, die jungen Menschen Angebote für unterschiedliche Lebenslagen
246 macht. Das haben wir mit der breit angelegten Jugendstrategie 2015-2018 begonnen – und das
247 wollen wir fortsetzen. Ein Kernelement dieser Strategie ist der „Jugend-Check“, mit dem wir die
248 Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf junge Menschen überprüfen wollen.

249 Eine eigenständige Jugendpolitik bedeutet für uns eine Verzahnung verschiedener Politikfelder.
250 **Wir wollen beste Bildungschancen für alle.** Junge Menschen brauchen ein Bildungs- und
251 Ausbildungssystem, das für optimale Förderung sorgt und gleichzeitig Freiräume zur
252 individuellen Entfaltung lässt. Ganztagschule muss so organisiert sein, dass möglichst viele

253 alternative Angebote innerhalb des Systems bestehen. Für einen guten Übergang in Ausbildung
254 und Beruf wollen wir die Berufsorientierung stärken und eine unterbrechungsfreie
255 Berufseinstiegsbegleitung bis in die Ausbildung hinein etablieren. Die Ausbildungsgarantie für
256 alle interessierten jungen Menschen wollen wir mit einer Qualitätsoffensive für die duale
257 Ausbildung verbinden. Wir wollen dafür sorgen, dass für Arbeitgeber eine Ankündigungsfrist bei
258 beabsichtigter Nichtübernahme nach der Ausbildung eingeführt wird. Ein Wechsel zwischen
259 beiden Bildungswegen muss flexibel möglich sein, in jeder Phase der eigenen
260 Bildungsbiographie. Auch die individuelle Bildungsfinanzierung darf hierfür keine Hürde
261 darstellen. Junge Menschen brauchen sichere Perspektiven. Deshalb werden wir die
262 **sachgrundlose Befristung abschaffen.**

263 **Wir wollen die politische Beteiligung junger Menschen weiter verbessern.** Deshalb wollen wir
264 das Wahlalter auch bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre absenken und die politische Bildung für
265 Jugendliche stärken – vor allem auch über die Bundeszentrale für politische Bildung. **Wir wollen**
266 **Orte der Kinder- und Jugendarbeit erhalten und ausbauen.** Sie gehören genauso wie Kitas und
267 Schulen zur Grundversorgung. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler unserer
268 Jugendarbeit. Wir wollen sie weiter fördern. Wir haben deshalb ihre finanzielle Förderung im
269 Bundeshaushalt in den letzten Jahren um insgesamt zwei Millionen Euro erhöht. Diese
270 Entwicklung wollen wir fortschreiben. Auch in den Jugendfreiwilligendiensten, die immer mehr
271 junge Menschen zwischen Schule und Studium oder Berufseinstieg als Orientierungsphase
272 nutzen, muss die Zahl der Plätze der Nachfrage entsprechend angehoben werden.

273 **1.3. Gute Bildung für gleiche Chancen**

274 Damit Leistung und nicht der Geldbeutel der Eltern zählt, brauchen wir gleiche Bildungschancen.
275 Dafür müssen finanzielle Hürden abgebaut und Eltern von Bildungskosten entlastet werden.
276 Deshalb ist gute **Bildung gebührenfrei** – von der Kita über das Erststudium bis zum Master und
277 zur Meisterfortbildung. Dort wo es noch Gebühren gibt, wollen wir sie schrittweise abschaffen.

278 *Gute Schulen*

279 Gute Schulen brauchen gute Unterrichtskonzepte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die
280 Schülerinnen und Schüler individuell fördern. Alle Kinder sollen erfolgreich einen Schulabschluss
281 machen. Damit guter Unterricht möglich wird, müssen Schulen hervorragend ausgestattet sein.
282 Wir sind stolz, dass wir eine Grundgesetzänderung durchgesetzt haben und der Bund die Länder
283 endlich bei der Bildung besser finanziell unterstützen kann. Wir brauchen jetzt ein
284 **Schulmodernisierungsprogramm** des Bundes. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen
285 wollen wir investieren in die Sanierung und Modernisierung von Schulen, in die digitale
286 Ausstattung der Schulen, in den Ausbau der sportlichen, kulturellen und sozialen Angebote und
287 in den Ausbau von Ganztagschulen. Nur so können alle Kinder und Jugendlichen Begabungen
288 entfalten, damit ihre Leistung und nicht ihre Herkunft entscheiden. Gerade in sozialen
289 Brennpunkten müssen Schulen wieder zu Leuchttürmen werden, die beste
290 Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Gestaltung des eigenen Lebens bieten.

291 **Digitale Kompetenzen** müssen dem Lesen, Rechnen und Schreiben als vierte Kulturtechnik an
292 die Seite gestellt werden, damit der sozialen Spaltung nicht eine digitale Spaltung hinzuwächst.
293 Gemeinsam mit den Ländern wollen wir daher digitale Bildungsstandards für alle
294 Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln und den Erwerb digitaler Kompetenzen in allen

295 Bildungsplänen verankern. Wir werden dafür sorgen, dass Lehrkräfte sich für den digitalen
296 Wandel qualifizieren und dass Informatikunterricht an allen Schulen verpflichtend eingeführt
297 wird. Lernmaterialien müssen vollständig digitalisiert und offen zur Verfügung stehen.

298 Gute Ganztagschulen verbessern die Qualität der Bildung und die Chancengleichheit
299 gleichermaßen und leisten darüber hinaus einen unverzichtbaren Beitrag für die Vereinbarkeit
300 von Familie und Beruf. Diese Schulen der Zukunft öffnen sich zum Sozialraum, bieten Freiräume
301 für Kinder und Jugendliche und arbeiten mit multiprofessionellen Teams. Wir werden
302 gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote in allen
303 Schulformen vorantreiben und führen einen **Rechtsanspruch auf Ganztagschulplätze im**
304 **Primarbereich** bis 2021 ein.

305 Die Beruflichen Schulen sind zentral für die Qualität der dualen Ausbildung und damit für das
306 Innovations- und Fachkräftepotenziale von morgen. Mit einem Berufsschulpakt wollen wir ihre
307 bauliche und technologische Ausstattung wieder auf die Höhe der Zeit bringen und wichtige
308 Impulse auch für die personelle Ausstattung setzen. Ein solcher Pakt muss von Bund und Ländern
309 gemeinsam getragen werden und auch die Unternehmen einbeziehen.

310 *Gute Wissenschaft*

311 Universitäten und Fachhochschulen sind Orte, an denen menschliche Neugier und Kreativität
312 neues Wissen und Können schaffen. Gute Lehre und Spitzenforschung an Hochschulen setzt eine
313 **bessere Grundfinanzierung** voraus. Der Bund wird sich seiner Verantwortung im
314 Wissenschaftsbereich stellen. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete
315 werden wir auch nach 2019/2020 für die Wissenschaft erhalten und in eine verlässliche und
316 dauerhafte Finanzierungsarchitektur überführen. Damit der Wissenschaft ihre klügsten Köpfe
317 nicht verloren gehen, wollen wir für Universitäten und Fachhochschulen gestufte und
318 verlässliche Karrierewege aufbauen. Wir wollen insbesondere im Mittelbau den Anteil
319 unbefristeter Beschäftigung erhöhen. Und wir wollen mehr Professorinnen. Mit einer
320 Ausstattungsinitiative werden wir die Hochschulen bei der Digitalisierung unterstützen.

321 Trotz der Rekordzahl von Studenten und Studentinnen schaffen es Arbeiterkinder nach wie vor
322 nur selten an die Hochschule. So studieren von 100 Kindern aus Akademikerfamilien 77. Von 100
323 Kindern aus Facharbeiterfamilien sind es hingegen nur 23. Daran hat auch der schnellere
324 Bachelor-Abschluss nichts verändert.

325 Das **BAföG** ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Es ist neben der Gebührenfreiheit für
326 ein Studium das wichtigste Instrument, um Chancengleichheit in der Bildung zu sichern. Wir
327 werden es daher mit dem Ziel reformieren, die Leistungen zu verbessern, die Förderung stärker
328 auf neue Lebenslagen auszurichten und es an vielfältigere Bildungsbiografien anzupassen. In
329 diesem Rahmen wollen wir

- 330 • die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach BAföG PLUS
331 bringen.
- 332 • das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen
333 Ausbildungen ausbauen.
- 334 • das Studenten-BAföG durch höhere Einkommensgrenzen weiter öffnen und
335 modernisieren, z.B. durch eine Förderung bei Teilzeitstudiengängen.

- 336 • die Altersgrenzen aufheben und flexiblere Förderansprüche über den gesamten
337 Lebensverlauf schaffen.
- 338 • das Meister-BAföG zu einem Erwachsenen-BAföG weiterentwickeln und für
339 akademische Fortbildungen bis zum Bachelor und Master öffnen (nach Phasen der
340 Berufstätigkeit).

341 Wir wollen die **Hochschulen weiter für Studierende ohne Abitur öffnen**. Zudem wollen wir das
342 Aufstiegsstipendium für Berufsbildungsabsolventen verdoppeln und Duale Studiengänge
343 entschieden ausbauen. Inklusive Angebote werden wir stärken.

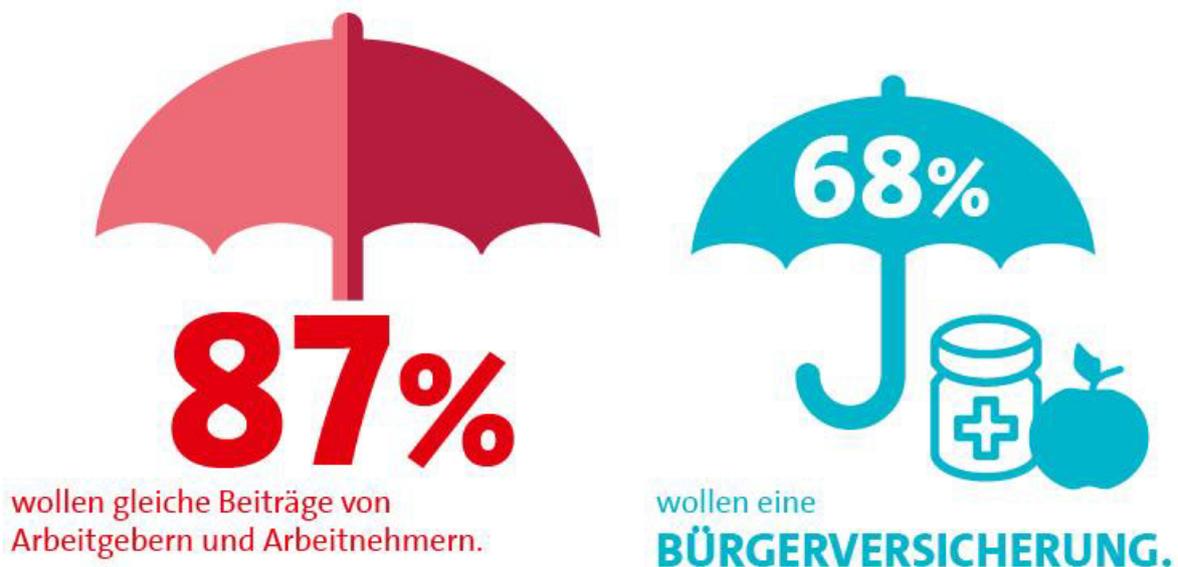
344 Wir werden die sozialen Infrastrukturen an den Hochschulen stärken, indem wir Beratungs-,
345 Betreuungs- und Mensaangebote ausbauen und ein **Sanierungs- und Neubauprogramm für
346 studentisches Wohnen** aufsetzen.

347 **1.4. Paritätische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**

348 Eine **gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung** für alle ist und bleibt das Ziel der SPD.
349 Die Trennung von privat und gesetzlich Versicherten und die empfundenen Unterschiede in der
350 Versorgung, z.B. bei den Wartezeiten auf Arzttermine, wird von vielen Menschen als ungerecht
351 empfunden.

352 Die SPD wird die **Zwei-Klassen-Medizin beenden**. Wir werden erstmals alle Bürgerinnen und
353 Bürger auf die gleiche Weise versichern – in der paritätischen Bürgerversicherung. Bisher
354 Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Der
355 Beitrag soll wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Versicherten gezahlt werden. Damit
356 wird sichergestellt, dass der medizinische Fortschritt und der Behandlungsbedarf einer älter
357 werdenden Bevölkerung gerecht und nicht nur zu Lasten der Versicherten finanziert werden. Das
358 ist gerecht!

359 *Abbildung 4: Krankenversicherung - Was wollen die Bürgerinnen und Bürger*



360

361 *Quelle: IG Metall*

362 Wir wollen das Gesundheits- und Pflegesystem gerecht und zukunftssicher weiterentwickeln.
363 Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich darauf verlassen können, dass sie unabhängig von
364 Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische Versorgung bekommen.

365 Ein Grundfehler der bisherigen Zwei-Klassen-Medizin besteht darin, dass durch eine höhere
366 Vergütung Privatpatienten bevorzugt werden. Deshalb werden wir mit der Bürgerversicherung
367 eine **neue, einheitliche Honorarordnung** für Ärztinnen und Ärzte einführen. Damit richtet sich
368 die Vergütung medizinischer Leistungen für alle Patientinnen und Patienten nach ihrem
369 Behandlungsbedarf und nicht nach ihrem Versicherungsstatus.

370 *Versorgung sicherstellen*

371 Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen.
372 Auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen und in Stadtteilen mit sozialen Problemen
373 muss der Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung gegeben sein. Dazu
374 brauchen wir eine **integrierte Bedarfsplanung** der gesamten medizinischen Versorgung in der
375 politischen Verantwortung der für die Daseinsvorsorge zuständigen Länder. Wir brauchen
376 außerdem mehr Hausärztinnen und Hausärzte als heute. Wir werden deshalb die Stellung der
377 Allgemeinmedizin in Studium, Weiterbildung, berufspolitischen Gremien und bei der
378 Honorierung stärken.

379 Ein großes Innovationspotenzial im Gesundheitssystem liegt im **Ausbau telemedizinischer**
380 **Anwendungen**. Die digitale Revolution in unserer Gesellschaft ermöglicht kooperative
381 Strukturen der integrierten Versorgung schneller aufzubauen. Wir wollen dazu die Telemedizin
382 konsequent voranbringen und die Vernetzung der Versorgungsbereiche stetig vertiefen.
383 Telemedizin schafft die Plattform für ein besseres Zusammenwirken von ambulantem und
384 stationärem Bereich. Zudem ist es durch telemedizinische Anwendungen möglich, die
385 Versorgung auch mit spezialisierten Leistungen in dünner besiedelten Regionen zu
386 unterstützen.

387 *Krankenhäuser sichern – Gute Arbeit auf den Stationen schaffen*

388 Die Krankenhäuser sind ein wichtiger Eckpfeiler unseres Gesundheitssystems. Wir setzen uns
389 weiter für **mehr und besser bezahltes Pflegepersonal** auf den Krankenhausstationen ein.
390 Deshalb wollen wir Personalstandards umsetzen und eine bessere Bezahlung für Pflegerinnen
391 und Pfleger erreichen. Bei den Krankenhausinvestitionen klafft eine große Lücke. Wir wollen sie
392 schließen und den Investitionsstau auflösen. Dazu werden wir ein zeitlich befristetes
393 steuerfinanziertes Investitionsprogramm des Bundes auflegen.

394 *Arzneimittelpreise müssen fair sein*

395 Wir wollen, dass medizinische Innovationen schnell und zu fairen Preisen vom ersten Tag an
396 verfügbar sind. Die Arzneimittelpreise müssen in einem solidarisch finanzierten System ethisch
397 vertretbar und nicht nur marktorientiert sein. Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei
398 den Arzneimittelpreisen in der Spitzengruppe. Deshalb muss auch in Zukunft stetig neu
399 bestimmt werden, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind und zu welchen Preisen sie
400 solidarisch finanziert werden. Um **angemessene Preise** für ältere Medikamente zu
401 gewährleisten, wollen wir auch diese einer Kosten-Nutzen-Bewertung unterziehen, das
402 Preismoratorium fortschreiben und den Herstellerabschlag anpassen.

403 *Patientenschutz*

404 Wir werden Patientenrechte stärken und einen **Patientenentschädigungsfonds** als Stiftung des
405 Bundes schaffen. Der Fonds tritt ein, um geschädigte Patientinnen und Patienten bei der
406 Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen und wenn haftungsrechtliche Systeme nicht
407 greifen.

408 *Bürgerversicherung in der Pflege*

409 Auch in der Pflege wollen wir die **paritätische Bürgerversicherung** einführen. Um die
410 Bürgerinnen und Bürger besser vor den Pflegerisiken zu schützen, prüfen wir mit der
411 Bürgerversicherung auch die Möglichkeit, die Beiträge freiwillig auf eine Vollversicherung
412 aufzustocken, die ebenso paritätisch finanziert wird.

413 *Zukunftsfonds für die Pflege im Quartier*

414 Eine Herausforderung der kommenden Jahre ist es, die gute Versorgung der Älteren in ihren
415 angestammten Quartieren sicherzustellen. Das gilt auch für den ländlichen Raum.
416 **Pflegebedürftigkeit soll kein Grund für einen Umzug sein!** Um das zu erreichen, ist neben den
417 Leistungen der Pflegeversicherung ein Mix an Unterstützungsleistungen notwendig, die durch
418 Familien, Kommunen, im Ehrenamt oder als professionelle Dienstleistungen erbracht werden
419 können. Dazu wollen wir einen **Demografie-Zukunftsfonds** schaffen, in den u.a. die wenig
420 nachgefragte staatliche Förderung der privaten Pflegezusatzversicherung fließt.

421 **1.5. Alterssicherung**

422 Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Die Reformen der vergangenen
423 Jahre wirken, die Erwerbsbeteiligung ist so hoch wie nie zuvor, auch gestützt durch eine gute
424 Konjunktur. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil.
425 Gleichzeitig steigen die Renten, auch dank des Mindestlohns, spürbar. 2016 gab es die größten
426 Rentenerhöhungen seit 23 Jahren.

427 Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland vor großen Herausforderungen: Das
428 **Rentenniveau muss stabilisiert werden.** Wir wollen, dass die Menschen auch nach dem Jahr
429 2020 in die gesetzliche Rentenversicherung vertrauen können. Dafür muss gelten: Wer
430 jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, ohne auf eine Grundsicherung
431 angewiesen zu sein. Arbeitsleistung muss sich in der Rente widerspiegeln! Unterschiedliche
432 Erwerbsphasen und Erwerbsformen müssen anerkannt und abgesichert werden. Und wir
433 müssen die Rente bei Erwerbsminderung stärken.

434 Die Übergänge von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand müssen an die Lebenswirklichkeit
435 angepasst werden. Veränderte Erwerbsverläufe verlangen mehr flexible, individuelle
436 Übergänge.

437 Viele Menschen leben und arbeiten in der heutigen Zeit vielfältiger und selbstbestimmter. Dies
438 bringt mehr Risiken für die soziale Absicherung mit sich. Das Rentensystem muss dies
439 berücksichtigen, damit Menschen auch im Alter ihren Lebensstandard sichern können und vor
440 Armut geschützt sind. Deshalb muss jede Erwerbstätigkeit auch zu einer Absicherung für das
441 Alter beitragen.

442 Um den Herausforderungen zu begegnen, müssen wir auch die weiteren Säulen der
443 Alterssicherung stärken. Bei Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen sowie in nicht

444 tarifgebundenen Unternehmen gibt es Lücken bei der betrieblichen Altersvorsorge. Diese wollen
445 wir schließen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen Einkommen soll es
446 einfacher werden, betrieblich für das Alter vorzusorgen.

447 Die SPD hält es für erforderlich, die steuerlich geförderte private Altersvorsorge neu zu ordnen.

448 **1.6. Inklusion**

449 Wir haben auf dem Weg zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen bereits viel erreicht-
450 aber wir haben noch viel vor uns. Unser Ziel ist klar: **Eine menschliche Gesellschaft muss eine**
451 **inklusive Gesellschaft sein.**

452 Wir wollen eine Gesellschaftspolitik, die unterschiedliche Menschen, Lebensweisen und
453 Arbeitsformen wertschätzt, sichert und unterstützt. Damit ermöglichen wir jeder und jedem
454 Einzelnen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe.

455 Wir erreichen eine inklusive Gesellschaft nur, wenn die ganze Gesellschaft zur Inklusion bereit
456 ist. Wir wünschen uns für die nächste Generation, dass für sie das tägliche Miteinander von
457 Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich ist. Dies muss der Kern inklusiver
458 Bildung werden.

459 Auf dem Arbeitsmarkt sollen alle Menschen gemäß ihrem Können und ihrer Leistungsfähigkeit
460 erwerbstätig sein. Wo nötig werden sie unterstützt und erhalten Assistenz.

461 Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gemeinschaft und am
462 gesellschaftlichen Leben muss auf allen Ebenen inklusiv gestaltet werden. Angemessene
463 Vorkehrungen zur Teilhabe behinderter Menschen sind in einem vernetzten Sozialraum
464 unverzichtbar. Bei dieser kommunalen Aufgabe müssen Betroffene, Verbände und Vereine an
465 einem Strang ziehen.

466 Wir wollen Menschen mit Beeinträchtigung die Teilhabe am politischen, kulturellen und
467 gesellschaftlichen Leben umfassend ermöglichen. Dazu gehört insbesondere die gleiche
468 ungehinderte Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen.

469 Die SPD tritt dafür ein, dass die Pauschalbeträge für Menschen mit Behinderungen an die
470 allgemeine Preissteigerung angepasst werden.

471 Zentral für die individuelle Befähigung zur Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft
472 ist die Rehabilitation. Diese wollen wir weiterentwickeln: die Person muss im Zentrum stehen,
473 Bedarfe müssen individuell ermittelt werden. Die Betroffenen brauchen Zugänge zu Leistungen,
474 die diskriminierungsfrei und niedrigschwellig sind.

475 Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen bedürfen unserer besonderen
476 Aufmerksamkeit. Inklusion bedeutet gesicherte und aktivierende Teilhabe, d.h. pflegerische und
477 betreuende Unterstützung in allen Lebensbereichen insbesondere bei Wohnen und
478 Beschäftigung.

479 Wir wollen Verbesserungen für Kinder mit Behinderungen und ihre Eltern erzielen, Leistungen
480 aus einer Hand anbieten und die Bedarfe der Kinder ins Zentrum stellen.

481 **1.7. Gerechte Steuern und Finanzen**

482 **Höhere Investitionen** in Bildung, Infrastruktur und die Sicherheit und Zukunft unseres Landes
483 **müssen solide und gerecht finanziert werden.** Die aktuelle finanzielle Lage Deutschlands ist

484 dafür sehr gut. Das Steueraufkommen steigt seit Jahren wegen hoher Beschäftigung und
485 stabilem Wachstum kontinuierlich an. Der Staat ist handlungsfähig und muss nun die
486 notwendigen Investitionen tätigen, das wünscht sich auch die Mehrheit der Bürgerinnen und
487 Bürger (vgl. Abbildung 5).

488 *Abbildung 5: Verwendung staatlicher Mehreinnahmen*



489

490 *Quelle: ARD/Infratest dimap 2016*

491 Eine zusätzliche Besteuerung der breiten Basis unserer Gesellschaft ist dafür in keiner Weise
492 notwendig. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Wir wollen die mittleren und kleinen Einkommen
493 bei Steuern und Abgaben künftig entlasten.

494 Unsere Steuergrundsätze sind klar und einfach: Einnahmen und Ausgaben müssen in Balance
495 stehen, **Steuersätze gerecht sein**. Wir streiten dafür, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich
496 verringert, damit unsere Gesellschaft weiterhin zusammenhält. Hohe Einkommen tragen eine
497 entsprechend hohe steuerliche Verantwortung für die Gesellschaft. Das trifft in Anbetracht der
498 Einkommensverschiebungen der letzten Jahre umso mehr für Einnahmen aus Kapitalgewinnen
499 und große Erbschaften zu. Wir treten dafür ein, dass mittlere und kleine Einkommen sowie
500 Familien und Lebenspartnerschaften mit Kindern stärker begünstigt werden. Gleichzeitig
501 brauchen wir gute Tarifabschlüsse und steigende Löhne und Gehälter für die arbeitende Mitte.
502 Die Steuerpolitik ist nur ein Beitrag, die Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen.

503 Für uns steht fest: **Steuerbetrug ist kriminell** und kein Kavaliersdelikt. Steuergerechtigkeit geht
504 alle an. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. "Verstopfte" Steuerquellen – durch Steuerbetrug
505 und durch die Steuerumgehung vieler großer Konzerne – wollen wir für die Korrektur der
506 Steuerlastverteilung zu nutzen. Damit ist die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen
507 und von Haushalten mit Kindern finanzierbar.

508 *Gerechte Steuern und Abgaben*

509 Die Besteuerung von Familien mit Kindern werden wir reformieren und das Ehegattensplitting
510 so modernisieren, dass Frauen dadurch keine Anreize mehr haben, unfreiwillig auf
511 Berufstätigkeit zu verzichten. Wir werden die Steuern und Abgaben im **unteren und mittleren**
512 **Einkommensbereich** reformieren und einen Weg finden, hier **zu spürbaren Reduzierungen** zu
513 kommen, um vor allem Familien mit geringen und mittleren Einkommen stärker zu entlasten.

514 Die Besteuerung von Kapitaleinkünften werden wir neu ordnen, damit sie deutlich mehr zu den
515 öffentlichen Einnahmen des Staates bzw. seiner Gebietskörperschaften beitragen. Wir werden
516 Bezieher **sehr hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung** unseres
517 Gemeinwesens heranziehen. Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen,
518 etwa Hoteliers („Mövenpick-Steuer“) und reiche Erben, werden wir zurücknehmen und
519 steuerliche Subventionen – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – streichen.
520 Wir werden eine Finanztransaktionssteuer mit einer breiten Bemessungsgrundlage und
521 niedrigen Steuersätzen einführen.

522 *Steuerbetrug bekämpfen*

523 Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche werden wir national, europäisch und
524 international hart bekämpfen. Innerhalb Deutschlands wollen wir einen **gleichmäßigen und**
525 **gerechten Steuervollzug**. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und
526 Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen, um so den Steuervollzug zu stärken. Wir
527 wollen, dass sämtliche Vermögenswerte, die aus einer Straftat erlangt sind und alle
528 rechtswidrigen Gewinne konsequenter als bislang abgeschöpft werden. Auch Vermögen
529 unklarer Herkunft sollen künftig eingezogen werden können. Wir drehen die Beweislast um.

530 Die Steuervermeidung innerhalb Europas ist nicht zu akzeptieren. In Steuersachen brauchen wir
531 eine europäische Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung. Durch die Einführung einer
532 gemeinsamen Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen stellen wir sicher, dass der
533 Wettbewerb zum Fair Play wird.

534 Die Enthüllungen um die „Panama-Papiere“ machen deutlich, dass wir ein lückenloses
535 Programm gegen Geldwäsche und Steuerbetrug auf Ebene der Gruppe der zwanzig wichtigsten
536 Industrie- und Schwellenländer (G20) brauchen. **Steuergerechtigkeit** muss international
537 durchgesetzt werden. Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler
538 Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -
539 vermeidung zu stoppen. Wir begrüßen daher die ausnahmslose Transparenz durch den
540 automatischen Informationsaustausch ab 2017 und fordern ein Verbot anonymer
541 Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten und eine harte Sanktionierung von Fehlverhalten bei
542 Banken bis hin zum Entzug der Banklizenz.

543 **2. Gemeinsam Zusammenhalt und Solidarität stärken**

544 Solidarisches Miteinander und Zusammenhalt sind die Grundbedingungen für ein gutes Leben
545 in einer gerechten Gesellschaft. In unserer Gesellschaft übernehmen Menschen füreinander
546 Verantwortung und starke Schultern tragen mehr als schwache Schultern. Nur wenn jeder nicht
547 nur an sich selbst, sondern auch an seine Mitmenschen denkt, hält unsere Gesellschaft
548 zusammen. Menschen übernehmen Verantwortung für ihre Familie, Freunde und Nachbarn. Das
549 gegenseitige Vertrauen gibt Halt und Sicherheit und ist die Grundlage dafür, dass wir mit
550 Zuversicht und Offenheit Neues wagen.

551 Die meisten Menschen in Deutschland verstehen Einwanderung deshalb zu Recht als
552 Bereicherung und nicht als Bedrohung. Sie stellen sich entschlossen gegen Chauvinismus,
553 Rassismus und Ausgrenzung. Dabei gilt selbstverständlich, dass dieser Zusammenhalt nur durch
554 gegenseitigen Respekt bewahrt werden kann. Dieser Respekt zeigt sich nicht zuletzt durch die
555 Gleichberechtigung von Mann und Frau, Alt und Jung, Alteingesessene und neu Hinzugezogene.
556 Wir teilen gemeinsame Werte und Regeln, die für alle gelten und die alle anerkennen.

557 Dieser Anspruch ist auch Teil der europäischen Idee. Deshalb trägt Deutschland Verantwortung
558 für unser gemeinsames Europa. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dieses
559 Europa deshalb gegen Angriffe von Nationalisten und Rechtspopulisten verteidigen. Wir stehen
560 für ein soziales Europa, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, um so neues Vertrauen zu
561 stiften.

562 **2.1. Familien ins Zentrum rücken**

563 Familien brauchen gesellschaftliche Spielräume. Nur dann können Familien Orte des
564 Zusammenhalts und der gelebten Solidarität sein.

565 *Eine neue Kultur für Familien*

566 Familie in ihren unterschiedlichen Formen ist für die meisten Menschen Lebensmittelpunkt und
567 Geborgenheit. Und Familie ist Zusammenhalt. Auch für die Gesellschaft ist es ein großer Wert,
568 dass sich so viele Menschen um andere kümmern wollen: Eltern wollen für ihre Kinder da sein,
569 Kinder für ihre Eltern, wenn sie im Alltag Unterstützung oder Pflege benötigen. Und viele wollen
570 Kita, Schule und Vereinsleben ehrenamtlich mitgestalten. Das ist es, was unsere Gesellschaft
571 zusammenhält.

572 Damit Menschen Verantwortung füreinander übernehmen können, brauchen sie Zeit. Dafür
573 brauchen wir einen **Kulturwandel in der Arbeitswelt** und einen Abschied vom „Präsenz-
574 Wettbewerb“. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und
575 Dienstreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Der Öffentliche
576 Dienst muss Vorreiter für einen Kulturwandel in den Betrieben sein.

577 *Politik für die Generation 65plus*

578 Noch nie war die Lebenserwartung so hoch wie heute. Und noch nie sind Menschen so gesund
579 wie heute alt geworden. Sie wollen selbstbestimmt leben und sich gleichzeitig darauf verlassen
580 können, dass sie bei zunehmendem Hilfe- oder Pflegebedarf die notwendige Unterstützung
581 erhalten. Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich aktiv an der Gesellschaft
582 teilhaben können und deswegen lebenswerte Quartiere für alle Generationen unterstützen. Wir
583 wollen flächendeckende und miteinander vernetzte Angebote für Gesundheit, Pflege und

584 haushaltsnahe Dienstleistungen – legal, für alle zugänglich und bezahlbar. Weder die
585 Kommunen, noch Länder oder Bund können jedoch ein solch umfassendes Angebot und die
586 nötigen Hilfen im Einzelfall allein finanzieren. Daher wollen wir eine „**Gemeinschaftsagenda**
587 **demographischer Wandel**“ initiieren, die von allen staatlichen Ebenen, den
588 Sozialversicherungen und den vorhandenen Hilfesystemen getragen wird.

589 Wir wollen gemeinschaftliche Wohnformen älterer Menschen mit einem Programm
590 „**Gemeinschaftlich selbstbestimmt wohnen**“ unterstützen. Das Interesse an Wohnprojekten, bei
591 denen sich Nachbarn umeinander kümmern und gegenseitig helfen, übersteigt bislang bei
592 weitem das Angebot. Wir wollen die hohe Engagementbereitschaft älterer Menschen fördern
593 und ihre Potentiale nutzen. Zum Beispiel durch einen gleitenden Übergang in die Rente über eine
594 schrittweise Arbeitszeitverkürzung. Orte der Begegnung, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, die
595 freiwilliges Engagement unterstützen und zugleich darauf angewiesen sind, wollen wir weiter
596 fördern und ausbauen.

597 **2.2. Gleichberechtigung und Gleichstellung**

598 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist seit mehr als 150 Jahren ein zentrales Ziel der
599 deutschen Sozialdemokratie. Die vollständige Gleichstellung für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und
600 Intersexuelle (LSBTI) ist für uns ebenso bedeutsam.

601 *Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen*

602 Wir wollen, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleiche Rechte und
603 Pflichten in unserer Gesellschaft haben. Die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Artikel 3 müssen
604 um die sexuelle Identität erweitert werden.

605 Und wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird
606 breiter: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Wir
607 wollen daher die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Das schließt das
608 Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein.

609 *Gleichstellung am Arbeitsmarkt*

610 Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind und die
611 Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird. Mit der Frauenquote in der
612 Privatwirtschaft haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Unser Ziel bleibt,
613 dass Führungsgremien jeweils zur Hälfte mit Männern und Frauen besetzt sind.

614 Frauen bekommen im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem
615 ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz dieser Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt. Im
616 nächsten Schritt werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern die sozialen Berufe, in denen vor
617 allem Frauen arbeiten, aufwerten - in der Gesundheit, Pflege, Betreuung und in der
618 frühkindlichen Bildung.

619 Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz prüfen und reformieren – vor allem im Hinblick
620 auf die Regelungen zum Recht auf Teilzeit, zur Vergütung von Überstunden, zur Teilhabe an
621 Qualifizierungsmaßnahmen und zu den betrieblichen Bewertungssystemen.

622

623

624 *Leben frei von Gewalt*

625 Wir kämpfen gegen jede Form von menschenverachtendem Verhalten und insbesondere Gewalt
626 gegen Frauen. Die Rechte von Frauen und Männern, die Opfer von sexueller Gewalt geworden
627 sind, wollen wir auch künftig weiter stärken. Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch
628 auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und Mädchen –
629 unabhängig von ihrem Asylstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen und Frauenhäusern
630 muss dem Bedarf entsprechend ausgebaut und weiterentwickelt werden, damit keine Frau aus
631 finanziellen Gründen abgewiesen werden muss. Wir wollen dazu ein Bundesförderprogramm
632 auflegen, mit dem die erforderlichen Innovationsmaßnahmen im Hilfesystem in Gang gesetzt
633 werden können.

634 **2.3. Gute Nachbarschaft in unseren Städten und Gemeinden**

635 Wohnen ist und bleibt eine zentrale soziale Frage. Insbesondere die Wohnkosten sind von Region
636 zu Region sehr unterschiedlich. Die größeren Städte und Hochschulstandorte sind unverändert
637 attraktiv. Wohnungsknappheit und steigende Miet- und Kaufpreise führen dazu, dass immer
638 mehr Menschen in unteren und mittleren Einkommensgruppen in den Innenstädten keinen
639 bezahlbaren, barrierefreien, alters- und familiengerechten Wohnraum finden. Wer mehr als ein
640 Drittel seines Einkommens für Wohnen ausgibt, zahlt zu viel. Diese Entwicklung wird durch die
641 Zuwanderung und das Auslaufen von Belegungs- und Mietpreisbindungen noch verstärkt.

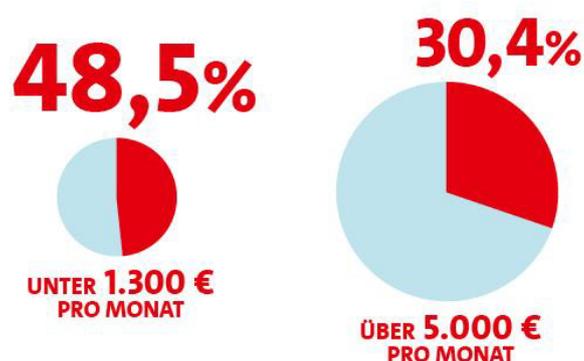
642 Gleichzeitig werden in Zeiten dauerhaft niedriger Zinsen Immobilien zunehmend zu
643 Anlageobjekten. Luxussanierungen haben das Gesicht vieler Quartiere verändert und das
644 Angebot an bezahlbarem Wohnraum verringert. Was hier neu entsteht, sind vor allem teure
645 Miet- und Eigentumswohnungen.

646 Andere Städte und Gemeinden – auch im ländlichen Raum – sind von Abwanderung betroffen.
647 Hier stehen Wohnungen leer, liegen Flächen brach, werden Wohngegenden zunehmend
648 unattraktiv.

649 *Bezahlbares Wohnen*

650 Bezahlbarer Wohnraum ist für uns Bestandteil der Daseinsfürsorge. Wir wollen, dass **Wohnen**
651 **bezahlbar bleibt**, gerade auch für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen – denn je
652 niedriger das Einkommen, desto größer ist der Anteil der Wohnkosten (vgl. Abbildung 6).

653 *Abbildung 6: Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen*



654

655 *Quelle: Statistisches Bundesamt*

656 Wir wollen die **Wirksamkeit der Mietpreisbremse** durch eine größere Transparenz der Vormiete
657 und eine Auskunftspflicht des Vermieters verbessern. Außerdem wollen wir einen
658 rückwirkenden Anspruch des Mieters auf die Rückzahlung überhöhter Mieten einführen. Neue
659 Regelungen im Mietrecht sollen nicht bei der Mietpreisbremse enden. Wir wollen weitere
660 Änderungen, insbesondere soll die **Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzt** werden.
661 Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieter
662 durchgeführt werden. Zudem muss das **Wohngeld** an die allgemeine Preisentwicklung
663 angekoppelt werden.

664 *Abbildung 7: Mietentwicklung von 2009-2014*



665

666 *Quelle: F + B*

667 Derzeit gibt es in Deutschland rund 1,5 Millionen **Sozialwohnungen** – der Bedarf liegt jedoch bei
668 schätzungsweise 3,5 Millionen. Gleichzeitig laufen die sozialen Bindungen vieler Wohnungen
669 aus, ohne dass dies durch den Neubau von Sozialwohnungen auch nur annähernd ausgeglichen
670 wird. Die von uns bereits deutlich erhöhten Mittel für den sozialen Wohnungsbau reichen nicht
671 aus. Mehr Wohnungsbau und die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden in gemeinsamer
672 Verantwortung von Bund und Ländern bleibt unser Ziel. Wir möchten außerdem, dass der Bund
673 den Ländern und Kommunen Vorbild ist und beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und
674 Gebäude wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele berücksichtigt. Dafür wollen wir das
675 „Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ ändern. Darüber hinaus setzen wir uns
676 für mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum ein.

677 Im europäischen Vergleich ist Deutschland von einer relativ niedrigen Wohneigentumsquote
678 geprägt. Wir wollen, dass der Traum von den eigenen vier Wänden für mehr Menschen wahr
679 werden kann. Wenn wir verhindern wollen, dass sich die Vermögensverhältnisse in Deutschland
680 noch weiter auseinanderentwickeln, müssen wir auch den **Erwerb von Wohneigentum** für
681 untere und mittlere Einkommen und für Familien erleichtern und gleichzeitig
682 **genossenschaftliches Bauen und Wohnen** weiter stärken.

683 Mit Investitionsanreizen, Grundsteuerreform und bundesweit einheitlichen Standards wollen
684 wir zudem gemeinsam mit den Ländern **Bauen attraktiver machen** und so die Neubautätigkeit
685 ankurbeln.

686 *Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen*

687 Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, wollen wir die wirtschaftlichen
688 Perspektiven in den strukturschwachen Regionen verbessern. Die Ostförderung wollen wir
689 perspektivisch in ein gesamtdeutsches **Fördersystem für strukturschwache Regionen**
690 übertragen. Ziel bleibt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen.

691 Wir wollen eine **vorausschauende Stadtentwicklungspolitik und Quartiersentwicklung**, die das
692 Prinzip der Vorsorge statt der Nachsorge zum Grundsatz hat. Das Quartiersmanagement war
693 und ist der zentrale Erfolgsfaktor des **Programms „Soziale Stadt“**. Wir wollen dieses Programm
694 weiter ausbauen und dabei mehr Mittel für qualifiziertes Personal aufwenden:
695 Quartiersmanager, Integrationsmanager, Nachbarschaftslotsen. Wir wollen noch stärker darauf
696 achten, dass Hilfe und Unterstützung vor Ort schon organisiert wird, bevor eine Abwärtsspirale
697 beginnt. Dabei setzen wir auf innovative Konzepte durch eine neue Bundesstiftung „Soziale
698 Stadt“.

699 Während in den wachsenden Regionen vor allem die Wohnkosten reguliert werden müssen,
700 geht es in den schrumpfenden Regionen vorrangig darum, bezahlbare Verkehrsangebote mit
701 neuen Mobilitätskonzepten zu verbinden und Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, soziale
702 Orte und Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten oder wiederherzustellen. Und wir wollen **Orte der**
703 **Begegnung** vor allem im ländlichen Raum weiter ausbauen, die Einkaufsmöglichkeiten,
704 Beratung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege miteinander verbinden.

705 **2.4. Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten**

706 Einwanderung muss politisch gesteuert werden. Unter den richtigen Bedingungen trägt Vielfalt
707 zu unserer offenen, pluralistischen Gesellschaft bei. Allerdings braucht es ein alle
708 gesellschaftlichen Bereiche **umfassendes Konzept der Integration**.

709 Ganz in diesem Sinne haben wir eine doppelte Integrationsaufgabe zu meistern: Die Integration
710 der Einwanderer und Flüchtlinge und gleichzeitig den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft.
711 Hierfür müssen Staat und Politik die Voraussetzungen schaffen und vor allem in
712 Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Gesundheit
713 investieren.

714 Wir müssen die bei uns geltenden Regeln des Zusammenlebens vermitteln und über ihre
715 Einhaltung wachen. Integration ist ein Prozess, der auf Gegenseitigkeit beruht. Wir setzen nicht
716 nur auf die Integrationsbereitschaft der Eingewanderten und ihren Willen, gemeinsam mit uns
717 in einer Gesellschaft zu leben. Wir fordern diese Bereitschaft auch ein.

718 Wir leben in einer vielfältigen und pluralen Gesellschaft, die auf **gemeinsamen Werten und**
719 **Normen** beruht. **Grundlage für alle ist das Grundgesetz**. Das Grundgesetz bietet Raum für
720 kulturelle Vielfalt, es sichert die Freiheit des Glaubens, die Gleichberechtigung zwischen Mann
721 und Frau und die Rechte von Minderheiten. Es setzt aber auch klare Grenzen, die niemand unter
722 Hinweis auf seine Herkunft oder seine religiöse Überzeugung außer Kraft setzen darf.

723 *Gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Ausbildung, Arbeit, Kultur und Sport*

724 Eine sozial gerechte Gesellschaft bedeutet, dass niemand wegen seiner
725 Einwanderungsgeschichte schlechtere Chancen hat. Nur durch Chancengleichheit für alle
726 Bürgerinnen und Bürger werden wir das Wohlstandsniveau unseres Landes auch in Zukunft
727 halten können und zu einer funktionierenden Einwanderungsgesellschaft wachsen.

728 Wir wollen, dass allen Kindern der Besuch einer Kita ermöglicht wird. Das muss auch und gerade
729 für Kinder aus Einwanderer- und Flüchtlingsfamilien gelten. Wir werden Orte der frühkindlichen
730 Bildung zu **Familienzentren** ausbauen: Sie sind der erste Berührungspunkt mit dem

731 Bildungssystem und sollen in Zukunft allen Familien Orientierung und Unterstützung beim
732 Zugang zu Sprachkursen, Bewerbungstrainings oder Jobbörsen bieten.

733 Frühe Förderung ist für bessere Teilhabe-Chancen besonders wichtig. Deshalb wollen wir das
734 Ganztagschulprogramm zunächst im Grundschulbereich ausbauen und qualitativ
735 weiterentwickeln.

736 Wir wollen die Berufsschulen in ihrer Brückenfunktion für Spracherwerb und erste praktische
737 Erfahrungen stärken. Gleichzeitig werden wir die Anerkennung von ausländischen
738 Schulabschlüssen und Ausbildungsprogramme mit Schwerpunkt auf Sprachförderung
739 verbessern.

740 Wir wollen den Anteil von Studierenden mit Einwanderungshintergrund an Universitäten und
741 Fachhochschulen weiter steigern. Dafür setzen wir auf ein starkes BAföG – auch für Menschen
742 mit Aufenthaltsgestattung und guter Bleibeperspektive. Wir wollen sichere
743 Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in Deutschland schaffen. Deshalb setzen wir
744 uns dafür ein, dass jede und jeder, der hier erfolgreich ein Studium absolviert hat, einen
745 dauerhaften Aufenthaltstitel erhält.

746 **Integrationskurse** sollen im Rahmen verfügbarer Plätze allen Asylbewerberinnen,
747 Asylbewerbern und Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht
748 in Deutschland bleiben. Wir wollen die Integrationskurse und die berufsbezogene
749 Sprachförderung besser mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, mit Maßnahmen der
750 Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbinden. Wir wollen
751 dabei besonders auch die Mütter aus Zuwanderungsfamilien erreichen. Denn sie sind die
752 Schlüssel für die gelingende Integration der Kinder.

753 Ein zentrales Element bei der Anerkennung und Nachqualifizierung ist die Verzahnung der
754 Maßnahmen zur Kompetenzfeststellung und zur Arbeitsmarktintegration. Wir wollen die
755 Kosten des Anerkennungsverfahrens sozialverträglich gestalten und die
756 Anerkennungssuchenden während des Verfahrens durch ein Einstiegsdarlehen unterstützen.

757 Wir wollen den Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichten im öffentlichen Dienst
758 erhöhen, denn sie sind hier deutlich unterrepräsentiert. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen
759 und interkulturelle Öffnung müssen diesen Schritt flankieren.

760 Alle Institutionen des Gesundheitswesens müssen sich interkulturell öffnen. Kultursensibilität
761 muss wichtiger Teil der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe sein.

762 **Sport ist wesentlicher Integrationsmotor.** Sport und Sportvereine vermitteln Werte und eröffnen
763 die Möglichkeit, Leistungsfähigkeit auszubauen, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu
764 stärken. Die SPD wird Projekte des Sports für mehr Integration und Inklusion weiterhin
765 unterstützen.

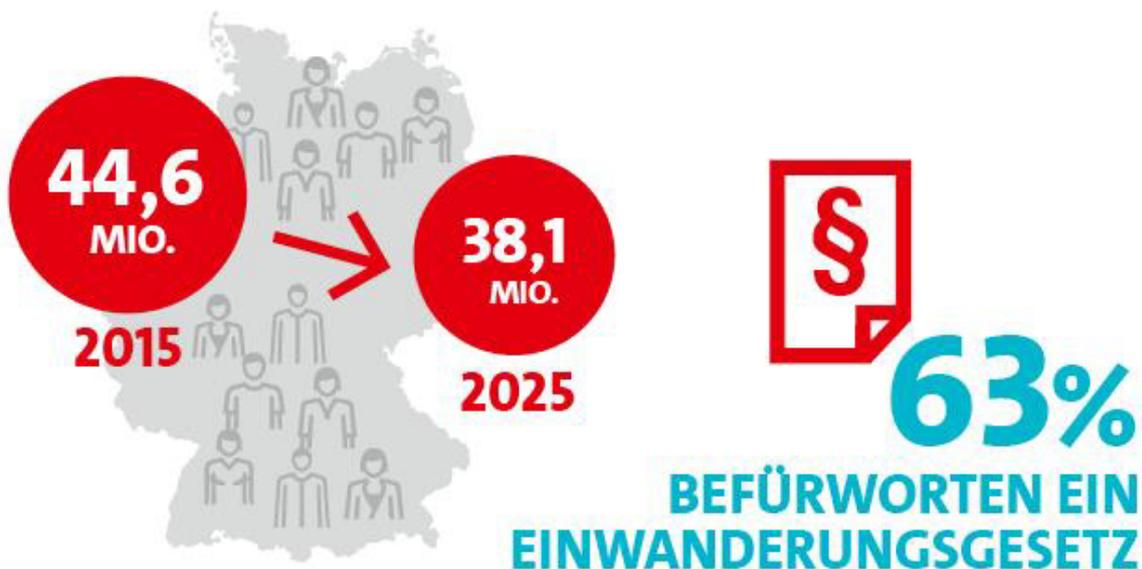
766 Der **interreligiöse Dialog** und der Wissenstransfer über verschiedene Religionen und Kulturen
767 sind wichtig für friedlichen Umgang, gegenseitigen Respekt und Toleranz. Wir wollen allen
768 Kindern in den Schulen Religions- und Ethikunterricht ermöglichen und ihr Wissen auch über
769 andere Religionen fördern. Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die
770 organisatorische Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen, die sich in
771 Deutschland nach deutschem Recht bilden und demokratische Organe sind. Wenn sie die

772 Voraussetzungen erfüllen, stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten
773 Religionsverfassungsrechts offen.

774 *Einwanderung von Fachkräften steuern*

775 Aufgrund des demografischen Wandels verliert Deutschland allein in den kommenden zehn
776 Jahren über sechs Millionen Erwerbsfähige und dringend benötigte Fachkräfte (vgl. Abbildung
777 8). Dadurch laufen wir Gefahr, Wohlstand einzubüßen und riskieren die Finanzierung unserer
778 sozialen Sicherungssysteme. Wir wollen deshalb ein **Einwanderungsgesetz** schaffen, mit dem
779 wir die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können.
780 Denn unser Land muss im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an
781 der Spitze stehen.

782 *Abbildung 8: Entwicklung des Erwerbspotentials*



783

784 *Quelle: Statistisches Bundesamt/ Infratest dimap*

785 Mit einem Einwanderungsgesetz schaffen wir Klarheit, wer aufgrund wirtschaftlicher
786 Erwägungen nach Deutschland einwandern darf und wer nicht. Damit entlasten wir auch unser
787 Asylsystem. Denn für uns gilt: Maßgabe für die Aufnahme von Schutzsuchenden ist allein die
788 humanitäre und rechtliche Verantwortung Deutschlands. Der Schutz vor Verfolgung und
789 Menschenrechtsverletzungen darf niemals eine Frage des wirtschaftlichen Nutzens und Vorteils
790 sein. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte hingegen können wir steuern und sollten sie
791 nach den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes ausrichten.

792 Wir wollen ergänzend zu den bestehenden Regeln ein flexibles, nachfrageorientiertes und sozial
793 verträgliches Punktesystem einführen, das Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung,
794 Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wie viele qualifizierte
795 Fachkräfte über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine
796 jährliche Quote gesteuert werden, die sich insbesondere an der Lage auf dem deutschen
797 Arbeitsmarkt orientiert. Zudem wollen wir perspektivisch die Vielzahl bestehender Regelungen
798 und Aufenthaltstitel bündeln und mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen
799 Einwanderungsrecht schaffen.

800 Um den mit Einwanderung verbundenen gesellschaftlichen Wandel besser verstehen und
801 gestalten zu können, sind wissenschaftsbasierte Analyse und Begleitung notwendig. Deshalb
802 setzen wir uns für eine nachhaltige, institutionelle **Stärkung der Migrations- und**
803 **Integrationsforschung** und eine bessere Vernetzung der Forschenden durch Bundesmittel ein.

804 *Modernes Staatsbürgerschaftsrecht*

805 Ein **modernes Staatsangehörigkeitsrecht** ist die wesentliche Voraussetzung für Integration und
806 Teilhabe. Wir setzen uns weiterhin für die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit ein. Für in
807 Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wollen wir stets die Mehrstaatigkeit
808 ermöglichen und die Optionspflicht komplett abschaffen. Für mehr Partizipation vor Ort fordern
809 wir das kommunale Wahlrecht für dauerhaft hier lebende Menschen auch aus Nicht-EU-Staaten.

810 **2.5. Für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer**

811 Die europäische Integration ist einzigartig. Sie beruht auf der Idee von einem freien, gerechten
812 und solidarischen Zusammenleben der Menschen. Einem Zusammenleben, das auf
813 Partnerschaft und der Achtung von Grundrechten beruht – mit dem Ziel, ein besseres Leben für
814 die Menschen in Europa zu schaffen.

815 Europas Gesellschaftsmodell verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg und
816 soziale Sicherheit. Diese gemeinsame europäische Identität gilt es zu stärken. Im Zuge der
817 Finanzmarkt- und der Eurokrise sowie unter dem Druck der Flüchtlingsbewegungen hat das
818 Vertrauen in die EU unübersehbar gelitten. Die Brexit-Entscheidung ist ein Signal, dass wir eine
819 politische Wende in Europa brauchen.

820 Unser übergeordnetes Ziel für ein zukünftiges Europa ist **ein europäischer Solidarpakt**. Dafür
821 wollen wir ein Europa, das in die Zukunft der Menschen, in gute Jobs, in wettbewerbsfähige
822 Unternehmen investiert. Wir wollen ein Europa, das die Schlupflöcher für Steuerhinterziehung,
823 Steuerbetrug und Steuerdumping schließt. Wir wollen ein Europa, das faire Löhne und die
824 Arbeitnehmerrechte schützt. Hierfür müssen wir mit mehr Mut eine andere Sozial- und
825 Wirtschaftspolitik für Europa formulieren. Für uns Sozialdemokraten ist Europa der Rahmen, um
826 den Wandel unserer Zeit zu gestalten. Ein besseres Europa ist unsere Antwort für die soziale
827 Gestaltung der Globalisierung.

828 *Für ein demokratisches und handlungsfähiges Europa*

829 Europa muss jetzt seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Hierfür braucht die EU
830 weiterhin handlungsfähige gemeinsame Institutionen. Zugleich müssen wir aber auch
831 anerkennen, dass innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Vorstellungen über den
832 Fortgang der Europäischen Union bestehen. Deshalb muss die EU dadurch flexibler werden, dass
833 Gruppen von Mitgliedstaaten themenbezogen bei gemeinsamen Projekten vorangehen können.
834 Die in den europäischen Verträgen bereits angelegten Möglichkeiten zu einer verstärkten
835 Zusammenarbeit sind hierfür zu nutzen.

836 Wir wollen ein Europa, das sich auf das Wesentliche konzentriert. Ein Europa, das die großen
837 Zukunftsaufgaben anpackt. Es geht darum, dass diejenige politische Ebene die Aufgaben löst,
838 die am besten dazu geeignet ist. Es muss klar sein, dass dort, wo die EU die Zuständigkeit hat, sie
839 auch die Instrumente bekommt, um handlungsfähig zu sein.

840 Europa muss **demokratischer und verständlicher** werden. Die Wahl von gemeinsamen
841 Spitzenkandidaten – wie zum ersten Mal bei der Europawahl 2014 - muss institutionell
842 verankert werden. Europa braucht Bürgerbeteiligung. Dafür wollen wir das Instrument der
843 Europäischen Bürgerinitiative stärken.

844 *Für ein Europa, das in Arbeit und Ausbildung investiert*

845 Wir brauchen ein umfassendes, **gesamteuropäisches Investitionsprogramm**. Damit führen wir
846 Europa aus der Wachstumsschwäche heraus, machen den Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik
847 möglich, erhöhen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und bekämpfen die hohe
848 Arbeitslosigkeit. Deshalb wollen wir insbesondere die öffentlichen Investitionen, die
849 nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung ankurbeln, ausweiten und mehr Anreize für private
850 Investitionen schaffen. Das Europäische Parlament muss in diesem Kontext die
851 vollumfänglichen Budgetrechte erhalten.

852 Der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** muss seinem Namen gerecht und wachstumsfreundlicher
853 werden. Die Regeln müssen so weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige Verschuldung
854 verringern, aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen und
855 konjunkturstützende Investitionen geben. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte
856 Flexibilität muss vollumfänglich genutzt werden, damit die Mitgliedstaaten in guten Zeiten
857 solide haushalten, um in Krisen mit einer antizyklischen Politik erfolgreich gegensteuern zu
858 können.

859 Wir wollen einen anderen **europäischen Haushalt**. Das Geld ist da, es fließt jedoch in großen
860 Teilen in den europäischen Agrarsektor. Wir brauchen aber einen **starken Fokus auf Wachstum**
861 **und neue Jobs**.

862 Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Deshalb können wir uns nicht damit
863 abfinden, dass noch immer viele junge Menschen in Europa ohne Berufsausbildung und Arbeit
864 sind. Das betrifft nicht alle Länder gleichermaßen, ist aber eine gemeinsame europäische
865 Herausforderung. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit
866 deutlich aufstocken und in einem permanenten **Jugendbeschäftigungsfonds** bündeln. Wir
867 wollen zugleich die europäische Jugendgarantie weiterentwickeln. Künftig soll möglichst jeder
868 arbeitslose Jugendliche unter 30 Jahren binnen vier Monaten ein hochwertiges Angebot für
869 einen Job, eine Ausbildung oder eine Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeit erhalten. Und wir
870 wollen den **europäischen Freiwilligendienst und die Austauschprogramme der EU wie Erasmus+**
871 **ausbauen**. So stärken wir die Identifikation der Jugend mit Europa, fördern den Austausch und
872 setzen ein Gegengewicht zum wachsenden Nationalismus.

873 Wir wollen eine **europäische Sozialunion**, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen
874 ausrichtet und Mindeststandards und Zielkorridore für soziale Grundrechte wie Löhne,
875 Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme sowie Mitbestimmung garantiert.

876 Es muss in Europa das Prinzip gelten: **gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleichwertige**
877 **Arbeit** am gleichen Ort – für Männer und Frauen! Die stärkere Koordinierung der Lohnrunden in
878 Europa, die Zurückdrängung grenzüberschreitender prekärer Beschäftigung und starke
879 Mitbestimmung tragen dazu bei, die Nachfrage innerhalb Europas zu stabilisieren und den
880 Binnenmarkt zu stärken. Wir sagen: Keine Toleranz gegenüber Sozialdumping. Unser

881 übergeordnetes Ziel ist ein soziales Fortschrittsprotokoll, das festschreibt, dass wirtschaftliche
882 Grundfreiheiten sozialen Grundrechten nicht vorgehen.

883 *Ein neuer Schritt zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion*

884 Wir sind nicht einzeln stark, sondern nur gemeinsam. Daher brauchen wir eine starke
885 **koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa**. Unser Ziel ist es, die konjunkturellen Entwicklungen
886 der Mitgliedstaaten Europas besser aufeinander abzustimmen. Wir wollen daher eine bessere
887 und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik.

888 Insbesondere innerhalb der Währungsunion muss eine stärker integrierte und verbindlicher
889 abgestimmte Wirtschaftspolitik entwickelt werden, die die Konvergenz der Länder fördert, die
890 sich in der Währungsunion zusammengeschlossen haben.

891 Wir wollen auch eine europäische Fiskalkapazität schaffen, die sowohl Investitionsimpulse
892 geben kann, als auch stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen wirkt. Sie kann der
893 Ausgangspunkt für ein späteres Eurozonen-Budget sein. In erster Linie sollen die Einnahmen der
894 Finanzierung von Investitionsprojekten dienen. Weitere Ziele sind die Förderung von
895 Arbeitsmärkten, von Ausbildung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

896 Wir arbeiten gemeinsam mit den hoch verschuldeten und wachstumsschwachen EU-Ländern an
897 ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung und wollen, dass sie aus eigener Kraft die Krise
898 meistern. Daher begrüßen wir Schuldenerleichterungen bei gleichzeitiger Erfüllung der
899 fiskalischen und wirtschaftspolitischen Verpflichtungen der Krisenländer.

900 Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen aber zugleich eine solide Einnahmehasis
901 voraus. Deshalb muss Europa endlich Schritte zur **Harmonisierung der**
902 **Unternehmensbesteuerung** und des Steuervollzugs in Europa auf den Weg bringen. Europa
903 muss über Instrumente verfügen, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu
904 bekämpfen. Es muss durchgesetzt werden, dass Unternehmen dort ihre Steuern bezahlen, wo
905 sie ihre Gewinne erwirtschaften. Wir brauchen eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und
906 Mindestsätze bei Unternehmenssteuern. Die Finanztransaktionssteuer muss mit einer breiten
907 Bemessungsgrundlage zügig eingeführt und möglichst auf alle EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet
908 werden.

909 *Klare Regeln für die Finanzmärkte*

910 Unser Land muss bei der Finanzmarktregulierung zu einer treibenden Kraft werden, wenn es
911 etwa um die Rolle von Ratingagenturen, die Finanzaufsicht, den Kampf gegen Steuerbetrug und
912 Begünstigung sowie die Beteiligung der Finanzwirtschaft an der Krisenbewältigung durch eine
913 Finanztransaktionssteuer geht. Unsere Ziele sind Sicherheit, Transparenz und eine Ausrichtung
914 der Finanzmärkte an den Bedürfnissen der Menschen und der realen Wirtschaft. Wir brauchen
915 eine **europäische Bankenunion** mit gemeinsamer Aufsicht und gemeinsamen
916 Abwicklungsregime, um die Steuerzahler vor den Risiken des Finanzsektors zu schützen.

917 Wir fordern die **Trennung von spekulativen und riskanten Bankgeschäften vom**
918 **Kundengeschäft**. Entscheidend ist dabei die Beweislastumkehr: Die Banken müssen gegenüber
919 der Aufsicht aktiv darlegen, dass Geschäfte, die sie betreiben, ungefährlich sind – nicht
920 umgekehrt. Die Bilanzen der Banken müssen aussagekräftiger werden, damit Risiken nicht mehr
921 verschleiert werden können. Wir prüfen außerdem die Einführung eines Finanz-TÜVs, der jedes

922 Produkt, bevor es auf dem Finanzmarkt gehandelt wird, überprüft und freigibt. Schattenbanken,
923 vor allem hochspekulative Hedgefonds, Geldmarktfonds und alternative Investmentfonds,
924 müssen stärker reguliert werden. Hier müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie
925 im klassischen Bankensektor. Wir führen zielgerichtete Mindesthaltefristen zur Bekämpfung des
926 Hochfrequenzhandels ein. Damit schaffen wir ein zentrales Element des rein spekulativen
927 Handels ab.

928 *Initiative zeigen für eine gemeinsame Flüchtlings- und Einwanderungspolitik*

929 Europa muss dem Anspruch einer verantwortungsbewussten, zivilen Friedensmacht auch mit
930 seiner Flüchtlingspolitik gerecht werden. Europa hat eine gemeinsame humanitäre
931 Verantwortung, Menschen auf der Flucht Schutz und Sicherheit zu geben. Wir brauchen ein
932 gemeinsames europäisches Asylsystem, bei dem alle Staaten ihre Verantwortung wahrnehmen.
933 Das alte Dublin-System, das die Lasten einseitig auf die Erstaufnahmeländer abwälzt, ist
934 gescheitert. Wir wollen eine **solidarische Verteilung der Flüchtlinge** auf alle Mitgliedstaaten. In
935 diesem Zusammenhang wollen wir auch Solidarmechanismen im europäischen Haushalt für
936 Länder schaffen, die die Hauptlast der Flüchtlingskrise tragen. Zugleich wollen wir einen
937 besseren gemeinsamen europäischen Grenzschutz durch den **Aufbau einer europäischen**
938 **Grenzschutzbehörde** verwirklichen.

939 **B. Gutes Leben in einer fortschrittlichen Gesellschaft**

940 **3. Gemeinsam Fortschritt und Nachhaltigkeit gestalten**

941 Der Grundsatz sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik lautet: Für uns sind **wirtschaftlicher**
942 **Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft** keine Gegensätze, sondern
943 wechselseitige Bedingungen für Wohlstand und eine bessere Zukunft. Wir treten für eine starke
944 und nachhaltige Wirtschaft ein. Soziale Gerechtigkeit ist dabei zentrale Voraussetzung für
945 wirtschaftlichen Fortschritt und kein Hindernis. Gerechtigkeit macht unsere Wirtschaft stark. Ein
946 Land, das **eine starke arbeitende Mitte** hat, wird ein starkes und gerechtes Land sein.

947 Um unseren Wohlstand zu sichern, wollen wir ökonomisches Wachstum mit ökologischer,
948 sozialer und finanzieller Verantwortung verbinden. Im Kern geht es somit um ein **Neues**
949 **Magisches Viereck** von ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum sowie
950 finanzieller und sozialer Nachhaltigkeit.

951 Wir setzen auf eine aktive Wirtschaftspolitik. Wir setzen auf aktive und kreative
952 Unternehmerinnen und Unternehmer, Gründerinnen und Gründer, die ein neues Bewusstsein
953 für Fairness und sozialen Ausgleich verkörpern, ebenso wie auf Gewerkschafterinnen und
954 Gewerkschafter, die auf Augenhöhe für den langfristigen Erfolg des Unternehmens und die
955 Interessen der Mitarbeiter stehen. Wir wollen, dass **Sozialpartnerschaft** ein deutsches
956 Erfolgsmodell bleibt. Der Staat ist dabei Partner der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der
957 Wissenschaft. Er schafft zentrale Rahmenbindungen und setzt Impulse für wirtschaftlichen
958 Erfolg ebenso wie für sozialen Zusammenhalt. Gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft
959 muss er langfristige Herausforderungen für unsere Gesellschaft strategisch angehen:
960 **Investitionen in die Digitalisierung und in Infrastrukturprojekte** gehören dazu, die
961 Rahmensetzung für **gute Arbeit** und Mitarbeiterbeteiligung ebenso wie die **Bewahrung der**
962 **natürlichen Ressourcen**.

963 Das gilt auch auf **europäischer Ebene**: Europa braucht eine neue wirtschaftliche Dynamik und
964 damit eine realistische wirtschaftliche Perspektive für Arbeit, Wachstum und Wohlstand in der
965 gesamten EU und speziell in den Krisenländern der Eurozone. Dafür braucht es konzertierte
966 Investitionsstrategien, Industrialisierungskonzepte, eine Stärkung des Dienstleistungssektors,
967 Infrastrukturprojekte und gemeinsame Grundlagen für gute Arbeit.

968 Wir wollen eine Wirtschaft, die den Namen „**Soziale Marktwirtschaft**“ verdient. Grundlagen sind
969 und bleiben für uns Investitionen, mehr Mitbestimmung, starke Gewerkschaften und gerechte
970 Löhne für die Belegschaft. Ökologische Nachhaltigkeit ist dabei kein Luxus, sondern eine Frage
971 der sozialen Gerechtigkeit. Eine zerstörte Umwelt vertieft soziale Ungleichheit und zwar für alle.
972 Wir wollen sie schützen. Das ist unser Ziel.

973 **3.1. Investieren in die Soziale Marktwirtschaft**

974 Unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist eines der tragenden Säulen des Zusammenhalts
975 in Deutschland. Die soziale Marktwirtschaft hat sich als Erfolgsmodell erwiesen: Durch alle
976 internationalen Krisen der vergangenen Jahre hindurch ist die Beschäftigung in Deutschland auf
977 ein historisches Rekordniveau gestiegen, die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit
978 Jahrzehnten gesunken. Der Trend zu immer mehr prekärer Beschäftigung ist gestoppt. Die
979 Reallöhne steigen wieder, die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze nehmen zu und

980 bilden das Rückgrat unserer Arbeitsgesellschaft. Das zeigt: Politik kann etwas bewirken. Jedoch
981 bleibt auch in Deutschland die Ungleichheit der Einkommen, Vermögen und Zukunftschancen
982 eine zentrale Gefahr. Die Soziale Marktwirtschaft wird nach wie vor durch einen entgrenzten
983 globalen Kapitalismus gefährdet. Eine starke Wirtschaft bedeutet für die SPD immer auch eine
984 gerechte Beteiligung aller an den Erfolgen. Frei wirkende Marktkräfte allein führen auf Dauer
985 nicht zu einem gesellschaftlichen Allgemeinwohl. Vielmehr sind **staatliche Regeln und eine**
986 **gerechte Marktordnung** notwendig, damit eine nachhaltige und inklusive Soziale
987 Marktwirtschaft gestaltet werden kann.

988 **Der Schlüssel für die Zukunft unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen.** Investitionen
989 spiegeln das Zukunftsvertrauen eines Landes. Sie erneuern die Leistungsfähigkeit,
990 modernisieren die Infrastruktur und das Anlagekapital, leiten strategische Innovationen ein und
991 zahlen sich um ein Vielfaches aus, sowohl für private Investoren wie für den Staat und die
992 Gesellschaft als Ganzes. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Politik für
993 höhere Zukunftsinvestitionen. Die SPD tritt an für eine neue Investitionsoffensive in
994 Deutschland. Dazu zählen zuerst die Investitionen der Unternehmen, die wir ermutigen und
995 fördern wollen. Aber auch Bund, Länder und Kommunen müssen mit ganzer Kraft in die Zukunft
996 investieren.

997 *Industrielle Basis stärken*

998 Das Geheimnis unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der breiten Wertschöpfungskette
999 – von der Grundstoffindustrie, über den mittelständischen Familienbetrieb, das große
1000 Industrieunternehmen, die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede.
1001 Während andere Staaten in den vergangenen Jahrzehnten vor allem auf Dienstleistungen
1002 gesetzt haben, hat sich Deutschland nicht von seiner **starken Industrie** verabschiedet.
1003 Stattdessen haben die Stärken unserer vielfältigen Wirtschaftsstruktur und der umfassenden
1004 Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu beigetragen, dass wir besser
1005 durch wirtschaftliche Krisenzeiten gekommen sind, als andere Volkswirtschaften.

1006 Daher werden wir die industrielle Basis unserer Volkswirtschaft ausbauen. Ein konkretes Beispiel
1007 für einen strategischen Industriebereich ist der Aufbau einer Batteriezellenfertigung in
1008 Deutschland, um die gesamte Wertschöpfung des Automobils auch in Zukunft in Deutschland
1009 abbilden zu können. Wir wollen den digitalen Wandel unserer Wirtschaft aktiv begleiten und
1010 gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden daran arbeiten, **Industrie 4.0 zu**
1011 **einem Erfolgsmodell** für Deutschland zu machen. Industrie 4.0 ist ein politisches Großprojekt,
1012 das an vielen Stellen übergreifendes Denken erfordert. Gerade der Mittelstand muss in seiner
1013 ganzen Breite für die Digitalisierung gewonnen werden. Aus Sicht des verarbeitenden Gewerbes
1014 geht es vor allem um die datenbasierte autonome Kommunikation von Produkten und
1015 Maschinen miteinander – nach Dampfmaschine, Elektrifizierung, Fließbändern und
1016 Automatisierung die vierte industrielle Revolution. Sie betrifft große Industrieunternehmen und
1017 Mittelstand gleichermaßen. Deren Vernetzung mit Startups wird über den künftigen Erfolg von
1018 Industrie 4.0 mitentscheiden. Darin stecken enorme Potenziale für wirtschaftlichen und
1019 gesellschaftlichen Fortschritt, sofern wir den Wandel nach sozialen und rechtlichen Prinzipien
1020 organisieren. Die Sozialpartner gestalten bereits gemeinschaftlich diesen Wandel. Wir stehen an
1021 ihrer Seite.

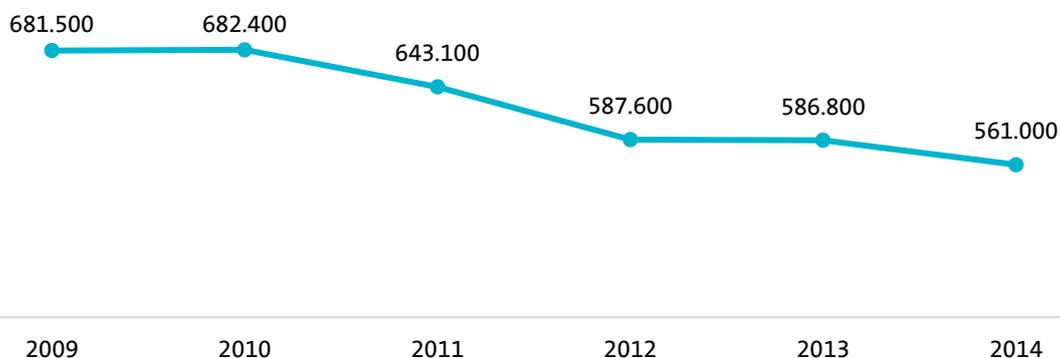
1022 Wir setzen somit weiterhin auf einen starken industriellen Kern in Deutschland. In wachsendem
1023 Maße bieten auch industriebezogene genauso wie soziale Dienstleistungen Chancen für Arbeit
1024 und Wohlstand. Wir wissen aber auch, dass viele Dienstleistungsberufe – insbesondere im
1025 sozialen Bereich – schlecht bezahlt werden. Dies betrifft vor allem Frauen. Auch hier ist unser
1026 Ziel: **Gute Arbeit und gerechte Löhne**. Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, einen
1027 gerechten Mindestlohn, eine stärkere Tarifbindung sowie und eine starke Beteiligung der
1028 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Mittel gegen unfaires Lohndumping. Das macht
1029 Unternehmen nachhaltiger und krisenfester.

1030 Neue digitale Plattformen stellen bestehende Wertschöpfungsketten zunehmend in Frage und
1031 bieten gleichzeitig neue Geschäftsfelder und Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir werden jedoch
1032 keine Rückschritte bei den sozialen Errungenschaften zulassen. Soziale Standards müssen in der
1033 digitalen Wirtschaft weiterhin gelten. Auch Erwerbstätigen, die als Crowdworker oder Solo-
1034 Selbständige flexibel sowie für wechselnde Kunden tätig sind, muss der Zugang zu Systemen der
1035 sozialen Sicherung ermöglicht werden.

1036 *Gründergeist und Innovation*

1037 Wir brauchen mehr Gründergeist in Deutschland. **Junge Unternehmerinnen und Unternehmer**
1038 **und Gründerinnen und Gründer** tragen zu erfolgreichem Strukturwandel, zu Innovationen und
1039 zur Schaffung attraktiver Arbeitsplätze bei. In ihnen steckt das Potenzial, die Digitalisierung von
1040 Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben und den Mittelstand von morgen zu bilden. Jedoch
1041 war die Zahl der Gründungen, insbesondere zur Zeit der schwarz-gelben Koalition, stark
1042 rückläufig. Eine Entwicklung, die noch nicht vollständig gestoppt werden konnte (vgl. Abbildung
1043 9). Ziel muss es sein, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können
1044 und ihnen dabei alle Fragen aus einer Hand beantwortet werden können. Wer neu gründet, soll
1045 steuerliche Erleichterungen erhalten. Der teilweise große bürokratische Aufwand beim Zugang
1046 zu Förderprogrammen ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen abschreckend. Wir
1047 werden die Antragsstellung vereinfachen und unbürokratischer gestalten und die
1048 Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessern. Wir wollen eine Kultur der „nächsten
1049 Chance“ und überprüfen daher das Insolvenzrecht.

1050 *Abbildung 9: Entwicklung der Gründungen in Deutschland*



1051

1052 *Quelle: BT-Drs. 18/5253*

1053 Unsere historische Erfahrung ist, dass ein starkes Wachstum und starke Unternehmen immer
1054 auch einen **handlungsfähigen Staat** brauchten. Der Staat setzt Impulse für Innovationen. Dabei

1055 wollen wir nicht nur technische Produktinnovationen, sondern auch **soziale Innovationen**
1056 fördern, also neue Verfahren und Lösungsstrategien für sämtliche gesellschaftlichen Bereiche,
1057 von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz.

1058 *Forschung für Innovation*

1059 Gute Forschung ist die Basis für gesellschaftlichen Fortschritt. Die leistungsfähige Vielfalt der
1060 Forschungslandschaft ist ein wichtiger Standortvorteil Deutschlands. Den erfolgreichen **Pakt für**
1061 **Forschung und Innovation** werden wir weiterentwickeln. Neben einer verlässlichen
1062 Forschungsfinanzierung ist vor allem der Transfer zwischen Forschung und Wirtschaft in den
1063 Blick zu nehmen. Wir setzen uns zusammen mit den Unternehmen für zukunftsweisende
1064 Technologien ein, die große Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale mit
1065 Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden, wie beispielsweise die Arbeits- und
1066 Berufsbildungsforschung, die Gesundheitsforschung, die Bio- und Nanotechnologie, die
1067 Materialforschung und die Robotik.

1068 Wir können das „Silicon Valley“ nicht eins zu eins kopieren – den dahinter stehenden Gedanken
1069 von wissensbasierten Netzwerken hingegen schon. Daher wollen wir Wissenschaft, Industrie,
1070 Mittelstand und Startups besser miteinander vernetzen. Hochschulen sind bereits heute ein
1071 wichtiger Ort für Innovationen, Kreativität und Ideenfindung. Gründungen aus Hochschulen
1072 heraus wollen wir daher stärker fördern.

1073 Wir wollen eine neue **Forschungsförderung** für kleinere und mittelgroße Unternehmen in
1074 Deutschland einführen („Forschungsbonus“), die Firmen unterstützt, die zusätzliches Personal
1075 für Forschung und Entwicklung einstellen. Insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in
1076 einzelnen westdeutschen Bundesländern, ist das prägende Merkmal der Wirtschaft ihre
1077 Kleinteiligkeit. Mittelständische Unternehmen müssen daher unterstützt werden, um ihre
1078 Wachstumschancen auch nutzen zu können.

1079 Eine starke und nachhaltige Wirtschaft braucht **gut ausgebildete und hochqualifizierte**
1080 **Fachkräfte**. Die berufliche und die akademische Ausbildung bilden das Rückgrat unseres
1081 Qualifizierungssystems und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. In beiden
1082 Bildungswegen brauchen wir mehr Absolventinnen und Absolventen indem wir zusätzliche
1083 Ausbildungsplätze schaffen und die Zahl der Studienabbrüche insbesondere in MINT-Fächern zu
1084 verringern. Wir benötigen zunehmend Fachkräfte im Land und wollen dies über drei Wege
1085 ermöglichen: starke berufliche Bildung und Weiterbildung, bessere Zugänge von Frauen zum
1086 Arbeitsmarkt und eine Steuerung von Einwanderung. Sicherheit und Qualität in der Ausbildung
1087 gehen weiterhin vor. Daher wollen wir das System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe
1088 sowie den Meisterbrief erhalten.

1089 **3.2. Gute Arbeit**

1090 Unsere Gesellschaft ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Erwerbsarbeit beeinflusst wesentlich
1091 das Selbstwertgefühl und die gesellschaftliche Anerkennung, sie bestimmt die Einkommens-,
1092 Teilhabe - und Lebenschancen der Menschen.

1093 Die Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem steten Wandel. Technologische Innovationen,
1094 digitale Vernetzung, unterschiedliche Lebensentwürfe, der Wunsch nach Vereinbarkeit von
1095 Familie und Beruf und eine wachsende Vielfalt der Beschäftigungsformen bilden neue

1096 Herausforderungen für die politische Gestaltung der Arbeit. Nur dort, wo Leben und Arbeiten
1097 sich besser vereinen und den Bedürfnissen entsprechend gestalten lassen, wo Menschen die
1098 Möglichkeit erhalten, Neues zu wagen, sind die Voraussetzungen geschaffen für
1099 gesellschaftliche Innovation. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, bisherige und neue **Risiken**
1100 **abzusichern** und **neue Berufs- und Lebenswege zu fördern**.

1101 Die Sozialdemokratie orientiert ihre Politik an der Würde des Menschen, der sein Leben
1102 selbstbestimmt gestalten kann. Neben der Freiheit von Armut und Ausgrenzung ist unser Ziel
1103 immer auch die Befähigung für ein selbstbestimmtes Leben. Auch wenn sich die
1104 Herausforderungen der Arbeitswelt ändern, so bleiben die Ziele ihrer Gestaltung die gleichen:

- 1105 • Wir wollen Menschen in die Lage versetzen, gleichberechtigt am wirtschaftlichen und
1106 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
- 1107 • Wir wollen eine gerechte Verteilung des erarbeiteten Wohlstands ermöglichen.
- 1108 • Wir wollen eine Kultur der gleichen Augenhöhe zwischen Arbeitnehmern und
1109 Arbeitgebern.
- 1110 • Wir wollen eine Arbeitswelt, die es ermöglicht, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.
- 1111 • Wir wollen, dass Frauen und Männer gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

1112 **Soziale Gerechtigkeit und ökonomischen Erfolg zu verknüpfen** ist die Grundlage dafür,
1113 niemanden zurückzulassen und alle an Wachstum und Wohlstand zu beteiligen. Nirgendwo
1114 wird diese sozialdemokratische Überzeugung deutlicher als bei der Aus-, Fort- und
1115 Weiterbildung. Es geht um Entwicklungs- und Zukunftschancen, mit denen alle ihr Leben
1116 selbstbestimmt zum Erfolg bringen können. Es geht um Freiheit, die immer wieder neu Einstiege,
1117 Umstiege und Aufstiege ermöglicht.

1118 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den technologischen Fortschritt für eine Aufwertung der
1119 Arbeit zu nutzen. Wir wollen **Gute Arbeit auch in digitalen Zeiten** – für mehr Beschäftigung,
1120 bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit. Auch der öffentliche
1121 Dienst steht – nicht nur wegen der Digitalisierung – vor großen Herausforderungen. Wirksame
1122 Mitbestimmung, einen Anspruch auf Fort- und Weiterbildung, Gesundheitsförderung und eine
1123 bedarfsgerechte Stellenausstattung stärken Gute Arbeit im öffentlichen Dienst.

1124 Die Digitalisierung der Arbeitswelt betrachten wir als politische Gestaltungsaufgabe. Wir wollen
1125 einen neuen Flexibilitätskompromiss. Im Kern geht es darum, die vielen unterschiedlichen
1126 Interessen einer modernen Arbeitsgesellschaft neu zu verhandeln und mit starken
1127 Gewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in entsprechende
1128 Maßnahmen zu übersetzen. Dazu gehören erstens die Bereitstellung individueller
1129 Entfaltungschancen durch Instrumente wie eine Ausbildungsplatzgarantie, die Wahlarbeitszeit,
1130 Familiengeld sowie ein individueller Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung und (Ko-
1131)Finanzierung. Zweitens bedarf es zukunftsfähiger Unternehmen durch die Förderung guter
1132 Arbeitsbedingungen im digitalen Zeitalter. Ein aktiver Staat zeichnet sich drittens durch die
1133 Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, durch die Stärkung
1134 der Schutzfunktion der sozialen Sicherungssysteme sowie bessere arbeitsmarktpolitische und
1135 soziale Dienstleistungen aus. Es bleibt jedoch viertens vornehmliche Aufgabe der Sozialpartner,
1136 branchenspezifische und somit passgenaue Vereinbarungen zu treffen. Wo Tarifverträge gelten
1137 und Betriebsräte mitbestimmen, haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessere

1138 Arbeitsbedingungen. In diesem Sinne bilden Mitbestimmung und eine stärkere Tarifbindung die
1139 entscheidenden Rahmenbedingungen für die Umsetzung in der betrieblichen Praxis.

1140 *Prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen*

1141 Die Sozialdemokratie hat gemeinsam mit den Gewerkschaften den gesetzlichen Mindestlohn
1142 durchgesetzt. Er ist eine historische Errungenschaft, von der 4 Millionen Menschen profitieren.
1143 Mit der gesetzlichen Regulierung der Leiharbeit und der Werkverträge haben wir einen weiteren
1144 wichtigen Schritt gegen Lohndumping und unsichere Arbeitsverhältnisse vollzogen. Ein
1145 zentrales und bisher ungelöstes Problem ist die Befristung vieler Beschäftigungsverhältnisse
1146 (vgl. Abbildung 10). Wir werden die **sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen**,
1147 um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und
1148 privates Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen wollen wir einschränken.

1149 *Abbildung 10: Befristete Beschäftigung*



BEFRISTET BESCHÄFTIGT

Fast ein Fünftel aller Beschäftigungsverhältnisse
von 25- bis 34-Jährigen sind befristet –
bei Neueinstellungen ist es sogar die Hälfte.



1150

1151 *Quelle: Statistisches Bundesamt*

1152 Wir setzen uns für eine höhere Tarifbindung insbesondere in Ostdeutschland ein und zugleich
1153 für **einheitliche Tarifverträge** für Ost und West in allen Branchen. Wir wollen neue
1154 Beschäftigungsformen wie Soloselbstständige oder auch die sogenannten Crowd- bzw.
1155 Clickworker besser in unsere Sozialsysteme integrieren und soziale Absicherung gewährleisten.

1156 *Moderne Arbeitszeitpolitik*

1157 Für immer mehr Menschen bedeutet gute Arbeit, ihre Arbeitszeiten selbstbestimmt gestalten
1158 zu können. Die einen fühlen sich durch berufliche wie private Anforderungen zunehmend
1159 gehetzt und möchten ihre wöchentliche Arbeitszeit gern reduzieren. Andere, die sich
1160 beispielsweise in unfreiwilliger Teilzeit befinden, haben den Wunsch, ihre Arbeitszeit
1161 auszudehnen. Gesucht werden neue Vereinbarkeitslösungen, die den vielfältigen
1162 Lebensentwürfen besser entsprechen.

1163 Voraussetzung für eine stärker an den unterschiedlichen Bedürfnissen orientierte
1164 Arbeitszeitgestaltung ist, dass die Beschäftigten mehr individuelle Wahlmöglichkeiten bei der
1165 Dauer ihrer Arbeitszeit und der Lage ihres Arbeitsortes erhalten, sofern nicht betriebliche
1166 Belange entgegenstehen. **Zeitsouveränität** ermöglicht passgenaue Arbeitszeitarrangements,

1167 die Stress und Überlastung reduzieren und zu gesunderhaltenden und altersgerechten
1168 Arbeitsbedingungen beitragen. Zeitsouveränität setzt allerdings einen wirksamen **Schutz vor**
1169 **entgrenzter Arbeit (Recht auf Nicht-Erreichbarkeit)** und Arbeitsverdichtung voraus. Im Zuge von
1170 Homeoffice, Vertrauensarbeitszeit und potenziell ständiger Erreichbarkeit verschwimmt die
1171 Grenze zwischen Berufs- und Privatleben, der Erwartungsdruck bezüglich Verfügbarkeit und
1172 Flexibilität steigt. Zur **Eingrenzung der psychischen Belastungen** am Arbeitsplatz sollte das
1173 Arbeitsschutzrecht um verbindlichere Regelungen erweitert werden. Dies betrifft besonders die
1174 wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der
1175 Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte.

1176 Passgenaue Lösungen, die die für Unternehmen erforderliche Flexibilität mit Zeitsouveränität
1177 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbinden und zugleich die verschiedenen Interessen
1178 der Beschäftigten ausbalancieren, lassen sich am besten über tarifliche Vereinbarungen finden.
1179 Wir prüfen daher einen geeigneten gesetzlichen Rahmen, der mit Anreizen und Regeln dafür
1180 sorgt, dass **betriebliche (Wahl-)Arbeitszeitkonzepte** tariflich ausgehandelt werden. Ein wichtiger
1181 Baustein ist hierbei das gesetzliche Recht, nach einer Phase der Teilzeitarbeit auf die frühere
1182 Arbeitszeit zurückzukehren.

1183 Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Beruf und Familie besser vereinbaren können,
1184 werden wir eine **Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld** einführen. Sie soll Müttern und
1185 Vätern ermöglichen, in vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten und sich partnerschaftlich die Aufgaben
1186 in der Familie aufzuteilen.

1187 Wir wollen das **Recht auf mobile Arbeit** verankern. Dabei ist es primär das Ziel, dass die
1188 Tarifparteien Vereinbarungen zur mobilen Arbeit schließen. Der Arbeitgeber soll es begründen
1189 müssen, wenn er den Wunsch eines Arbeitnehmers nach mobilen Tätigkeiten ablehnt. Die
1190 potenziellen Risiken und Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden
1191 können, müssen begrenzt werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen die Möglichkeit
1192 erhalten, aus einer mobilen Tätigkeit heraus wieder in die festen Arbeitsabläufe in der
1193 Betriebsstätte zurückzukehren. Die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen
1194 Interessenvertretungen müssen sichergestellt bleiben.

1195 Darüber hinaus werden wir, vor allem mit Blick auf die nicht von tariflichen Vereinbarungen
1196 erfassten Bereiche, einen Rechtsanspruch auf ein Mindestmaß mobiler Arbeit bei Tätigkeiten
1197 schaffen, die orts- und zeitflexibel mobil erbracht werden können, soweit betriebliche Gründe
1198 nicht entgegenstehen.

1199 *Mitbestimmung stärken*

1200 Mitbestimmung ist lebendiger Ausdruck von demokratischem Interessenausgleich und Teilhabe
1201 im Betrieb und im Unternehmen. Sie ist ein Kernelement unserer Vorstellung von
1202 Wirtschaftsdemokratie. Die Mitbestimmung hat sich gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise
1203 **hervorragend bewährt**. Für Beschäftigte und Unternehmen ist Mitbestimmung gleichermaßen
1204 von Vorteil. Mit ihr kann der Wandel zur Arbeitswelt 4.0 erfolgreich und menschengerecht
1205 gestaltet werden. Mitbestimmte Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreicher,
1206 innovationsstärker und weisen eine höhere innerbetriebliche Flexibilität auf. Das gilt für die
1207 Mitbestimmung durch Betriebsräte ebenso wie für die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und
1208 Arbeitnehmer in den Aufsichts- und Verwaltungsräten. Die Sozialdemokratie hält deshalb an

1209 dem Ziel fest, den Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000
1210 Beschäftigte zu senken. Darüber hinaus müssen Vermeidungsstrategien unterbunden sowie
1211 neue Beschäftigungsformen (Crowdworker) in die Mitbestimmung einbezogen werden.

1212 *Aktive Arbeitsmarktpolitik und Fortentwicklung der Arbeitslosenversicherung*

1213 Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland fest. Der Arbeitsmarkt in Deutschland
1214 entwickelt sich weiterhin gut. Erwerbstätigkeit und vor allem die sozialversicherungspflichtige
1215 Beschäftigung bewegen sich weiter auf Rekordniveau.

1216 Trotzdem gibt es noch zu viele Langzeitarbeitslose. Wie wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit
1217 finanzieren. Von etwa 300.000 Langzeitarbeitslosen wird angenommen, dass sie derzeit nicht
1218 direkt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Für sie wollen wir einen **öffentlich**
1219 **geförderten Beschäftigungssektor** schaffen. Kindern soll die Erfahrung langjähriger
1220 Arbeitslosigkeit ihrer Eltern erspart werden.

1221 Die **Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung** ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben.
1222 Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft
1223 auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein
1224 Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, wieder von zwei auf drei Jahre
1225 verlängern. Darüber hinaus prüfen wir die Einführung eines verkürzten Arbeitslosengeldes nach
1226 mindestens sechsmonatiger Beschäftigung.

1227 *Aus- und Weiterbildung*

1228 Die Arbeitswelt von morgen wird facettenreicher, komplexer und weniger vorhersehbar. Vor
1229 diesem Hintergrund **kommen Aus- und Weiterbildung Schlüsselrollen zu**. Die aktuelle Aus- und
1230 Weiterbildungslandschaft bedarf grundlegender Reformen: Erhöhte Transparenz und
1231 Qualitätssteigerungen sind dringend notwendig, um Aus- und Weiterbildung attraktiver zu
1232 machen und den sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

1233 Der formulierte Anspruch des lebensbegleitenden Lernens fordert von den Beschäftigten, Arbeit
1234 und Weiterbildung miteinander zu kombinieren. Das verringert nicht nur Risiken im
1235 Erwerbsverlauf, sondern eröffnet Chancen für Veränderung und Aufstieg. Deshalb verstehen wir
1236 unter Weiterbildung nicht nur die Fortbildung innerhalb des bisherigen Berufs, sondern auch
1237 berufliche Neuorientierung.

1238 Die **Allianz für Aus- und Weiterbildung** wollen wir weiterentwickeln. Mit einer
1239 Ausbildungsgarantie wollen wir allen interessierten jungen Menschen eine vollwertige
1240 Berufsausbildung ermöglichen. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt.
1241 Im Zuge der Allianz werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Qualität der beruflichen
1242 Ausbildung legen. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung setzt eine **angemessene**
1243 **Ausbildungsvergütung** voraus. Sie muss Auszubildenden ein eigenständiges Leben und
1244 gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Tarifvertragliche Lösungen haben dabei Vorrang.

1245 Soziale Berufe (Gesundheit, Pflege und Erziehung), in denen vor allem Frauen arbeiten, sind
1246 durch niedrige Bezahlung und geringe Karriereöglichkeiten gekennzeichnet. Wir wollen sie
1247 aufwerten, indem wir dort mittelfristig die vollschulischen Ausbildungen dual ausrichten. Damit
1248 machen wir sie gebührenfrei und schaffen **eine Ausbildungsvergütung**.

1249 Der Erhalt der beruflichen Qualifikation von Beschäftigten ist maßgeblich Aufgabe des
1250 Arbeitgebers. Doch nicht alle Beschäftigten haben Zugang zu Weiterbildung und nicht immer
1251 sind die persönlichen Interessen des beruflichen Fortkommens mit dem betrieblichen Interesse
1252 deckungsgleich. Wir brauchen deshalb eine **Weiterbildungsoffensive**, die die vorhandenen
1253 Instrumente ausbaut und aufeinander abstimmt, auch in Verzahnung mit tariflichen Strategien.
1254 Dabei geht es um eine qualifizierte unabhängige Beratung der Beschäftigten sowie das Recht,
1255 Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können und dafür auch freigestellt zu werden. Die Kosten
1256 der Maßnahmen sowie der Sicherung des Lebensunterhaltes sollten - je nach Nutzen - fair
1257 zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem Einzelnen aufgeteilt werden.

1258 In einem ersten Schritt wollen wir mit **BAföG PLUS** die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung
1259 unter ein gemeinsames Dach bringen und die Leistungen verbessern. Die Altersgrenzen werden
1260 wir aufheben und flexiblere Förderansprüche über den gesamten Lebensverlauf schaffen.

1261 Langfristig streben wir eine in sich schlüssige Weiterbildungsförderung des Bundes aus einer
1262 Hand an. Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung**
1263 weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer
1264 Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung vorantreiben. Mit der Arbeitsversicherung wollen
1265 wir die Beschäftigungsfähigkeit aller Erwerbstätigen über alle Qualifikationsstufen hinweg
1266 stärken und in Übergängen des Erwerbsverlaufs absichern.

1267 Die Arbeitsversicherung reagiert nicht erst bei Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsversicherung sichert
1268 durch berufsbegleitende Beratung und Weiterqualifizierung die Menschen vorsorgend ab durch

- 1269 • flächendeckende Beratungs- und Coaching-Strukturen (Qualifizierungsstützpunkte);
- 1270 • einen Rechtsanspruch auf eine Qualifizierungs- und Lebenslaufberatung einschließlich
1271 einer Kompetenzfeststellung;
- 1272 • einen Rechtsanspruch auf eine (Ko-)Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen und
1273 die Absicherung des Lebensunterhaltes, sofern ein Bedarf festgestellt wurde;
- 1274 • einen Rechtsanspruch auf Freistellung der Beschäftigten für die Zeit der Weiterbildung
1275 und
- 1276 • aufbauend auf den bestehenden Angeboten der aktiven Arbeitsmarktpolitik den Ausbau
1277 der Weiterbildungsförderung.

1278 **3.3. Digitalisierung**

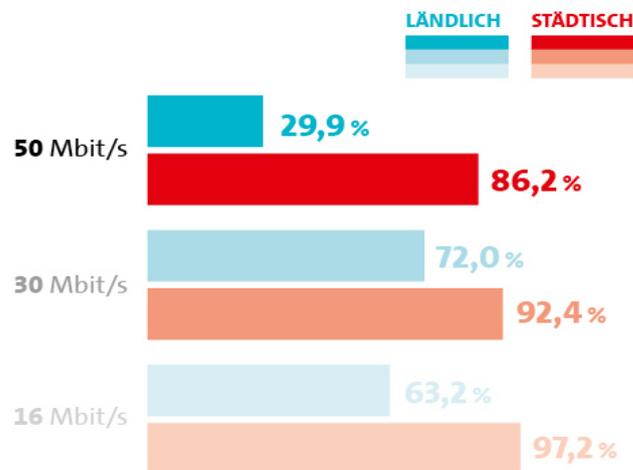
1279 Der digitale Fortschritt verändert sämtliche Lebensbereiche. Es geht um die Frage, wie wir
1280 künftig leben wollen. Wie alle Veränderungsprozesse kann und muss die Digitalisierung aktiv
1281 gestaltet werden.

1282 *Digitale Infrastruktur*

1283 Um die Chancen der Digitalisierung gerecht zu gestalten, muss die digitale Infrastruktur
1284 ausgebaut werden. Im Jahr 2025 wollen wir eine der modernsten digitalen Infrastrukturen
1285 haben. Dabei ist eine bestmögliche Breitbandversorgung für uns Standortfaktor und
1286 Daseinsvorsorge zugleich – vor allem im ländlichen Raum. Die digitalisierte Wirtschaft und unser
1287 digitales Leben benötigen ein ausgebautes, schnelles und effizientes Breitbandnetz. „**Breitband
1288 für alle**“ bedeutet für uns, die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und

1289 ländlichen Räumen zu überwinden (vgl. Abbildung 11) und eine flächendeckende digitale
1290 Infrastruktur sicherzustellen.

1291 *Abbildung 11: Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Mitte 2016)*



1292

1293 *Quelle: Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur*

1294 Die flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 Mbit pro Sekunde bis 2018 kann nur ein
1295 erster Zwischenschritt sein. Unser Ziel muss ein Gigabitnetz sein. Primär muss jetzt in
1296 Glasfasernetze investiert werden. Ziel ist es, dass mehr als 90 Prozent der Gebäude bis 2025 mit
1297 Glasfasernetzen versorgt sind. Offenes WLAN ist Teil einer offenen Gesellschaft und Bestandteil
1298 einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen offene
1299 und kostenfreie WLAN-Hotspots verfügbar machen.

1300 **Netzneutralität** ist entscheidend, um das offene und freie Internet zu erhalten sowie Teilhabe,
1301 Meinungsvielfalt, Innovation und fairen Wettbewerb zu sichern. Falls Netzneutralität
1302 beeinträchtigt werden sollte, werden wir die Initiative auf europäische Ebene ergreifen, um das
1303 freie und offene Internet sicherzustellen.

1304 *Datensicherheit und Datensouveränität*

1305 Ziel einer modernen Datenpolitik muss es sein, das gesellschaftliche und wirtschaftliche
1306 Potenzial von Daten der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig unsere
1307 gesellschaftlichen Werte, wie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das
1308 **Recht auf Privatsphäre**, zu gewährleisten. Eine so verstandene Datenpolitik muss klarstellen, wie
1309 Daten verfügbar gemacht werden können und wer welche Daten wann, zu welchem Zweck und
1310 zu welchen Bedingungen verwenden darf. Voraussetzung ist, die unterschiedlichen
1311 Informationen und Daten nach ihrer Art und Sensibilität zu unterscheiden. Dabei schließen sich
1312 Big Data und Datenschutz nicht aus.

1313 In vielen Feldern ist der Gedanke der Datensparsamkeit nicht mehr im Interesse der Bürgerinnen
1314 und Bürger. Umso bedeutender sind **Datensicherheit und Datensouveränität**. Sie gewährleisten
1315 die Emanzipation und Autonomie des Bürgers im digitalen Zeitalter. Er muss souverän über seine
1316 Daten verfügen können. Bei personenbezogenen Daten geht es vor allem um die Frage, wie diese
1317 anonym genutzt werden dürfen, beziehungsweise welche datenschutzrechtlichen Vorgaben
1318 (Einwilligung, Zweckbindung etc.) gewahrt werden müssen. Wir wollen den Bürgerinnen und
1319 Bürgern das Vertrauen in digitale Dienste zurückgeben. Wir führen klare und verständliche

1320 Regeln ein - Bürgerinnen und Bürger sollen zu jeder Zeit einen Überblick über die Verwendung
1321 ihrer Daten haben. Ferner müssen Plattformanbieter Daten des jeweiligen Nutzers in menschen-
1322 und maschinenlesbaren Formaten zur Verfügung stellen, um die digitale Datensouveränität des
1323 Einzelnen zu sichern. Datenspeicher und Netzwerke müssen besser gegen illegale Zugriffe von
1324 außen gesichert sein.

1325 Datenpolitik muss auch Antworten auf zukünftige Entwicklungen und die damit
1326 einhergehenden Herausforderungen liefern und den rechtlichen Rahmen vorgeben. Aus der
1327 Verknüpfung von Daten, den zunehmenden Umgang mit Algorithmen und neuen Technologien
1328 wie autonomes Fahren und den Einsatz von künstlicher Intelligenz ergeben sich viele neuartige
1329 rechtliche und ethische Fragen. Diese wollen wir in einem umfassenden Dialog mit der
1330 Zivilgesellschaft angehen und experimentelle Freiräume ermöglichen. Überall gilt für uns:
1331 Demokratisch gesetzte Regeln entscheiden über den Umgang mit neuen Technologien.

1332 *Eine internationale Charta der digitalen Grundrechte*

1333 Das weltweite Netz ist ein globales Freiheitsversprechen. Mit der wachsenden Bedeutung des
1334 Internets und der wachsenden Abhängigkeit von vernetzter Technik wird die Frage der Sicherheit
1335 des Netzes zugleich zur Frage der Sicherheit vieler wichtiger anderer Bereiche. Die Enthüllungen
1336 im Kontext des NSA-Skandals und die zunehmende Cyberkriminalität haben das Vertrauen der
1337 Bürgerinnen und Bürger, aber auch vieler Unternehmen und Institutionen in die Informations-
1338 und Kommunikationstechnik und insbesondere in die weltweite Vernetzung durch das Internet
1339 nachhaltig erschüttert. Vor diesem Hintergrund müssen wir Deutschland und Europa als
1340 Standort für Datenschutz und IT-Sicherheit etablieren. Darüber hinaus setzen wir uns für
1341 rechtlich verbindliche Regelungen auf internationaler Ebene ein, um Bürgerinnen und Bürger,
1342 Wirtschaft und Institutionen vor Ausspähung und Cyberangriffen zu schützen. Unser Ziel ist ein
1343 „Völkerrecht des Netzes“, das die digitalen Grundrechte definiert und schützt.

1344 Wir wollen bestehende Hürden in der Nutzung und beim Angebot von digitalen
1345 Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in ganz Europa abbauen. Wer
1346 in Deutschland etwa als Startup mit Dienstleistungen an den Markt geht, ist damit sogleich in
1347 ganz Europa auf dem Markt. Hindernisse für das grenzüberschreitende digitale Wirtschaften –
1348 sowohl rechtliche Hemmnisse als auch Behinderungen durch wettbewerbswidriges Verhalten
1349 von Marktteilnehmern – müssen daher identifiziert und konsequent abgebaut werden.

1350 **3.4. Die Energiewende als innovatives Zukunftsprojekt**

1351 Die Energiewende ist eine entscheidende Aufgabe moderner Industriepolitik. Der nachhaltige
1352 Umbau unserer Energieversorgung ist eines der größten Zukunftsprojekte der Menschheit.
1353 Deutschland geht dabei als führende Industrienation ambitioniert voran und setzt globale
1354 Maßstäbe.

1355 Nach dem energiepolitischen Chaos, das die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hinterlassen
1356 hatte, sind wir mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014, mit der Definition
1357 verlässlicher Ausbaupfade und mit einer neuen Ordnung des Strommarktes entscheidende
1358 Schritte zur Verlässlichkeit der Energiewende gegangen. Wir bringen im Interesse der
1359 Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Markt und Wettbewerb in den Ausbau der
1360 Erneuerbaren. 2017 haben wir einen Paradigmenwechsel von staatlich festgelegten

1361 Vergütungssätzen hin zur Preisbildung über wettbewerbliche Ausschreibungen vollzogen. Wir
1362 haben darüber hinaus die Akzeptanz für den Ausbau der Übertragungsnetze verbessert, indem
1363 in größerem Maße auf Erdverkabelung zurückgegriffen werden kann. Die Modernisierung der
1364 kommunalen Verteilnetze haben wir erleichtert durch die Beseitigung des Zeitverzuges
1365 zwischen Investitionen und Refinanzierungen der Verteilnetzbetreiber.

1366 Die Herausforderungen bleiben groß. Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesteckt: Die
1367 Energieerzeugung muss spätestens bis 2050 entsprechend den deutschen Klimaschutzzielen
1368 nahezu vollständig CO₂-neutral erfolgen. Den Ausbaupfad der erneuerbaren Energien werden
1369 wir fortlaufend überprüfen. Dabei orientiert sich auch die Ausbaugeschwindigkeit an den
1370 deutschen Klimaschutzzielen, zu denen sich die Bundesregierung international verpflichtet hat.
1371 Wir wollen Deutschland zur **energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen**. Die
1372 Herausforderung ist, die Energiewende gleichermaßen sicher, bezahlbar und umweltverträglich
1373 zu gestalten. Wir stellen sicher, dass Deutschlands hochinnovative Industrie mit stromintensiver
1374 Produktion international wettbewerbsfähig bleibt. Denn nur so wird die deutsche Energiewende
1375 zum globalen Vorbild.

1376 Weil wir die Energiewende sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen
1377 **bezahlbar gestalten** wollen, kommt der **Kopplung der verschiedenen Energiesektoren**
1378 untereinander in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zu. Bisher findet die
1379 Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr relativ isoliert voneinander statt, das
1380 macht sie unnötig teuer. Daher wollen wir die Wärmenetze ausbauen und für die Aufnahme
1381 erneuerbarer Wärme umrüsten sowie die Elektromobilität, insbesondere den Ausbau der
1382 Ladeinfrastruktur vorantreiben und strombasierte Flüssigkraftstoffe fördern. Speicher und
1383 andere Technologien für die Sektorkopplung wollen wir gezielt durch Forschungs- und
1384 Entwicklungsprogramme voranbringen und damit auch das Potenzial für Startup-Unternehmen
1385 weiter ausbauen.

1386 Wir wollen allen Menschen die Teilhabe an **der Rendite der Energiewende** ermöglichen. Mieter
1387 sollen über sogenannte Mieterstrommodelle von der Einspeisung regenerativer Energien
1388 finanziell profitieren. Wir wollen außerdem Eigenheimbesitzer dabei unterstützen, ihre Häuser
1389 energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen sowie
1390 Energiegenossenschaften fördern.

1391 Wir sind überzeugt: Gelingt die Energiewende vor Ort, dann gelingt die Energiewende als
1392 Ganzes. **Kommunale Belange** wollen wir daher noch stärker ins Zentrum unserer Energiepolitik
1393 stellen. Kommunen sollen ihre Netzinfrastruktur modernisieren und rekommunalisieren
1394 können, wenn sichergestellt ist, dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann.
1395 Den Stadtwerken kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu.

1396 Wir wollen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern von der **Energiewende profitieren**.
1397 Dafür werden wir Energieeffizienz- und Sanierungsmaßnahmen ausbauen und auf Haushalte
1398 mit niedrigem Einkommen sowie kleine und mittlere Unternehmen zuschneiden. Sinkende
1399 Börsenstrompreise müssen bei den Verbrauchern ankommen.

1400 Wir wollen **alternative Finanzierungsmodelle** der Energiewende aktiv prüfen. Der
1401 Strukturwandel in der Energiewirtschaft wird sich fortsetzen. Vorausschauend gestaltete
1402 Veränderungsprozesse bieten auch Chancen für Regionen. Wir wollen die Akteure auf

1403 kommunaler und auf Landesebene unterstützen, den Strukturwandel zu gestalten, indem wir
1404 mit ihnen zusammen Perspektiven entwickeln.

1405 Der Umstieg auf erneuerbare Energien und der effizientere Umgang mit Energie sind für uns
1406 zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir wollen den öffentlichen Gebäudebestand und den
1407 öffentlichen Nahverkehr zu einem **Vorbild eines energieeffizienten Verbrauchs** entwickeln.

1408 **3.5. Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz**

1409 Umweltschutz ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Eine zerstörte Umwelt vertieft soziale
1410 Ungleichheit – in Deutschland wie auch weltweit. Frische Luft, gesunde Böden, saubere
1411 Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt, gesunde Meere und eine intakte Atmosphäre
1412 sind existenziell – und zwar für alle. Für diese und für zukünftige Generationen. Wir wollen sie
1413 schützen. Das ist unser Ziel. **Umweltpolitik heißt Umweltgerechtigkeit.**

1414 Die SPD ist die Partei der **internationalen Solidarität**. Für viele Menschen auf der Erde hängen die
1415 Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden unmittelbar mit dem erfolgreichen Kampf
1416 gegen den Klimawandel zusammen. **Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik.**
1417 Wir wollen den Weg in Richtung einer Wirtschafts- und Lebensweise gehen, die die ökologischen
1418 Grenzen unserer Erde respektiert und trotz wachsender Weltbevölkerung ein Leben in Frieden
1419 und Wohlstand ermöglicht, das dem Schutz der Umwelt gerecht wird.

1420 Unser Ziel ist klar: Eine weitgehend treibhausgasneutrale Gesellschaft bis zur Mitte des
1421 Jahrhunderts. Der Energie-, der Verkehrs- und der Gebäudesektor haben dabei eine
1422 Vorbildfunktion.

1423 Wir wollen den Wandel zu einer treibhausgasneutralen Wirtschafts- und Lebensweise zu einem
1424 Projekt der ganzen Gesellschaft machen: Nicht nur für Eliten und nicht mit dem Zeigefinger,
1425 sondern über Teilhabe.

1426 *Klimaschutz und der Umgang mit fossilen Ressourcen*

1427 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die
1428 Hauptursachen des Klimawandels liegen in der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl
1429 und Erdgas und in übermäßiger Waldrodung. Die Staatengemeinschaft hat sich auf dem
1430 Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Das heißt: Es
1431 dürfen nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur – etwa in Wäldern – wieder
1432 aufgenommen werden. Das bedeutet auch für uns in Deutschland den vollständigen Umstieg
1433 von fossilen auf erneuerbare Energien – das macht Deutschland zudem unabhängig von fossilen
1434 Energieträgern.

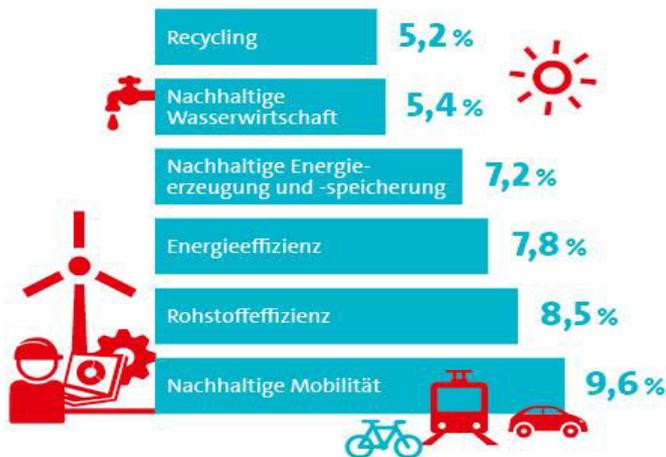
1435 Wir werden die Entwicklung hin zu einer treibhausgasneutralen Gesellschaft staatlich
1436 unterstützen. Wir wollen einen breiten Dialog mit allen Akteuren. In der EU setzen wir uns für
1437 eine Reaktivierung des Emissionshandels und für einen CO₂-Mindestpreis ein. Darüber hinaus
1438 werden wir alle Subventionen und Steuern auf ihre Klimawirkung hin überprüfen. Um die
1439 Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches **nationales Klimaschutzgesetz**
1440 erarbeiten.

1441 *Umweltschutz als Beschäftigungsmotor*

1442 Deutschland profitiert von der weltweit **zunehmenden Nachfrage nach „grünen“ Produkten,**
1443 Technologien und Dienstleistungen. Das schlägt sich auch bei den Arbeitsplätzen nieder: Hier

1444 finden hunderttausende Menschen Arbeit und durch die Wachstumsimpulse werden auch in
1445 den kommenden Jahren weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt (vgl. Abbildung
1446 12). Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und neuen Technologien, die zu mehr
1447 Nachhaltigkeit führen, zum Erfolg verhelfen.

1448 *Abbildung 12: Mitarbeiterwachstum ausgewählter Umwelttechnologiebranchen bis 2018*



1449

1450 *Quelle: BMUB*

1451 Ganz besondere Herausforderungen sind in den bisher durch die Braunkohle geprägten
1452 Regionen in der Lausitz, im Mitteldeutschen und im Rheinischen Revier zu meistern. Hier gilt es,
1453 regionalwirtschaftliche Strukturen aufzubauen, die an die industrielle Tradition dieser Regionen
1454 anknüpfen. Wir wollen diese Herausforderung gemeinsam angehen: mit den Gewerkschaften,
1455 den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei hilft uns die fortschreitende
1456 Energiewende. Es werden in großem Umfang neue Technologien – Speicher und Batterien,
1457 Entwicklungszentren für Materialien und Prozesstechnik – benötigt. Wir wollen mit
1458 Bundesmitteln die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen Regionen
1459 zusammenführen.

1460 *Nachhaltige Stadtentwicklung*

1461 Viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher Lärmbelastung und schlechter
1462 Luftqualität. Das betrifft vor allem ärmere Bevölkerungsteile. Der Schutz dieser Menschen vor
1463 gesundheitsgefährdenden Umwelteinflüssen ist eine wichtige Aufgabe. Wir brauchen
1464 menschengerechte Städte. Im Zentrum stehen für uns **umweltfreundliche Verkehrsträger**, wie
1465 ein leistungsfähiger ÖPNV, ein dichtes Netz an Radwegen, ein Ausbau der Elektromobilität und
1466 des Carsharing's. Den Ausbau dieser Mobilitätsformen werden wir deutlich stärker fördern. Das
1467 Auto behält dabei als zunehmend emissionsfreies Verkehrsmittel seine wichtige Rolle für die
1468 individuelle Mobilität. Wir werden darüber hinaus den Lärmschutz an Autobahnen,
1469 Schienentrassen und in der Umgebung von Flughäfen weiter verbessern. Die
1470 Fahrradinfrastruktur wollen wir ausbauen: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren, aber auch
1471 mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche Schnell-Rad-
1472 Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere und komfortable
1473 Abstellmöglichkeiten. Wir brauchen im Sinne von mehr Umweltgerechtigkeit mehr Grün in der
1474 Stadt – auf den Straßen, in den Parks und auf den Dächern.

1475 *Naturschutz / Schutz der biologischen Vielfalt*

1476 Eine intakte und vielfältige Natur ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir
1477 werden uns mit aller Kraft engagieren, endlich den besorgniserregenden Rückgang der
1478 biologischen Vielfalt in Deutschland – und weltweit – zu stoppen. Wir werden zeigen, dass der
1479 Schutz der Natur und die Herausforderungen einer modernen Gesellschaft keine Widersprüche
1480 sind. Wir werden **bedrohte Tier- und Pflanzenarten** besser schützen und das öffentliche
1481 Bewusstsein über die Gefährdung und den Wert der biologischen Vielfalt erhöhen. Wir werden
1482 auch die Erfolgsgeschichte des Nationalen Naturerbes fortschreiben und weitere freiwerdende
1483 – ehemals militärisch genutzte – Liegenschaften für den Naturschutz und damit für künftige
1484 Generationen sichern.

1485 *Ressourcenschutz*

1486 Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die
1487 vor allem nachfolgende Generationen belasten. Durch eine Senkung der Materialintensität, der
1488 Minimierung von Abfall, durch Recycling und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine
1489 **Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen**. Der verminderte Einsatz
1490 von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die
1491 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden Haushalte und Unternehmen
1492 stärker über ressourcenschonende Alternativen aufklären und die rechtlichen
1493 Rahmenbedingungen kontinuierlich weiterentwickeln.

1494 *Fracking*

1495 Wir haben uns durchgesetzt und erstmals in Deutschland ein unbefristetes Verbot für das
1496 unkonventionelle Fracking, wie es in den USA praktiziert wird, erkämpft. Die Risiken für Mensch
1497 und Umwelt überwiegen die potenziellen wirtschaftlichen Chancen. Für alle weiteren Schritte
1498 gilt: Der Schutz des Trinkwassers und der Gesundheit hat für uns oberste Priorität. Deshalb
1499 wollen wir, dass es bei einem Verbot bleibt. In der konventionellen Erdgasförderung werden wir
1500 die Schutzstandards überprüfen und immer wieder neuen Erkenntnissen anpassen.

1501 *Ausstieg aus der Atomenergie vollenden*

1502 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Die Sicherheit der Atomkraftwerke
1503 muss bis zum letzten Betriebstag und auch während der Stilllegung und des Rückbaus verlässlich
1504 bleiben. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, mit der Hinterlassenschaft der Atomkraft
1505 verantwortungsvoll umzugehen. Das schließt die Betreiber der Atomkraftwerke mit ein, die
1506 damit jahrzehntelang Geld verdient haben. Die Kernbrennstoffsteuer ist auch in Zukunft ein
1507 unverzichtbarer Beitrag für die Wettbewerbsgleichheit zwischen den Energieträgern.

1508 Wir müssen eine Lösung für die Endlagerung finden, die nach menschlichen Maßstäben auf ewig
1509 sicher ist. Wir werden bei anderen Staaten aktiv für den Ausstieg aus der Atomenergie werben
1510 und uns in der EU für die Abschaffung der Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke
1511 einsetzen. Entsprechend werden wir in Deutschland unsere außenwirtschaftlichen Instrumente
1512 (Hermes-Kreditbürgschaften) so reformieren, dass eine Finanzierung von Atomenergie-
1513 Projekten zukünftig ausgeschlossen ist.

1514 **3.6. Mobilität**

1515 Mobilität ermöglicht individuelle Freiheit und Teilhabe am gesellschaftlichen und
1516 wirtschaftlichen Leben. Unser Ziel ist die bezahlbare und umweltgerechte Mobilität für alle in
1517 Deutschland.

1518 Dazu streben wir eine **Verkehrswende** hin zu einer integrierten Verkehrs- und
1519 Infrastrukturpolitik an. Das heißt: Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen nicht
1520 isoliert betrachtet werden. Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik hat dabei immer auch die
1521 Auswirkungen auf Umweltqualität und Klima im Blick und reduziert Verkehrsgefahren und
1522 Verkehrslärm. Wir schlagen die Gründung eines „Bündnisses für Mobilität“ gemeinsam mit den
1523 Vertretern des Mobilitätssektors, Gewerkschaften, Fahrgast- und Verbraucherorganisationen
1524 sowie den Industrie- und Umweltverbänden vor. Hier wollen wir einen verlässlichen Zeitplan
1525 erarbeiten, mit welchen Zwischenschritten Deutschland bis 2050 die digitale Modernisierung
1526 und den Ausstieg aus dem Öl in der Mobilität organisieren kann.

1527 Wir wollen die **Attraktivität des ÖPNV** in den Städten und Gemeinden verbessern. Um den
1528 umweltfreundlichen ÖPNV in den Kommunen weiter zu stärken, wollen wir die Mittel für den
1529 kommunalen Straßenbau und den ÖPNV (Entflechtungsmittel) über das Jahr 2019 hinaus
1530 fortführen. Wir wollen neue Mobilitätskonzepte wie Carsharing weiter fördern, mehr
1531 Modellprojekte zur Stärkung des Verkehrsangebots im ländlichen Raum schaffen und die
1532 Verkehrsunternehmen bei der Entwicklung unterstützen. Unser Ziel ist eine digitale
1533 Mobilitätsplattform, mit der alle Mobilitätsangebote zusammengeführt werden. Jeder soll seine
1534 Wege über alle Verkehrsträger hinweg einfach und unkompliziert planen, buchen und bezahlen
1535 können.

1536 Im **Schienenpersonenverkehr** wollen wir bis 2030 **die Anzahl der Kunden verdoppeln**. Dazu
1537 werden wir in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale
1538 Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen integralen Taktfahrplan –den
1539 Deutschlandtakt – werden wir zügig vorlegen und den notwendigen Ausbau der Schienenwege
1540 vorantreiben. Die Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene wollen wir nicht nur durch
1541 die Kapazitätserhöhungen der Schienenwege erreichen, sondern auch dadurch, dass wir den
1542 Schienenverkehr durch eine geringere Kostenbelastung wettbewerbsfähiger machen. Dazu
1543 wollen wir eine Reduzierung der Schienenmaut (Trassenpreise) erreichen und die dadurch
1544 wegfallenden Einnahmen für den Erhalt der Schienenwege aus dem Bundeshaushalt
1545 ausgleichen. Das wird auch die Preise im Personenverkehr entlasten.

1546 Wir wollen zuvorderst in den Erhalt der öffentlichen Verkehrswege investieren.
1547 Ausbaumaßnahmen sollen vor allem dort greifen, wo Engpässe beseitigt werden. Hierzu werden
1548 wir dafür sorgen, dass Investitionen dort zuerst getätigt werden, wo sie am dringendsten nötig
1549 sind. Trotz einer deutlichen Aufstockung der Finanzierung der Infrastruktur seit 2013 reicht das
1550 noch nicht. Wir benötigen mehr Investitionen, die bedarfsgerecht erfolgen sollen. Wir wollen
1551 deswegen für alle Fahrzeuge über 7,5 Tonnen eine **Ausdehnung der LKW-Maut** auf alle
1552 Bundesstraßen. Die Mehreinnahmen aus den oben genannten Maßnahmen werden wir nutzen,
1553 um die Mittel zur notwendigen Sanierung der Straßen, Brücken und Wasserwege zu verstetigen.

1554 Das Auto wird als emissionsfreies Verkehrsmittel neu erfunden. Es ist unser Ziel, die
1555 **Elektromobilität** sowohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen voranzubringen.

1556 Gleichzeitig müssen wir die Erforschung und Produktion von Batterien verstärken und gezielt in
1557 den Ausbau einer Ladeinfrastruktur in Stadt und Land investieren. Zu den alternativen Antrieben
1558 gehören neben der Batterie auch Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme
1559 Antriebstechnologien. Auch diese müssen durch Forschung und Entwicklung weiter gefördert
1560 werden. Das ist aber nicht allein die Aufgabe des Staates; die Hersteller müssen ihren Beitrag
1561 leisten. Das gilt nicht nur für Individualverkehrsmittel, sondern auch für Angebote öffentlicher
1562 Verkehrsträger. Wir wollen außerdem die Elektromobilität für LKWs prüfen, um einen wichtigen
1563 Beitrag zur Energiewende zu leisten.

1564 **3.7. Nachhaltige Landwirtschaft**

1565 Derzeit sind viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Immer mehr bäuerliche
1566 Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen. Anbau- und
1567 Verfahrensmethoden der industriellen Landwirtschaft können sich jedoch negativ auf die Natur
1568 und biologische Vielfalt auswirken. Um dem Rückgang der biologischen Vielfalt in den
1569 Agrarlandschaften entgegenzutreten, brauchen wir in der Landwirtschaft dringend
1570 Veränderungen.

1571 Wir wollen eine gesunde nachhaltige Landwirtschaft, die dem Umwelt- und Naturschutz, den
1572 Verbraucherinteressen und dem Tierwohl Rechnung trägt und den arbeitenden Menschen
1573 gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichert. Die Zielvorgaben von Umwelt-
1574 und Naturschutzrichtlinien müssen konsequent umgesetzt und regelmäßig überprüft werden.
1575 Eine Hoftorbilanz über den Nährstoffkreislauf landwirtschaftlicher Betriebe soll Auskunft über
1576 die Belastung der Umwelt geben. Wir setzen uns weiterhin für eine gentechnikfreie
1577 Landwirtschaft ein.

1578 Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die konventionelle und ökologische
1579 Landwirtschaft notwendig. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

1580 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der
1581 **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die Landwirtschaft erhält – mehr als
1582 jeder andere Wirtschaftssektor – Unterstützungen aus Steuermitteln. Der Grundsatz muss
1583 lauten: **Öffentliches Geld nur für öffentliche Aufgaben**. Dazu gehört die Ernährungssicherheit
1584 genauso wie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Wir werden die
1585 Sonderrolle der Landwirtschaft in der Umweltgesetzgebung einer kritischen Prüfung
1586 unterziehen.

1587 *Wertschätzung für Wertschöpfung*

1588 In großen Teilen der Gesellschaft erfahren landwirtschaftliche Produkte nur noch eine geringe
1589 Wertschätzung, welche sich durch Preise ausdrückt, von denen Landwirte nicht leben können.
1590 Für uns ist klar: Ein **fairer Preis für Lebensmittel** trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher
1591 Betriebe in Deutschland dauerhaft zu sichern. Als SPD wollen wir die Rolle der Landwirte in der
1592 Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken.
1593 Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, wenn es dazu dient, die
1594 Wertschöpfung in der Region bzw. Großregion zu halten u.a. durch ein Bundesprogramm
1595 Regionalvermarktung.

1596 Wir setzen uns für die systematische Eindämmung der Lebensmittelverschwendung ein – unter
1597 Einbindung aller Stufen der Wertschöpfungskette.

1598 *Tierschutz*

1599 Für Landwirtinnen und Landwirte, die das Wohl der Tiere nicht dem wirtschaftlichen Druck
1600 unterordnen wollen, bleibt kaum noch Platz. Wir wollen die **Betriebe stärken, die eine**
1601 **artgerechte Tierhaltung aufweisen**. EU-Fördermittel sollen sich stärker an den Verbesserungen
1602 von Tierschutzstandards in den Betrieben orientieren. Tierquälerei in der Landwirtschaft ist für
1603 uns inakzeptabel. Der Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung muss deutlich reduziert werden.
1604 Bessere Haltungs- und Transportbedingungen sollen zu mehr Tierwohl beitragen. Wir tolerieren
1605 keine Eingriffe an Tieren aus rein wirtschaftlichen Gründen wie das Schnabelkürzen, das
1606 Kupieren von Schwänzen oder den Schenkelbrand bei Pferden. Daher wollen wir ein modernes
1607 Tierschutzgesetz schaffen, das die Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt.

1608 Mit einem Verbandsklagerecht werden wir anerkannten Tierschutzorganisationen die rechtliche
1609 Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Es braucht eine
1610 Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: Transparent, einfach und
1611 verbraucherfreundlich. Wir werden ein staatliches Tierschutzlabel auf Grundlage der Kriterien
1612 des Deutschen Tierschutzbundes einführen.

1613 **3.8. Verbraucherschutz**

1614 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit unserer Verbraucherpolitik den
1615 Alltag der Menschen erleichtern. Wir wollen sie vor unsicheren Produkten, unlauteren
1616 Geschäftspraktiken und dem Missbrauch ihrer Daten schützen. Wir wollen Verbraucherinnen
1617 und Verbraucher in ihren Rechten und Möglichkeiten zur Mitgestaltung des Marktes stärken.
1618 Wir sorgen für Transparenz, damit Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt
1619 entscheiden können.

1620 *Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen*

1621 Neben guten Gesetzen brauchen wir auch eine effektive Rechtsdurchsetzung im
1622 Verbraucherschutz, damit **Recht bekommt, wer Recht hat**.

1623 Aufsichtsbehörden, wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),
1624 Bundeskartellamt, Bundesnetzagentur und andere mehr, sollen verstärkt auch im kollektiven
1625 Verbraucherinteresse tätig werden. Durch Einführung einer Musterfeststellungsklage werden
1626 wir die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher und kleine Unternehmen weiter verbessern. Die
1627 erfolgreiche Möglichkeit der Verbraucherorganisationen, Verbraucherrechte im Wege der
1628 Verbandsklage durchzusetzen, werden wir weiter ausbauen.

1629 Die Verbraucherzentralen und ihr Bundesverband wurden in den Bereichen Finanzmarkt und
1630 Digitale Welt zu Marktwächtern ausgebaut. Starke Verbraucher brauchen starke
1631 Verbraucherschutzorganisationen. Wir wollen diesen erfolgreichen Weg weitergehen, die
1632 Marktwächter dauerhaft etablieren und auch in den Bereichen Energie, Ernährung und
1633 Gesundheit Marktwächter einrichten.

1634 *Digitale Grundrechte auch in der Verbraucherpolitik durchsetzen*

1635 Bürgerinnen und Bürgern müssen sich **frei und sicher im Internet** bewegen und vernetzte
1636 Produkte und Dienstleistungen gefahrlos nutzen können. Wir wollen die Digitalisierung

1637 verbraucherfreundlich gestalten, um allen Bürgerinnen und Bürgern gesellschaftliche Teilhabe
1638 zu ermöglichen.

1639 Die Profilbildung aus Daten ermöglicht es, Waren und Dienstleistungen an die Wünsche und
1640 Bedürfnisse einzelner Verbraucherinnen und Verbraucher anzupassen. Sie ermöglicht aber z.B.
1641 auch individuelle Preisbildung und damit einhergehend Preisdiskriminierung auf Grund von
1642 Zahlungsfähigkeit, Alter, Wohnort oder anderer Faktoren. Unfaire individuelle Preisbildung
1643 lehnen wir ab.

1644 Gläserne Verbraucherinnen und Verbraucher eröffnen zum Beispiel Versicherern und
1645 Kreditgebern die Möglichkeit, Angebote immer stärker oder nur noch nach dem persönlichen
1646 Risiko auszurichten. Beim „Scoring“ wollen wir eine Meldepflicht für die zur Berechnung der
1647 Kreditwürdigkeit genutzten Algorithmen schaffen und die Löschrufen für negative Einträge
1648 klarer regeln. Die kostenlosen Auskunftsansprüche werden wir ausweiten.

1649 *Gesunde Ernährung ermöglichen*

1650 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Menschen eine gesunde und
1651 selbstbestimmte Ernährungsweise erleichtern – mit sicheren, guten und nachhaltig
1652 produzierten Lebensmitteln. Wir wollen das Angebot an ausgewogener Ernährung für alle
1653 verbessern - bei der Herstellung, im Supermarktregal, in Kantinen oder Restaurants. Dabei
1654 setzen wir auf Qualitätsstandards, Transparenz und leicht verständliche Kennzeichnungen wie
1655 die **Nährwertampel**, eine klare Herkunftskennzeichnung und bessere Platzierungen von
1656 gesunden Produkten wie frischem Obst und Gemüse.

1657 Bildungsstand und Geldbeutel der Eltern dürfen nicht über die Ernährungsweise ihrer Kinder
1658 entscheiden. Deshalb müssen wir bei der Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen
1659 ansetzen und **ausgewogene Mahlzeiten für alle Kinder und Jugendlichen** ermöglichen. Dazu
1660 wollen wir die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) verbindlich machen.

1661 Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) lehnen wir ab, auf dem Acker und auf dem Teller.
1662 Wir werden die Lebensmittelkontrolle bundesweit vernetzen, einen einheitlichen
1663 Kontrollkatalog entwickeln und die Kontrolle effektiv und vergleichbar gestalten. Ergebnisse von
1664 amtlichen Lebensmittelüberwachungen sollen grundsätzlich veröffentlicht werden. Zudem
1665 wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit leicht verständlichen Symbolen wie dem
1666 Smiley oder der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort
1667 informieren.

1668 **C. Frieden und Sicherheit in Deutschland und der Welt**

1669 **4. Gemeinsam Freiheit und Sicherheit verwirklichen**

1670 Freiheit, Demokratie und die Sicherheit eines Rechtsstaates sind Grundlage unseres
1671 selbstbestimmten Lebens. **Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze.** Wer die Freiheit
1672 zugunsten der Sicherheit aufgibt, verliert am Ende beides. Ohne Sicherheit gibt es aber auch
1673 keine Freiheit.

1674 Für innere Sicherheit und soziale Sicherheit gilt: Nur reiche Leute können sich einen schwachen
1675 Staat leisten. Alle anderen sind darauf angewiesen, dass der Staat soziale und innere Sicherheit
1676 gewährleistet. Neben einer – dringend notwendigen – besseren Ausstattung unserer
1677 Sicherheitsbehörden müssen auch Integrations- und Präventionsarbeit verstärkt werden.

1678 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht unser Gesellschaftsentwurf an einem historischen
1679 Scheideweg. Seine Gegner haben sich neu formiert. Es wird höchste Zeit, die unterschiedlichen
1680 terroristischen und rechtspopulistischen Bewegungen als das zu benennen, was sie sind: eine
1681 Bedrohung für die westliche Welt, ein Gegenentwurf zur liberalen Demokratie.

1682 Der Staat ist dem Terror gegenüber nicht schutzlos. Nur Besonnenheit und der konsequente
1683 Einsatz für Prävention und Aufklärung werden uns auf Dauer schützen können. Symbolpolitik
1684 und Aktionismus stärken nur die Gegner der Demokratie. Unsere Richtschnur ist die starke und
1685 wehrhafte Demokratie. Viele Menschen engagieren sich für diese Werte in Vereinen und
1686 Initiativen. Wir müssen den Gegnern der Demokratie genau das entgegensetzen, was sie am
1687 meisten fürchten und hassen: unser Menschenbild, unsere Freiheit und unser Recht.

1688 **4.1. Starker Rechtsstaat und öffentliche Sicherheit**

1689 Wir haben einen starken, entschlossenen und handlungsfähigen Rechtsstaat. Die **SPD steht für**
1690 **eine Politik der öffentlichen Sicherheit**, die Gefahren erkennt, sie wirksam bekämpft, Straftäter
1691 verfolgt und damit Freiheitsrechte sicherstellt. Dazu brauchen wir eine maßvolle Politik, die
1692 verlässlich für Sicherheit sorgt und noch stärker die Zusammenarbeit mit unseren europäischen
1693 Nachbarn sucht.

1694 *Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz*

1695 Das Gewaltmonopol des Staates wird von unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
1696 ausgeübt – bürgernah und robust, wenn es darauf ankommt. Wir wollen, dass unserer Polizei
1697 Anerkennung und Respekt für ihre wichtige Arbeit entgegengebracht wird. **Angriffe auf**
1698 **Beamtinnen und Beamten tolerieren wir nicht.** Wir setzen uns dafür ein, dass Polizistinnen und
1699 Polizisten, aber auch andere Einsatzkräfte, besser vor Angriffen und Störungen ihrer Arbeit für
1700 Menschen in Not geschützt werden. Dazu gehört auch, dass Einsatzkräfte bestmöglich
1701 ausgestattet sind. Wer mehr Schutz und Sicherheit will, der muss **die Polizei stärken.** Deshalb
1702 setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Polizei mit mehr gut ausgebildetem Personal und
1703 modernen Sachmitteln ausgestattet wird. Insgesamt fordern wir die Schaffung von 15.000
1704 neuen Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern.

1705 Wir setzen uns zudem für die Stärkung unserer Justiz ein. Sie muss gut ausgestattet sein, damit
1706 Straftaten schnell zur Anklage gebracht und Täter verurteilt werden können. Wir brauchen
1707 Regelungen, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. So stärken wir das Vertrauen
1708 der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Auch der Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der

1709 Bekämpfung von Kriminalität in den Bereichen Finanzen, Steuern und rechtswidriger
1710 Beschäftigung. Deshalb werden wir den Zoll stärken.

1711 Eine **Militarisierung der inneren Sicherheit lehnen wir ab**. Der Schutz vor Kriminalität und die
1712 Strafverfolgung sind Aufgabe der dafür ausgebildeten Profis der Polizei von Bund und Ländern.
1713 Mit uns wird es deshalb keinen Einsatz der Bundeswehr im Inland als Hilfspolizei geben. Bereits
1714 heute lässt das Grundgesetz zu, dass die Bundeswehr bei schweren Unglücksfällen und bei
1715 terroristischen Großlagen eingesetzt werden kann. Daher ist keine Ausweitung der Befugnisse
1716 der Bundeswehr oder eine Änderung der Verfassung erforderlich.

1717 *Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention*

1718 Jede Form von Terror muss konsequent und rechtsstaatlich bekämpft werden. Mit einem
1719 Dreiklang aus **Repression, Prävention und Ausstiegshilfe** haben wir eine Basis geschaffen, um
1720 dem Extremismus langfristig zu begegnen. Wir wollen dabei eine stärkere Koordinierung in
1721 Deutschland und in Europa.

1722 Um zu verhindern, dass Islamisten in Kriegs- und Krisengebiete reisen, dort Kriegsverbrechen
1723 begehen, sich weiter radikalisieren und ausgebildet werden, wollen wir ihre Ausreise verhindern.
1724 Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass Kriminelle und Terroristen in die EU gelangen. Dazu
1725 müssen die systematischen und koordinierten **Kontrollen an den Außengrenzen** des
1726 Schengenraums verstärkt und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv
1727 umgesetzt werden. Europol und Frontex müssen stärker zur Terrorismusbekämpfung
1728 einbezogen werden.

1729 Dringend notwendig ist eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer
1730 Ebene. Wir fordern nach dem Vorbild des deutschen Gemeinsamen
1731 Terrorismusabwehrzentrums ein Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene, in dem ein
1732 koordinierter und regelmäßiger Austausch der Sicherheitsbehörden stattfindet, unter Einschluss
1733 der Nachrichtendienste.

1734 Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, müssen nach Verbüßung ihrer
1735 Strafe, wenn möglich, umgehend abgeschoben werden. Hindernisse bei der Rückführung
1736 Ausreisepflichtiger werden wir beseitigen.

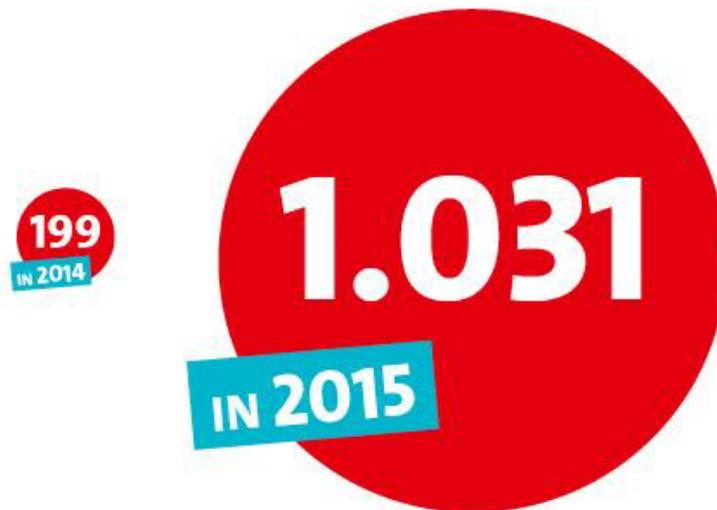
1737 *Kampf gegen rechts*

1738 Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich
1739 zugenommen (vgl. Abbildung 13). Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten seit über
1740 150 Jahren aufrecht Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und
1741 Menschenfeindlichkeit entgegen. Wir stehen gemeinsam mit vielen couragierten Bürgerinnen
1742 und Bürgern an der Seite unseres Rechtsstaates. Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit
1743 rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden.
1744 Rechte Gewalt muss als solche sichtbar werden. Sie darf in der öffentlichen Wahrnehmung
1745 nicht unter den Teppich gekehrt werden. Neben der **konsequenten Strafverfolgung** der Taten
1746 und Täter wollen wir auch die Präventionsarbeit weiter ausweiten und verstetigen. Eine
1747 effektive Sicherheitspolitik besteht im Zusammenspiel von Prävention und Strafverfolgung.

1748

1749

1750 *Abbildung 13: Straftaten gegen Asylunterkünfte*



1751

1752 *Quelle: Bundeskriminalamt*

1753 *Extremismus vorbeugen - Einstieg verhindern, Ausstieg ermöglichen*

1754 Eine wirksame und konsequente Strategie gegen Extremismus erfordert neben Repression auch
1755 **Prävention**. Wir werden zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts weiter fördern. Bereits
1756 in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm Demokratie leben! mehr
1757 als verdreifacht. Diesen Weg der aktiven Demokratiewerksarbeit werden wir weiter verfolgen.

1758 Die Förderung muss verstetigt werden, wie es in den Empfehlungen des NSU-
1759 Untersuchungsausschusses auf Bundesebene festgehalten wurde. Wesentlicher Bestandteil
1760 einer umfassenden Gegenstrategie gegenüber gewaltbereiten Islamisten und
1761 Rechtsextremisten muss die Deradikalisierung sein. Bestehende Projekte müssen bundesweit
1762 besser koordiniert und verzahnt werden. Darum werden wir mit einem Demokratiefördergesetz
1763 des Bundes die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern und damit Nachhaltigkeit in
1764 der wichtigen Arbeit gegen Extremismus und Radikalisierung sichern.

1765 Wir müssen verbale Drohungen und Hassattacken mit all unseren Mitteln bekämpfen. Am
1766 Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten. Soziale Medien sind **kein rechtsfreier Raum**.
1767 Wer im Internet Hass-Parolen veröffentlicht und zur Gewalt z.B. gegen Juden, Ausländer und
1768 Flüchtlinge aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

1769 *Alltagskriminalität*

1770 Wir wollen der **Polizei zusätzliche Kräfte zur Verfügung stellen**, damit sie nicht nur sporadische
1771 Kontrollen durchführen kann, sondern auch für einen längeren Zeitraum an
1772 Kriminalitätsschwerpunkten eingesetzt werden kann. Wo Videotechnik hilft, Gefahren
1773 vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie im Rahmen bestehender Rechtsgrundlagen
1774 eingesetzt werden.

1775 Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem Wohnungseinbrüche
1776 beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen. Die Menschen in
1777 grenznahen, ländlichen Regionen in Ostdeutschland sowie auch in Ballungsgebieten haben
1778 vermehrt ein Gefühl der Unsicherheit. Wir wollen, dass sich unsere Sicherheitsbehörden
1779 konsequent der steigenden Einbruchskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und

1780 koordiniertes Vorgehen bei der Strafverfolgung. Das Bundeskriminalamt wollen wir in seiner
1781 Zentralstellenfunktion stärken. Die Beratungsangebote, die vielerorts von der Polizei bereits
1782 angeboten werden, sollen ausgebaut werden.

1783 *Reform der Nachrichtendienste*

1784 Wir benötigen **leistungsfähige Nachrichtendienste mit klaren Handlungsaufträgen und**
1785 **umfassender parlamentarischer Kontrolle**. Deshalb wollen wir den Bundesnachrichtendienst
1786 (BND) reformieren. Es ist dringend geboten, den BND aus der rechtlichen Grauzone
1787 herauszuholen und Regelungslücken bei der Telekommunikationsüberwachung zu schließen.
1788 Die Auslandsaufklärung muss auf eine klare und eindeutige Rechtsgrundlage gestellt werden.

1789 *Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen*

1790 Die Kriminalität im Internet steigt weiter rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren,
1791 Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das
1792 Spektrum der Cyberkriminalität.

1793 Das **Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum**. Wir wollen eine Fortschreibung und
1794 Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsgesetzes, um den neuen Gefährdungen angemessen zu
1795 begegnen. Zudem werden wir die Sicherheitsbehörden in der IT-Technologie durch bessere
1796 Ausstattung und mehr fachliche Expertise modernisieren. Die Spionageabwehr unserer
1797 Nachrichtendienste wollen wir technisch und rechtlich in die Lage versetzen, effektiv gegen
1798 Cyberangriffe fremder Nachrichtendienste vorzugehen. Wir werden das Bundesamt für die
1799 Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen und in seiner neutralen Rolle und
1800 Beratungsfunktion stärken.

1801 *Kampf gegen Wirtschaftskriminalität*

1802 Unternehmen müssen rechtstreu handeln. Sie müssen Gewinne ordnungsgemäß versteuern.
1803 Nur dann ist Wettbewerb fair, nur dann sind Rechte von Beschäftigten, Kunden und
1804 Wettbewerbern gewahrt. **Organisierte Unverantwortlichkeit muss Konsequenzen haben**. Wir
1805 werden daher den Bußgeldrahmen anheben, um Unternehmen, die sich an illegalen Aktivitäten
1806 beteiligen, künftig härter zu sanktionieren. Die geltende Bußgeldobergrenze von bis zu 10
1807 Millionen Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig, wir
1808 brauchen daher eine flexibel handhabbare Bußgeldobergrenze.

1809 *Schutz von „Whistleblowern“*

1810 Die „Panama-Papiere“ wurden nur durch einen Insider der Öffentlichkeit und den
1811 Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht. Auch Gammelfleischskandale, Notstände in
1812 Pflegeheimen oder Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden regelmäßig nur durch
1813 interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“ bekannt.

1814 Das couragierte Handeln dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen muss
1815 besser **rechtlich abgesichert** werden. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor
1816 arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen.

1817 *Organisierte Kriminalität bekämpfen*

1818 Die Organisierte Kriminalität betreibt auch in Deutschland in vielen Feldern ihr illegales
1819 Geschäft. Wir brauchen **mehr spezialisierte Ermittler für Organisierte Kriminalität**, um die
1820 personal- und zeitintensiven Strukturermittlungen konsequent durchführen zu können.

1821 **4.2. Demokratie und Engagement**

1822 Die repräsentative Demokratie muss wieder besser vermittelt und attraktiver gemacht werden.
1823 Hier sind insbesondere die politischen Parteien gefragt, die sich stärker öffnen, Präsenz zeigen
1824 und vor Ort sein müssen. Dabei muss auch deutlich gemacht werden, dass die zunehmend
1825 aggressive und pauschale Kritik an politischen Repräsentanten, Verschwörungstheorien und
1826 Politikverachtung die demokratische Grundstruktur infrage stellt.

1827 *Für eine lebendige Demokratie*

1828 Politische Willensbildung in Parteien und in gesellschaftlichen Initiativen ist eine tragende Säule
1829 für eine starke Demokratie. Wahlkämpfe und Wahlen sind Höhepunkte der Demokratie. Dieses
1830 demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern. Dazu setzen wir auch auf **mehr Offenheit**
1831 **und Transparenz** politischer Entscheidungen und der politischen Entscheidungsträgerinnen und
1832 –träger.

1833 Wir wollen eine „legislative Fußspur“ einführen, aus der hervorgeht, welchen Beitrag externe
1834 Berater und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben.

1835 Wir werden außerdem dafür sorgen, dass alle Bundestagsabgeordneten vollständig ihre
1836 Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent offenlegen müssen. Für Parteispenden soll es
1837 künftig eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr. Zudem unterstützen
1838 wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufzuführen.

1839 Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein verpflichtendes
1840 Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag einrichten, das darüber
1841 Auskunft gibt, welcher Interessenvertreter mit welchem Budget für welchen Auftraggeber tätig
1842 ist.

1843 *Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratieförderung*

1844 Das Ehrenamt ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unerlässlich und verdient unsere
1845 Anerkennung. Der Bund muss sich auch institutionell stärker zum Engagement bekennen: Die
1846 finanziellen Mittel für die Ehrenamtlichenförderung sollen deutlich aufgestockt und abgesichert
1847 werden. Wir wollen, dass dafür eine **Deutsche Engagementstiftung** gegründet wird. Über die
1848 Stiftung kann die Zivilgesellschaft in die Rolle des Mitentscheidens kommen. Denn Engagement
1849 braucht strukturelle Unterstützung und darf nicht vom Staat als Ersatz für sozialstaatliche
1850 Leistungen instrumentalisiert werden.

1851 Die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst wollen wir weiter finanziell
1852 aufstocken.

1853 **4.3. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft**

1854 Die Gesellschaft wandelt sich. Das Recht muss diese Lebenswirklichkeit abbilden.

1855 *Modernes Familienrecht*

1856 Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Lebenswirklichkeit in Deutschland abbildet.
1857 Familien leben heute in immer vielfältigeren Konstellationen zusammen: Familien mit
1858 verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; Stieffamilien,
1859 Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. In all diesen Konstellationen gilt es, für alle **Beteiligten**
1860 **für Klarheit zu sorgen, indem Rechte und Pflichten definiert werden. Das Wohl des Kindes muss**

1861 **dabei immer im Mittelpunkt stehen.** Ein modernes Familienrecht muss möglichst
1862 unkomplizierte Antworten auch auf komplexe Fragestellungen liefern.

1863 Kinder sind Rechtspersonlichkeiten mit eigenen Rechten, die von der Verfassung geschützt
1864 werden müssen. Daher wollen wir die **Kinderrechte im Grundgesetz** verankern.

1865 Wenn Elternpaare sich trennen, setzen wir auf einvernehmliche Lösungen, die Konflikte
1866 vermeiden oder abschwächen. Das Familienrecht ist noch immer stark auf die Mutter zentriert,
1867 das wirkt sich auch auf das Unterhaltsrecht aus. Wo dadurch Väter benachteiligt werden, muss
1868 dies überwunden werden.

1869 *Sensibles Betreuungs- und Vormundschaftsrecht*

1870 Menschen können durch Krankheit, Unfall oder Behinderung handlungs- und
1871 entscheidungsunfähig sein. Eine moderne Gesellschaft braucht für diesen Fall Regelungen. Dazu
1872 wollen wir die **Vorsorgevollmacht** stärker ins Bewusstsein bringen. Denn mit ihr können die
1873 Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen, wer im Notfall stellvertretend für sie ihre
1874 Angelegenheiten regeln darf. Zudem wollen wir rechtlich klarstellen, was viele bereits für
1875 selbstverständlich halten: Ehegatten und Lebenspartner – sofern sie nicht getrennt leben –
1876 sollen **grundsätzlich** für den handlungsunfähigen Partner bei Fragen der Gesundheitsorge
1877 stellvertretend entscheiden dürfen.

1878 Auch das Vormundschaftsrecht muss reformiert werden. Das Kindeswohl gehört in den
1879 Vordergrund. Wo in der Vergangenheit die Vermögenssorge überbetont wurde, soll - im
1880 Interesse der betroffenen Kinder - die Verantwortung des Vormunds für die Erziehung stärker
1881 hervorgehoben werden. Wir werden die **Rechte von Pflegekindern** stärken. Denn für Kinder, die
1882 in einer Pflegefamilie leben, sind Kontinuität und Sicherheit besonders wichtig.

1883 **4.4. Bürgerrechte im digitalen Zeitalter**

1884 Wir bestehen auf **Netzneutralität**, das heißt, dass alle Daten bei der Übertragung im Internet
1885 gleichbehandelt werden müssen.

1886 Außerdem müssen die Persönlichkeitsrechte und die Vertraulichkeit der Kommunikation aller
1887 Bürgerinnen und Bürger gesichert sein. Wir wollen die Medienkompetenz stärken, damit
1888 Menschen selbstbestimmt und kritisch mit digitalen Medien umgehen.

1889 *Datensicherheit und Datensouveränität ist Grundrechtsschutz*

1890 Nutzer müssen grundsätzlich frei einwilligen, wenn personenbezogene Daten über sie erhoben,
1891 genutzt oder verwendet werden. **Datenschutz und „Big Data“ schließen sich nicht aus.** Unser
1892 Ziel ist es, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Potenzial von „Big Data“ nutzbar zu machen
1893 und gleichzeitig das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf
1894 Privatsphäre umfänglich zu gewährleisten. Es muss klar sein, wer welche Daten wann, zu
1895 welchem Zweck und zu welchen Bedingungen verwenden darf.

1896 *Informationsfreiheitsgesetz und Open Government*

1897 Die **Transparenz des staatlichen Handelns** muss und kann verbessert werden. Wir wollen daher,
1898 dass die staatlichen Stellen den Bürgerinnen und Bürgern deutlich mehr Informationen über das
1899 Netz verfügbar machen. Denn Transparenz und Offenheit staatlichen Handelns sind eine
1900 wichtige Grundlage aktiver Willensbildung und demokratischer Beteiligung.

1901 *Digitaler Binnenmarkt: Transparenz, funktionierender Wettbewerb und Gleichbehandlung*
1902 Die marktbeherrschende Stellung einzelner Plattformen bedroht die Vielfalt der Angebote.
1903 Deshalb muss bei kartellrechtlichen Verfahren neben dem Umsatz auch der Wert von
1904 Nutzerzahlen und personenbezogenen Daten eine Rolle spielen.

1905 Bei Geschäftsmodellen der sogenannten Sharing Economy liegt teilweise der umwelt- und
1906 ressourcenschonende Ansatz „Teilen statt Besitzen“ zugrunde, teilweise handelt es sich um
1907 kommerzielle Vermittlungsplattformen. Damit Nutzer wissen, ob es sich um ein privates oder
1908 gewerbliches Angebot handelt, werden wir die Betreiber stärker in die (Informations-)Pflicht
1909 nehmen. Zudem sollen kommerzielle Vermittlungsplattformen Nutzerinnen und Nutzer gegen
1910 gravierende Risiken absichern. Darüber hinaus wollen wir dafür sorgen, dass soziale
1911 Absicherung, Arbeitnehmerstandards und steuerliche Verpflichtungen nicht umgangen werden.

1912 **4.5. Kultur und Medienpolitik**

1913 Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. Künstlerisches Schaffen ist eine
1914 individuelle Auseinandersetzung mit dem eigenen Leben und mit der Welt. Kultur ist der
1915 Schlüssel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie ist existentiell für unsere offene,
1916 demokratische Gesellschaft, gerade in Zeiten des ansteigenden Populismus.

1917 Das sozialdemokratische Verständnis von Kultur ist inklusiv und nicht exklusiv. Unser Ziel ist es,
1918 Kultur für alle zu vermitteln. Gleichzeitig sind wir eine starke Stimme für die Kulturschaffenden:
1919 Sie müssen von ihrer Arbeit leben können.

1920 *Soziale Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern*

1921 Mit der Künstlersozialversicherung hat die SPD vor 35 Jahren eine tragfähige, spezifische
1922 Sozialversicherung geschaffen, die der besonderen Schutzbedürftigkeit von Künstlerinnen und
1923 Künstlern Rechnung trägt. Die SPD steht zu diesem Sondersystem. Die solidarische Finanzierung
1924 durch Kulturschaffende und Unternehmen ist dabei nicht verhandelbar.

1925 Die Sonderregelung im Arbeitslosengeld I ist aufgrund der relativ rigiden
1926 Anspruchsvoraussetzungen nur für einen sehr geringen Teil der Kulturschaffenden nutzbar.
1927 Daher setzen wir uns sowohl für eine Anhebung der zu berücksichtigenden Beschäftigungsdauer
1928 von 10 auf 14 Wochen ein, als auch für ein Heraufsetzen der Verdienstobergrenze sowie die
1929 Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. Wir machen uns für Mindesthonorare für
1930 Kulturschaffende, Ausstellungshonorare sowie eine erhöhte Förderungsdauer im Sinne einer
1931 besseren Planbarkeit stark.

1932 *Kunst- und Kulturförderung*

1933 Kunst- und Kulturförderung sehen wir als Investition in die Zukunft und unseren
1934 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst
1935 dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt.
1936 Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Nachhaltigkeit, Integration, kulturelle Bildung und
1937 Tourismus sollen feste Aspekte für Förderentscheidungen werden.

1938 *Medienfreiheit*

1939 Der Schutz der Medienfreiheit – also der Presse- und Rundfunkfreiheit - ist grundlegend für eine
1940 demokratische Gesellschaft.

1941 Wir wollen einen wirksamen Informantenschutz: Es muss in allen Prozessordnungen und in
1942 allen Ermittlungsstadien dasselbe Schutzniveau geben, beispielsweise für selbstrecherchiertes
1943 Material oder zum Beschlagnahmeschutz. Auch befürworten wir eine Rückkehr zu einem
1944 bundeseinheitlichen Presseausweis, der durch die anerkannten Berufsverbände ausgegeben
1945 wird.

1946 *Urheberrecht*

1947 Fast alles, was wir im Internet tun, ist mit urheberrechtlich relevanten Handlungen verbunden,
1948 insbesondere mit Kopieren, Weitergeben und Veröffentlichen. Die Digitalisierung hat die
1949 Verwertungsketten ganz massiv verändert. Ziel der Sozialdemokratie ist es, die Situation der
1950 Urheber zu verbessern und einen gerechten Interessenausgleich zwischen ihnen und den
1951 Verwertern zu erreichen. Es darf keine Ungleichheit bestehen zwischen denen, die Inhalte
1952 schaffen, und denen, die mit ihnen Geld verdienen. Dabei müssen wir auch berücksichtigen, dass
1953 viele der Nutzerinnen und Nutzer „User Generated Content“ generieren, und damit ebenfalls zu
1954 Urhebern werden. Daher müssen wir die berechtigten Interessen der Nutzerinnen und Nutzer
1955 verstärkt berücksichtigen.

1956 Wir sprechen uns dafür aus, die Grundlagen für ein modernes und zukunftsfähiges Urheberrecht
1957 in Europa zu schaffen. Dazu brauchen wir eine Anpassung an die technologischen Realitäten im
1958 digitalen Zeitalter und eine stärkere Vereinheitlichung des Rechtsrahmens zur Erhaltung eines
1959 funktionierenden digitalen Binnenmarkts.

1960 Bildung und Wissenschaft sollen die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen können. Schulen
1961 und Universitäten können bereits jetzt digitale Inhalte dauerhaft in Intranets zur Verfügung
1962 stellen. Darüber hinaus wollen wir ermöglichen, dass in Forschung und Lehre digitale Methoden
1963 legal genutzt werden können. Beispiele hierfür sind Text- und Datamining, also die Auswertung
1964 digitaler Datenbestände, oder die Nutzung von Internet-Inhalten im Schulunterricht. Für die
1965 damit verbundene gesetzliche Beschränkung des Urheberrechts im Interesse von Bildung und
1966 Wissenschaft muss es aber eine angemessene Vergütung für die Rechteinhaber geben.

1967 Wir setzen uns insbesondere dafür ein, die bewährte Zusammenarbeit von Verlegern und
1968 Autoren in gemeinsamen Verwertungsgesellschaften zu erhalten und die Ausschüttungen auch
1969 in Zukunft zwischen Autoren und Verlegern aufzuteilen. Gesetzliche Vergütungsansprüche
1970 wollen wir ausbauen.

1971 *Frauen in Kunst und Kultur*

1972 Gleichstellungspolitik ist und bleibt ein zentrales Thema der SPD – auch in der Kultur. Wir wollen,
1973 dass mehr Frauen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und dass der
1974 Gender Pay Gap, der bei freiberuflichen Künstlerinnen bei 24 Prozent liegt, beseitigt wird.

1975 *Teilhabe und kulturelle Bildung*

1976 Teilhabe ist ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik: Kunst und Kultur soll allen
1977 Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles
1978 Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen.

1979 Im Bereich der kulturellen Bildung setzen wir uns für ein Konzept lebensbegleitenden Lernens
1980 ein, das die bisher stark segmentierten Bildungsbereiche verzahnt und Kindertagesstätten,
1981 Schulen, Berufs- und Hochschulbildung sowie allgemeine und berufliche Weiterbildung zu

1982 einem aufeinander aufbauenden und vor allem durchlässigen Gesamtsystem integriert. Im
1983 schulischen wie außerschulischen Kontext muss kulturelle Bildung noch stärker als bisher
1984 verankert werden. So darf sie nicht allein auf die Kernfächer Musik oder Kunstunterricht
1985 „reduziert“ werden, sondern muss Teil des fächerübergreifenden Schulprofils werden.

1986 *Kulturelles Erbe*

1987 Wir wollen die verantwortlichen Ebenen, Kommunen und Länder, finanziell ausreichend
1988 ausstatten, um das kulturelle Erbe zu bewahren. Zudem wollen wir im Denkmalschutz die
1989 Investitionsprogramme des Bundes fortsetzen. Die Bewahrung des kulturellen Erbes durch
1990 Digitalisierung muss gefördert werden. Hierzu sind weitere Anstrengungen von Bund und
1991 Ländern zum Beispiel in der Deutschen Digitalen Bibliothek notwendig. Im Bereich des
1992 immateriellen kulturellen Erbes wollen wir innovative Bildungs- und Informations-Projekte mit
1993 Projektförderung auf Bundesebene ermöglichen.

1994 *Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern*

1995 Erinnern und Gedenken sind zentrale Aufgaben eines Gemeinwesens, das sich seiner
1996 geschichtlichen Entwicklung und Verantwortung bewusst ist. Die SPD bekennt sich zur
1997 Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft sowie zur Aufarbeitung des SED-Unrechts.

1998 Die Erinnerung an den systematischen Völkermord an den europäischen Juden bleibt für die SPD
1999 von außerordentlicher Bedeutung. Da es immer weniger Zeitzeugen gibt, ändert sich
2000 gegenwärtig die Arbeit der NS-Gedenkstätten. Wir wollen deshalb die Digitalisierung der
2001 Gedenkstättenarbeit unterstützen und fördern.

2002 Wir wollen nach der Bundestagswahl zügig die gesetzgeberische Grundlage für eine Reform der
2003 Stasi-Unterlagen-Behörde schaffen. Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus
2004 2016 bietet hierfür gute Vorschläge. Die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung soll finanziell
2005 und personell gestärkt werden.

2006 *Kreativwirtschaft*

2007 Wir wollen Benachteiligungen der Kreativwirtschaft gegenüber anderen Branchen ausgleichen
2008 und sie umfassend fördern. Durch Gründer-Sabbaticals, Gründungsfreiemester an Hochschulen
2009 und die Stärkung von eGovernment für die Beratung und den Einstieg in die Branche wollen wir
2010 Gründungen erleichtern.

2011 **5. Gemeinsam Frieden und Entwicklung sichern**

2012 Eine friedlichere und gerechtere Welt ist nur durch die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, stabile
2013 demokratische Strukturen, die Überwindung von Armut und durch nachhaltiges Wachstum zu
2014 erreichen.

2015 Lange schienen die Folgen ungerechter Globalisierung, Staatsversagens und regionaler Kriege
2016 weit entfernt. Die Kriege in Syrien und der Ukraine führen uns vor Augen, dass Gewalt, Terror
2017 und Staatszerfall uns in Deutschland und Europa direkt betreffen und unmittelbaren Einfluss
2018 auf unser Zusammenleben haben. Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht,
2019 Hunderttausende haben Zuflucht in Deutschland gesucht.

2020 Die außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen für Deutschland und
2021 Europa wachsen. Mehr denn je brauchen wir Antworten über staatliche Grenzen hinweg. Die
2022 Europäische Union ist dabei unverzichtbar, um eine gerechtere Globalisierung zu gestalten. Eine
2023 **aktive sozialdemokratische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik** ist heute notwendiger
2024 denn je.

2025 **5.1. Friedenspolitik**

2026 Wir wollen Konfliktursachen bekämpfen und auf nationaler, europäischer und internationaler
2027 Ebene eine gerechte Ordnung etablieren. Unsere Politik gründet sich auf der Überzeugung, dass
2028 die großen globalen Zukunftsaufgaben – vom Kampf gegen Hunger und Armut über den
2029 Klimawandel bis hin zu bewaffneten Konflikten und weltweiten Migrationsbewegungen – nur
2030 gemeinsam zu bewältigen sind. Außenpolitik ist ganz im Sinne Willy Brandts „der illusionslose
2031 Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen“. Beides muss sozialdemokratische Außen- und
2032 Friedenspolitik auch heute vereinen: die Zielvorstellung einer friedlichen, gerechten und
2033 regelbasierten internationalen Ordnung und die Bereitschaft, den praktisch möglichen Schritt
2034 zu gehen, selbst wenn er nur klein und selbst wenn er mit Risiken behaftet ist. Diese **Verbindung**
2035 **aus idealistischem Ziel und pragmatischem Weg** nennen wir **Friedensrealismus**.

2036 *Eine neue Abrüstungsinitiative*

2037 Wir setzen uns entschlossen für die weltweite, vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen,
2038 chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein.
2039 Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Wir unterstützen
2040 regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns
2041 nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die
2042 verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden. Die
2043 Vernichtung syrischer Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht sowie die erreichte
2044 Übereinkunft über das iranische Atomprogramm sind wichtige Erfolge für die weltweite
2045 Abrüstung. Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind jedoch dringend erforderlich.

2046 Die bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa zerfallen seit Jahren.

2047 Ein Neustart der konventionellen Rüstungskontrolle muss:

- 2048 1. regionale Obergrenzen, Mindestabstände und Transparenzmaßnahmen definieren,
- 2049 2. neuen militärischen Fähigkeiten und Strategien Rechnung tragen,
- 2050 3. neue Waffensysteme einbeziehen,
- 2051 4. rasch einsetzbare, flexible und in Krisenzeiten unabhängige Verifikation erlauben,

2052 5. auch in Gebieten anwendbar sein, deren territorialer Status umstritten ist.

2053 Das sind komplexe und schwierige Anforderungen an eine **neue Abrüstungsinitiative**. Dazu
2054 wollen wir einen strukturierten Dialog mit allen Partnern, die für die Sicherheit unseres
2055 Kontinents Verantwortung tragen. Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die OSZE. Mit einem
2056 Neustart der Rüstungskontrolle können wir ein konkretes Kooperationsangebot machen, und
2057 zwar an alle, die für Europas Sicherheit Verantwortung tragen wollen.

2058 Um diese Ansätze auch glaubhaft umsetzen zu können, ist die **Eindämmung der**
2059 **Rüstungsexporte** zwingend. Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste
2060 und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der
2061 Bundesrepublik gegeben hat. Diese Politik gilt es weiter fortzusetzen. Die SPD prüft, ob die von
2062 der damaligen rot-grünen Bundesregierung formulierten „Politischen Grundsätze für den Export
2063 von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom Januar 2000 weiterentwickelt und
2064 gesetzlich fixiert werden müssen.

2065 Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große
2066 Herausforderungen. Autonome Systeme, die selbst Entscheidungen bis hin zum Einsatz von
2067 Waffengewalt treffen, werfen eine Reihe schwerwiegender ethischer, völker- und
2068 verfassungsrechtlicher Fragen auf. Wir fordern eine **völkerrechtliche Ächtung von autonomen**
2069 **Waffensystemen**. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme
2070 international rüstungskontrollpolitisch und abrüstungspolitisch erfasst und in ein
2071 internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch
2072 bedeutender werdenden Bereich der unbemannten Luftfahrzeuge (Drohnen).
2073 Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte Luftfahrzeuge lehnen wir kategorisch ab.

2074 *Deutschlands Verantwortung in der Welt*

2075 Unser Land ist in den zurückliegenden Jahren zu einem stärker gefragten und geforderten
2076 Partner bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in
2077 Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu
2078 übernehmen und einen stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler
2079 Sicherheitsprobleme zu leisten.

2080 Krisen und Konflikte, gerade in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, fordern heute mehr denn
2081 je unser konsequentes Handeln. In Syrien, in der Ukraine und im Atomstreit mit dem Iran –
2082 überall zeigt sich, wie wichtig eine **erfahrene Krisendiplomatie** ist. Die Sozialdemokratie hat den
2083 Anspruch, auch über tiefe Gräben Brücken zu bauen. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür an,
2084 diplomatische Lösungen zu finden, um militärische Eskalation zu verhindern.

2085 Viele Konflikte lassen sich nicht schnell beheben. Für die SPD ist klar, dass zivile Krisenprävention
2086 und Krisenmanagement ein Schwerpunkt deutscher und europäischer Außenpolitik bleibt. Die
2087 SPD hat ausgehend vom Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und
2088 Friedenskonsolidierung aus dem Jahr 2004 die Instrumente ziviler Krisenpolitik maßgeblich
2089 geprägt. Mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und dem Personalpool ziviler
2090 Fachkräfte wurden sehr erfolgreiche Instrumente auf den Weg gebracht. Wir wollen zivile
2091 Krisenprävention weiter stärken und substantieller ausstatten.

2092 Konfliktvorsorge und humanitäre Hilfe gehören zusammen. Humanitäre Hilfe kann dazu
2093 beitragen, Konflikte zu mindern, in dem sie Menschen in Not ihre Existenz sichert. Angesichts
2094 der weltweit dramatischen Flüchtlingslage hat Deutschland seine humanitäre Hilfe stark
2095 erhöht. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die internationale Gemeinschaft ihrer
2096 Verantwortung gerechter wird.

2097 Die SPD setzt sich für eine Stärkung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ein. Die soziale
2098 Kraft der Kultur schafft Freiheits- und Emanzipationsräume in Kultur, Bildung, Wissenschaft und
2099 Forschung, und ermöglicht durch sie Verständigung und Zusammenarbeit.

2100 Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von
2101 Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der
2102 Welt. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an
2103 bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt nur im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der
2104 Grundlage des Völkerrechts sowie im Rahmen gegenseitiger kollektiver Sicherheit nach Art. 24
2105 Abs. 2 des Grundgesetzes. Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im
2106 Sinne des Parlamentsvorbehalts. Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein
2107 politisches Gesamtkonzept eingebettet sein.

2108 Damit die Bundeswehr ihren Auftrag als moderne und attraktive Freiwilligenarmee ausführen
2109 kann, muss die **Reform und Neuausrichtung der Bundeswehr** konsequent weitergeführt werden.
2110 Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen in ihren
2111 Einsätzen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung steht und sie selbst bestens ausgebildet
2112 werden.

2113 **5.2. Friedensprojekt Europa**

2114 Die europäische Idee vom Leben in Freiheit und Verantwortung sichert den Frieden in Europa.
2115 Wir müssen die EU so weiterentwickeln, dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger auch effektiv vor
2116 Gefahren und Konflikten in der komplexen Welt des 21. Jahrhundert schützt. Die europäische
2117 Außen- und Sicherheitspolitik muss auf der Höhe der Zeit weiterentwickelt und gestärkt werden.
2118 Deutsche und europäische Außenpolitik müssen Hand in Hand gehen. Wir wollen die
2119 europäische Außenpolitik stärker nach einem umfassenden **friedenspolitischen Ansatz**
2120 ausrichten. Die SPD ist die politische Kraft, die für neues Vertrauen in ein besseres Europa
2121 eintritt.

2122 Wir wollen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen
2123 Schwerpunkt der europäischen Politik machen. Auch muss die europäische Außenpolitik enger
2124 mit innenpolitischen Themen zusammengedacht werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und
2125 Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik. Zugleich muss
2126 die europäische Außenpolitik stärker auf den Einsatz für Menschenrechte, starke internationale
2127 Institutionen und für soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

2128 Als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten
2129 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU befürworten wir langfristig den **Aufbau einer**
2130 **europäischen Armee**, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss. Gemeinsam mit
2131 denjenigen EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die

2132 Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion verständigen, in deren Rahmen durch
2133 verstärkte Zusammenarbeit die Integration vorangetrieben wird.

2134 Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu
2135 fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Alle
2136 Länder des westlichen Balkan haben eine Beitrittsperspektive. Wir unterstützen ihre
2137 Annäherung an die EU und schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
2138 besondere Aufmerksamkeit. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit
2139 größter Sorge und verurteilen die massenhaften Verhaftungen von Journalisten und
2140 Oppositionellen sowie die Einschränkungen fundamentaler Grundrechte wie der Freiheit von
2141 Medien und Wissenschaft in aller Schärfe. Natürlich hat die türkische Regierung das Recht, den
2142 zurückliegenden blutigen Putschversuch mit rechtsstaatlichen Mitteln aufzuarbeiten und der
2143 Bedrohung durch den Terrorismus entgegenzutreten. Dies darf aber nicht als Rechtfertigung
2144 dafür dienen, die politische Opposition mundtot zu machen oder gar hinter Gitter zu bringen.
2145 Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie
2146 und Rechtsstaatlichkeit, die ihrerseits grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind.
2147 Die SPD hat sich immer für eine europäische Perspektive der Türkei stark gemacht. Aber jetzt ist
2148 es an der türkischen Regierung, zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Klar ist: Sollte die
2149 Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der
2150 Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen suspendiert werden.

2151 **5.3. Entwicklungspolitik und Krisenprävention**

2152 Die dramatische Verschärfung der Ungleichheit vor allem zwischen den Ländern ist Auslöser für
2153 zahlreiche Konflikte. Sie erschwert die Bekämpfung von Armut, untergräbt Demokratie und
2154 politische Stabilität. Die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Unterschiede müssen
2155 daher abgebaut werden.

2156 *Globalisierung gerecht gestalten*

2157 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die
2158 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) im Rahmen der Agenda 2030 die Leitziele Frieden und
2159 Gerechtigkeit mit konkreten umwelt-, sozial- und friedenspolitischen Ansätze. Die reichen
2160 Länder haben dabei eine besondere Verantwortung. Daher setzen wir uns für eine
2161 Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Wir halten an dem Ziel fest **0,7 Prozent des**
2162 **Bruttonationaleinkommens** für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufbringen.

2163 Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für **soziale Gerechtigkeit in allen Politikfeldern**
2164 ein – von der Armutsbekämpfung und der Bildungs-, Ernährungs- und Agrarpolitik über die
2165 Migrations-, Weltwirtschafts- und Klimapolitik bis hin zu technologie- und
2166 sicherheitspolitischen Fragen.

2167 *Abbildung 14: Globale Ungerechtigkeit*



2168

2169 *Quelle: WHO/UNDP*

2170 Angesichts von vielen hundert Millionen Menschen, die trotz Arbeit in extremer Armut leben,
2171 drei Vierteln der Menschheit, die ohne sozialen Schutz leben und der massenhaften Verletzung
2172 von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten wird die SPD sich weiter für menschenwürdige
2173 Arbeit weltweit einsetzen. Dazu gehören – auch im Rahmen einer konsequenten Umsetzung des
2174 Nationalen Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ – eine Ausweitung der
2175 Unternehmensverantwortung. Dies umfasst verbindliche Rechenschafts- und
2176 Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der Lieferketten, die gesetzliche Regelungen
2177 menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht von Unternehmen, der Aufbau von sozialen
2178 Sicherungssystemen und die Einführung von lebenssichernden Löhnen, um soziale
2179 Menschenrechte flächendeckend zu sichern. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und
2180 die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wir bei ihrem Kampf zur Umsetzung der
2181 Kernarbeitsnormen unterstützen. Wir werden das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten
2182 Nationen und die ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Bevölkerung ratifizieren.

2183 Die SPD setzt sich für **fairen Handel** ein. Handelspolitik ist nicht nur ein Instrument der
2184 Wirtschaftsförderung. Im Kern geht es um die Frage, nach welchen Regeln wir in einer
2185 globalisierten Welt leben wollen. Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr
2186 Wohlstand für alle sind nicht leicht zu erreichen. Nationale Alleingänge und Protektionismus
2187 versprechen keinen Erfolg. Internationale Kooperation ist unverzichtbar. Eben weil viel auf dem
2188 Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und Regeln der Zukunft
2189 ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese Verhandlungen, ist ohne
2190 Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO). Diese ist allerdings derzeit weitgehend blockiert
2191 und handlungsunfähig. Wir werden alles daransetzen, diese Blockade gemeinsam mit unseren
2192 Partnern in Europa und weltweit zu überwinden. Angesichts dieser Blockade sind
2193 Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern zu einer immer stärker genutzten Alternative
2194 geworden. Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und
2195 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung
2196 menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit
2197 konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren. Wir wollen
2198 das Primat der Politik durchsetzen und perspektivisch die Etablierung eines unabhängigen
2199 internationalen Handelsgerichtshofs erreichen. Die Verhandlungen mit den USA über ein

2200 Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass ein Abschluss
2201 nach diesen Maßgaben derzeit nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven Verhandlungen
2202 mit der neuen kanadischen Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA)
2203 zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der Öffentlichen
2204 Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren. Private
2205 Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen
2206 Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss als gemischtes Abkommen sowohl durch das
2207 Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Im Zuge
2208 dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer sorgfältigen Prüfung
2209 unterziehen.

2210 Die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris 2015 ist ein historischer Meilenstein in der
2211 **internationalen Klimapolitik**. Die ambitionierten Ziele müssen nun national in einem
2212 Klimaschutzgesetz umgesetzt und regelmäßig angepasst werden, um gemeinsam den Anstieg
2213 der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen sowie
2214 Anstrengungen zu unternehmen, um eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius zu erzielen. Wir
2215 setzen uns für ambitionierte Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz ein.
2216 Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und steigender Nachfrage nach Energie wird die
2217 ökologische und klimapolitische Wende ohne eine grundlegende globale Transformation der
2218 Energiesysteme nicht zu schaffen sein. Die SPD setzt sich dafür ein, die
2219 Entwicklungszusammenarbeit konsequent auf die Förderung von erneuerbaren Energien und
2220 den Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung umzustellen.

2221 Um schrittweise die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, aber auch um die Länder
2222 dabei zu unterstützen, ausreichend einheimische Ressourcen etwa für den Ausbau der Bildungs-
2223 und Sozialsysteme zu mobilisieren, braucht es einen neuen umfassenden Ansatz von
2224 **internationaler Steuergerechtigkeit**. Steuerhinterziehung und -vermeidung müssen
2225 international bekämpft werden. Wir setzen uns für weitreichende internationale Regeln und
2226 eine verstärkte Zusammenarbeit auch in internationalen Organisationen wie den VN, der
2227 Weltbank, dem IWF und den G20 ein.

2228 *Menschenrechte schützen*

2229 Die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz und
2230 die **Förderung der Menschenrechte** sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer
2231 Außenpolitik. In Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit setzen wir uns dafür ein,
2232 dass die Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden. Dazu gehören
2233 insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die Stärkung der Rechte von
2234 Frauen in internationalen Konflikten und die Unterstützung des Internationalen
2235 Strafgerichtshofes. Wir wollen das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln.
2236 Vor 15 Jahren wurde mit der Resolution 1325 der Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher
2237 Teilhabe und die volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und
2238 Sicherheit betont. Kein Land kann sich wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln,
2239 wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen
2240 sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und
2241 entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Wir wollen, dass Frauen

2242 vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt werden und der
2243 zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches Kriegsführungsinstrument deutlich
2244 geächtet wird.

2245 Zahlreiche gewalttätige Konflikte und Krisen bedrohen weltweit das Leben vieler Menschen.
2246 Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und
2247 Entwicklungspolitik so deutlich, wie in vielen fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme
2248 Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. Viele dieser Konflikte lassen sich nicht schnell
2249 beheben. Das Instrumentarium der Krisenprävention muss gestärkt werden. Dies umfasst in
2250 erster Linie den präventiven und langfristigen Dialog mit schwachen Staaten, um dazu
2251 beizutragen, Menschenrechte zu fördern und Ungleichheit und Armut abzubauen.

2252 *Internationale Ordnung stärken*

2253 Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir globale
2254 Ordnungsstrukturen. Wir setzen uns dabei für eine Politik ein, die das Recht des Stärkeren durch
2255 die Stärke des Rechts ersetzt. Wir brauchen international faire Regeln und funktionierende
2256 Strukturen. Dafür machen wir uns auf allen Ebenen stark.

2257 Wir brauchen **starke und handlungsfähige Vereinte Nationen**. Ohne durchsetzungsfähige
2258 Vereinte Nationen werden die globalen Herausforderungen nicht bewältigt werden können –
2259 sei es mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele, auf Krisenprävention oder Abrüstung. Oft stehen die
2260 Vereinten Nationen nur rhetorisch im Mittelpunkt - deshalb müssen wir sie finanziell, personell
2261 und strukturell für die Zukunftsaufgaben fit machen. Wir unterstützen die deutsche
2262 Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation
2263 und Partnerschaft“.

2264 In einer Welt, die unübersichtlicher geworden ist, sind faire Regeln und stabile internationale
2265 Strukturen von großer Wichtigkeit. Eine aktive Diplomatie, die Verantwortung übernimmt und
2266 sich auf die Suche macht nach gemeinsamen Sichtweisen und Interessen, ist hierfür die
2267 Grundvoraussetzung. Am nachhaltigsten lässt sich Vertrauen durch die Stabilisierung und den
2268 Aufbau effektiver internationaler Organisationen gewinnen, die Misstrauen und Entfremdung
2269 abbauen. Das ist auch das Ziel des Europarats, der in seiner Arbeit weiter gestärkt werden muss.
2270 Zudem haben wir Initiativen begonnen, die die Arbeit zwischen den Mitgliedsländern
2271 vertrauensvoller und effektiver gestalten soll und somit die OSZE als größtes Forum, dem neben
2272 Europa u.a. auch die USA und Russland angehören, stärkt. Dieses Engagement setzen wir aus
2273 Überzeugung fort.

2274 Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas – dies gilt trotz
2275 mancher Belastungsproben. **Enge transatlantische Beziehungen** und die Zusammenarbeit in der
2276 NATO sind wichtige Bausteine zur Durchsetzung gemeinsamer Werte und Interessen –
2277 insbesondere auch in internationalen Organisationen und multilateralen Foren. Wir wollen die
2278 enge Partnerschaft mit den USA weiter fortentwickeln und festigen. Sie ist politisch, ökonomisch
2279 und mit Blick auf eine fragile globale Sicherheitslage von großer Bedeutung.

2280 Mit ihrem Vorgehen in der Ostukraine und dem Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der
2281 Krim hat die russische Regierung fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und
2282 Sicherheitsordnung verletzt. Unser Verhältnis zum Nachbarn Russland ist schwer belastet. Wir

2283 sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich
2284 sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der
2285 intelligenten Anwendung von Sanktionsmechanismen. Wir setzen uns aus Überzeugung für
2286 Dialog und Zusammenarbeit ein. Sicherheit in Europa bedarf gemeinsamer Anstrengung und
2287 neuer, konkreter Sicherheitsinitiativen. Dabei bauen wir auf den Erfahrungen
2288 sozialdemokratischer Ost- und Entspannungspolitik auf. Der politische Prozess für die
2289 Ostukraine ist ins Stocken geraten. Neue Impulse sind notwendig. Bei substantiellen und
2290 nachhaltigen Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens sollten die Sanktionen
2291 schrittweise aufgehoben werden.

2292 **Kernthesen: Wir schreiben Zukunft**

2293 Die SPD hat in dieser Wahlperiode gezeigt: Wir halten, was wir versprechen. Lange gab es nicht
2294 so viel sozialdemokratische Politik für Frieden, soziale Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg. Das
2295 wollen wir fortsetzen.

2296 Die SPD wird bei der Bundestagswahl 2017 mit Kernforderungen antreten. Diese ergeben sich
2297 aus unseren Werten, den Herausforderungen für unser Land und dem Anspruch, das Leben für
2298 die Bürgerinnen und Bürger besser, gerechter und erfolgreicher zu machen. Wir wissen: In einer
2299 Zeit, in der sich vieles sehr schnell ändert, kommt es auf Werte an, die Bestand haben. Seit 153
2300 Jahren steht die Sozialdemokratie für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Auf diesen Werten
2301 wollen wir mit Zuversicht die Zukunft unseres Landes aufbauen. Wir laden alle ein, mit uns
2302 anzupacken.

2303 Deutschland braucht wieder mehr Orientierung. Diese Orientierung muss auf der Grundlage von
2304 Prinzipien und Werten entwickelt werden. Unsere politische Kultur braucht weit mehr
2305 Leidenschaft, Entschlossenheit und Überzeugungskraft für Fortschritt und Gerechtigkeit.

2306 Wir wollen bei der Bundestagswahl mit klaren politischen Positionen antreten: jede und jeder
2307 soll wissen, wofür die SPD steht. Die hier vorgestellten Impulse sowie die folgenden Kernthesen
2308 sind der Beginn unserer Diskussion darüber. Am Anfang steht für uns das Zuhören. Wir wollen,
2309 dass sich alle an der Zukunft des Landes beteiligen. In den kommenden Monaten werden wir im
2310 Rahmen unseres Programmprozesses weitere Vorschläge sammeln und diskutieren, mit
2311 welchen zentralen Forderungen wir uns im kommenden Jahr zur Wahl stellen.

2312

2313 **A. Für soziale Gerechtigkeit sorgen**

2314 **1. Zeit für Vernunft und Respekt in unserer Gesellschaft.**

2315 Eine in Deutschland lange nicht gekannte Kultur von Respektlosigkeit, Pöbelei,
2316 Einschüchterung, Radikalität und Gewaltbereitschaft hat sich ausgebreitet und stellt den
2317 Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Frage. Rechtspopulisten und Rechtsradikale greifen
2318 die Weltoffenheit und Liberalität unseres Landes an. Die SPD verteidigt Demokratie, Freiheit
2319 und Vielfalt in unserem Land unmissverständlich gegen alle Verrohungstendenzen –
2320 gemeinsam mit allen anderen Demokraten. Die Repräsentanten unseres demokratischen
2321 Staates – angefangen von Lehrerinnen und Lehrern über Polizistinnen und Polizisten bis hin
2322 zu Rettungskräften – erhalten dabei unsere besondere Unterstützung.

2323 Mehr lesen: **1.1. Vernunft und Respekt in unserer Gesellschaft; 4.1. Starker Rechtsstaat und**
2324 **öffentliche Sicherheit; 4.2. Demokratie und Engagement**

2325 **2. Zeit für ein gerechtes Steuersystem, das Familien entlastet.**

2326 Wir brauchen keine Steuersenkungen mit der „Gießkanne“ für alle. Sondern Entlastungen
2327 für die, die es nötig haben: Familien, Alleinerziehende und Menschen mit mittlerem und
2328 niedrigem Einkommen. Und besonders hohe Einkommen und Vermögen müssen mehr zum
2329 Allgemeinwohl beitragen.

2330 Mehr lesen: **1.7. Gerechte Steuern und Finanzen; 1.2. Familie, Kinder und Jugendliche**
2331 **stärken**

2332

2333 **3. Zeit für gute Bildung.**

2334 Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft. Wir sind stolz, dass wir eine
2335 Grundgesetzänderung durchgesetzt haben, und der Bund die Länder endlich bei der Bildung
2336 besser finanziell unterstützen kann. Wir werden bis 2021 die Schulen sanieren und
2337 modernisieren, ein verlässliches Ganztagsangebot verwirklichen und den
2338 flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit gewährleisten. Wir fangen in den
2339 Stadtteilen an, in denen es die Menschen am schwersten haben. Und für uns ist klar: Bildung
2340 muss gebührenfrei sein - von der Kita bis zur Hochschule.

2341 Mehr lesen: [1.3. Gute Bildung für gleiche Chancen](#)

2342 **4. Zeit für den Kampf gegen Kinderarmut.**

2343 In einem so reichen Land wie unserem darf es keine Kinderarmut geben. Weil Kinderarmut
2344 immer auch Elternarmut ist, werden wir die Steuern und Abgaben für Familien und
2345 Alleinerziehende senken. Zudem wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl
2346 gestaffeltes Kindergeld einführen. Dafür wollen wir das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag
2347 zusammenführen.

2348 Wir werden Krippen, Kitas, Horte und Ganztagschulen ausbauen und den
2349 Unterhaltsvorschuss weiter verbessern. Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit
2350 aufwachsen.

2351 Mehr lesen: [1.2. Familie, Kinder und Jugendliche stärken](#)

2352 **5. Zeit für sichere und gute Arbeit.**

2353 Wir wollen für mehr gute und sichere Arbeit sorgen. Arbeitsverträge sollen nur in
2354 Ausnahmefällen vom Arbeitgeber befristet werden können. Schließlich brauchen gerade
2355 junge Menschen eine verlässliche Perspektive, wenn sie eine Familie gründen wollen. Zu
2356 guter Arbeit gehört auch, flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen, statt dauerhafter
2357 Verfügbarkeit. Die Digitalisierung bietet dafür neue Chancen. Diese wollen wir nutzen, die
2358 Arbeitnehmer aber gleichzeitig vor digitalem Dauerstress schützen. Für die immer noch zu
2359 vielen Langzeitarbeitslosen wollen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
2360 schaffen und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Wir wollen das „Fördern“ in der
2361 Arbeitsmarktpolitik verstärken und damit mehr Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und den
2362 Veränderungen durch Industrie 4.0 schaffen.

2363 Mehr lesen: [3.2. Gute Arbeit](#)

2364 **6. Zeit für eine Bürgerversicherung und gute Pflege.**

2365 Eine gute medizinische Versorgung steht jedem Menschen zu. Wir sorgen dafür, dass
2366 Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder den gleichen Anteil an den Kosten der
2367 Krankenversicherung tragen. Deswegen wollen wir eine paritätische Bürgerversicherung, in
2368 die alle einzahlen und durch die alle die gleiche gute Versorgung bekommen.

2369 Wir freuen uns, dass immer mehr Menschen länger leben und länger fit bleiben. Dennoch
2370 wird die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich steigen. Gute Pflege ist ein Grundrecht. Die
2371 gleiche Sorgfalt und Energie, die wir auf die ersten Jahre unserer Kinder verwenden, müssen
2372 wir auch für die letzten Jahre unserer Älteren aufbringen. Die Männer und Frauen in den
2373 Pflegeberufen verdienen Anerkennung und eine bessere Bezahlung.

- 2374 Mehr lesen: [1.4. Paritätische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege](#)
- 2375 **7. Zeit für eine gerechte Rente und soziale Sicherheit im Alter.**
- 2376 Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Darauf können wir aufbauen.
- 2377 Wir wollen das Rentenniveau stabilisieren und die Rente zukunftsfest machen. Wir wollen
- 2378 die Erwerbsminderungsrentner besser stellen. Und eine Mindestrente einführen für
- 2379 Menschen, die über vier Jahrzehnte lang Vollzeit gearbeitet haben. Bisher nicht versicherte
- 2380 Erwerbstätige wie Solo-Selbstständige wollen wir besser absichern.
- 2381 Mehr lesen: [1.5. Alterssicherung](#)
- 2382 **8. Zeit für bezahlbaren Wohnraum.**
- 2383 Lebenswerte Städte müssen sich alle Menschen leisten können. Wir werden den Bau von
- 2384 bezahlbaren Wohnungen mit einer neuen Offensive für den sozialen Wohnungsbau
- 2385 voranbringen. Wir wollen sicherstellen, dass Normalverdiener sich Wohneigentum leisten
- 2386 können. Wir werden das erfolgreiche Modell der Genossenschaften mit neuem Leben
- 2387 erfüllen. Die Rechte der Mieter werden durch eine Präzisierung der Mietpreisbremse
- 2388 und die Begrenzung der Modernisierungsumlage stärken.
- 2389 Mehr lesen: [2.3. Gute Nachbarschaft in unseren Städten und Gemeinden](#)
- 2390
- 2391 **B. Gutes Leben in einer fortschrittlichen Gesellschaft**
- 2392 **9. Zeit für Investitionen in unsere Zukunft: Der SPD-Deutschlandplan.**
- 2393 Mit einem neuen Deutschlandplan werden wir in unsere Zukunft investieren und unser
- 2394 Land auf diese Weise „enkelfähig“ machen: Wir investieren in schnelle
- 2395 Glasfaserverbindungen, die überall in Deutschland die digitale Zukunft sichern. In die
- 2396 Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Und auch in die klassische
- 2397 Infrastruktur von Verkehrswegen und Versorgung.
- 2398 Mehr lesen: [3.1. Investieren in die Soziale Marktwirtschaft](#); [1.3. Gute Bildung für gleiche Chancen](#)
- 2399
- 2400 **10. Zeit für Familien.**
- 2401 Kinder brauchen Zeit mit ihren Eltern, Familien brauchen Zeit füreinander. Gut im Job zu
- 2402 sein und genug Zeit für die Kinder zu haben, ist für Millionen Familien immer noch ein
- 2403 täglicher Kampf. Das gilt unabhängig davon, ob ein oder zwei Elternteile im Haus leben. Mit
- 2404 dem Familiengeld wollen wir den Eltern die Flexibilität im Job geben, um Familie und Beruf
- 2405 zu vereinbaren.
- 2406 Mehr lesen: [1.2. Familie, Kinder und Jugendliche stärken](#)
- 2407 **11. Zeit für Gleichberechtigung von Frauen und Männern – auch beim Lohn.**
- 2408 Wir sind stolz, dass wir gegen heftigen Widerstand mehr Gerechtigkeit für Frauen erreicht
- 2409 haben. Wir haben mit dem Gesetz für Lohngerechtigkeit dafür gesorgt, dass endlich
- 2410 Transparenz in den Betrieben hergestellt wird. Frauen haben jetzt eine Chance zu erfahren,
- 2411 ob sie gegenüber männlichen Kollegen benachteiligt werden. Wir wollen weitere Schritte
- 2412 gehen, um die Lohnlücke zu schließen. So werden wir klassische „Frauenberufe“ wie
- 2413 Erzieherinnen oder Altenpflegerinnen aufwerten und das Schulgeld abschaffen. Wer einen
- 2414 sozialen Beruf ergreift, soll dafür entlohnt werden und nicht dafür bezahlen. Mehr lesen:
- 2415 Mehr lesen: [2.2. Gleichberechtigung und Gleichstellung](#)

- 2416 **12. Zeit für Gleichberechtigung in einer fortschrittlichen Gesellschaft.**
- 2417 Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben und gerecht
- 2418 behandelt werden. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung,
- 2419 Herkunft oder Behinderung. Wir wollen die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen.
- 2420 Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Für uns ist Familie dort, wo Menschen
- 2421 dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.
- 2422 Mehr lesen: [2.2. Gleichberechtigung und Gleichstellung](#)
- 2423 **13. Zeit für Regeln zur Einwanderung.**
- 2424 Wer vor Krieg und Terror flieht, wird auch weiterhin in Deutschland Schutz finden. Zugleich
- 2425 müssen wir die Konzepte, mit denen wir Migration nach Deutschland und Europa besser
- 2426 steuern können, endlich durchsetzen. Wir wollen klare Regeln für die Zuwanderung nach
- 2427 Deutschland schaffen. Für uns ist klar: Zuwanderung braucht Kontrolle und Integration
- 2428 braucht Überzeugung. Ein modernes Einwanderungsgesetz beschreibt damit auch, wie wir
- 2429 Integration fördern und welche Anforderungen die Gesellschaft stellt.
- 2430 Mehr lesen: [2.4. Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft](#)
- 2431 [gestalten](#)
- 2432 **14. Zeit für Lebensqualität auf dem Land.**
- 2433 Die meisten Menschen in Deutschland wohnen nicht in Metropolen, sondern in kleineren
- 2434 Städten und Dörfern. Wir wollen, dass die Menschen auch außerhalb der Ballungszentren
- 2435 gut leben und arbeiten können. Deshalb sorgen wir zusammen mit den Ländern für gute
- 2436 medizinische und pflegerische Versorgung, neue Mobilitätsangebote und gut erreichbare
- 2437 Schulen. Die Digitalisierung ist eine Chance gerade für den ländlichen Raum. Mit einem
- 2438 flächendeckenden Gigabit-Netz haben Unternehmen, Handwerksbetriebe und freie Berufe
- 2439 überall Perspektiven. So können Menschen aus einem lebenswerten, sozial gefestigten und
- 2440 schönen Umfeld heraus erfolgreich arbeiten.
- 2441 Mehr lesen: [2.3. Gute Nachbarschaft in unseren Städten und Gemeinden](#); [3.3.](#)
- 2442 [Digitalisierung](#)
- 2443 **15. Zeit für die Zukunftssicherung der Arbeitsplätze.**
- 2444 Die erneuerbaren Energien, Klimaschutz und der Umstieg auf Elektromobilität sind wichtig
- 2445 und unverzichtbar. Umwelt- und Energietechnologien „Made in Germany“ haben
- 2446 hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Genauso werden wir die klassischen
- 2447 Industriebranchen und das Handwerk sichern und fördern. Diese gilt es gegen Dumping-
- 2448 Methoden in einem unfairen internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Die SPD sorgt
- 2449 dafür, dass Deutschland ein starker Standort für industrielle Produktion bleibt.
- 2450 Mehr lesen: [3.1. Investieren in die Soziale Marktwirtschaft](#); [3.2. Gute Arbeit](#); [3.5 Umwelt-,](#)
- 2451 [Klima- und Ressourcenschutz](#)
- 2452 **16. Zeit für die Umwelt und Nachhaltigkeit.**
- 2453 Umweltschutz ist kein Luxus, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Unsere
- 2454 Natur, unsere Ressourcen und unser Klima wollen wir schützen. Die Zeiten sind vorbei, in
- 2455 denen man geglaubt hat, dass Wirtschaft, Umweltschutz und Nachhaltigkeit Gegensätze
- 2456 sind. In der Landwirtschaft und der Produktion und beim Klimaschutz betrachten wir
- 2457 ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen zusammen.

2458 Mehr lesen: [3.5. Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz](#); [3.4. Die Energiewende als](#)
2459 [innovatives Zukunftsprojekt](#); [3.7. Nachhaltige Landwirtschaft](#)

2460

2461 **C. *Frieden und Sicherheit in Deutschland und der Welt***

2462 **17. Zeit für globale Gerechtigkeit.**

2463 Für Milliarden Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten das Leben verbessert. Und doch
2464 leiden immer noch viele Millionen an Hunger und Armut. Kriege, Diktaturen und
2465 Umweltkatastrophen bedrohen ihre Lebensperspektiven. Dies sind die Hauptursachen für
2466 Flucht. Das Ziel der Globalisierung muss Gerechtigkeit für alle und nicht Reichtum für
2467 wenige sein. Deshalb wollen wir besonders in den Ländern Afrikas eine Politik unterstützen,
2468 die für Stabilität, Entwicklung und Perspektiven sorgt. Das bedeutet an erster Stelle: aktive
2469 Friedenspolitik in den Regionen um Europa und bessere wirtschaftliche Perspektiven in den
2470 Krisengebieten.

2471 Mehr lesen: [5.3. Entwicklungspolitik und Krisenprävention](#)

2472 **18. Zeit für mehr Sicherheit.**

2473 Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Dennoch machen Alltagskriminalität
2474 wie Einbrüche und Diebstähle sowie Terrorgefahr den Menschen Sorge. Unsere Antwort
2475 darauf ist die deutliche Verstärkung des wehrhaften Rechtsstaats. Wir wollen mindestens
2476 6.000 zusätzliche Bundespolizeikräfte, von denen wir 3.000 schon durchgesetzt haben.
2477 Außerdem brauchen wir eine moderne Ausstattung für die Sicherheitsbehörden und eine
2478 leistungsfähige Justiz. Auch jeder Fall von Alltagskriminalität muss verfolgt werden.

2479 Mehr lesen: [4.1. Starker Rechtsstaat und öffentliche Sicherheit](#)

2480 **19. Zeit für Frieden. Eine neue Abrüstungsinitiative in Europa.**

2481 Wir arbeiten für den Frieden. Kaum eine Partei hat sich über Jahrzehnte hinweg
2482 international so sehr für Abrüstung eingesetzt wie die SPD. Wir setzen auf politischen
2483 Ausgleich, Krisenprävention und Stabilisierung. Nicht Konfrontation und neue
2484 Aufrüstungsspiralen sichern unseren Frieden, sondern Entspannung, Zusammenarbeit,
2485 Rüstungskontrolle und Abrüstung. Wir wissen: Nachhaltige Sicherheit ist nur durch Dialog
2486 und Kooperation möglich. Wir treten für eine starke Bundeswehr und die militärische
2487 Partnerschaft in der EU und der NATO ein.

2488 Aber wir werden auch eine neue europäische Abrüstungsinitiative und einen Neustart in der
2489 Rüstungskontrolle erreichen.

2490 Mehr lesen: [5.2. Friedensprojekt Europa](#); [5.1. Friedenspolitik](#)

2491 **20. Zeit für faire Regeln in einem freien und solidarischen Europa.**

2492 Nirgendwo in der Welt ist das Leben friedlicher, sicherer und demokratischer als auf dem
2493 europäischen Kontinent. Die SPD steht für einen neuen Gemeinschaftsgeist und einen
2494 Aufbruch für Europa. Dem Vormarsch autoritärer politischer Antworten und Regime setzen
2495 wir unsere europäische Antwort von Freiheit und Solidarität entgegen. Die EU braucht eine
2496 Erneuerung: für die konsequente Bekämpfung des Steuerdumpings und gegen
2497 Steuerhinterziehung. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und einen fairen Wettbewerb um
2498 Aufträge und Arbeitsplätze und gegen den Sozialmissbrauch. Eine Zusammenarbeit in einer

2499 sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist nur mit einem klaren und
2500 uneingeschränkten Bekenntnis zur Europäischen Union denkbar.
2501 Mehr lesen: [2.5. Für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer](#)